Zürcher Hochschule
für Angewandte Wissenschaften

Soziale Arbeit

Politisches Handeln in der Sozialen Arbeit

Eine qualitative Untersuchung von Policy Practice im Kontext der offenen Drogenszene in Chur

Master-Thesis
Aysha Shanti Stutz

Begleitperson
Michael Herzig

Zweitgutachter
Prof. Dr. Matthias Drilling

Masterstudiengang

Zürich, Frühlingssemester 2026

Abstract

Die Stadt Chur ist durch den Konsum und Handel illegaler Substanzen im öffentlichen Raum geprägt. Die offene Drogenszene in Chur verdeutlicht, dass soziale Problemlagen nicht isoliert betrachtet werden können, sondern eng mit politischen und strukturellen Rahmenbedingungen verknüpft sind. Die daraus resultierenden Herausforderungen erfordern nicht nur direkte Unterstützung involvierter Adressat:innen, sondern darüber hinaus sozialpolitisches Handeln der Sozialen Arbeit. Im internationalen Fachdiskurs wird dieses politische und strukturelle Handeln der Sozialen Arbeit zunehmend unter dem Begriff der Policy Practice diskutiert. Die vorliegende qualitative Studie untersucht die Erfahrungen von Sozialarbeitenden bei der Anwendung und Umsetzung von Policy Practice im Kontext der offenen Drogenszene in Chur. Die Datenerhebung erfolgte mittels eines Experteninterviews, sechs leitfadengestützten Interviews sowie eines Validierungsworkshops mit Fachpersonen der Sozialen Arbeit. Die Ergebnisse zeigen, dass Sozialarbeitende Policy Practice als Bestandteil ihres professionellen Auftrags verstehen, deren Umsetzung jedoch durch strukturelle und institutionelle Rahmenbedingungen beeinflusst wird. Gleichzeitig fördern fachliche Kompetenzen sowie institutionsübergreifende Vernetzung das Engagement im Sinne der Policy Practice. Trotz bestehender Einschränkungen verfügen Sozialarbeitende über Potenzial, sozialpolitische Anliegen sichtbar zu machen und Veränderungsprozesse anzustossen. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass Policy Practice innerhalb der Sozialen Arbeit einer stärkeren professionellen und institutionellen Verankerung bedarf.

Inhaltsverzeichnis

Abstract **2**

Danksagung **7**

1 Einleitung **8**

1.1 Fragestellung und Erkenntnisinteresse 10

1.2 Relevanz für die Soziale Arbeit 11

1.3 Forschungsstand 12

1.4 Aufbau der Studie 13

2 Sozialräumliche und politische Ausgangslage in Chur **14**

2.1 Begriffsdefinition 14

2.2 Entwicklung und aktuelle Problemlage 15

2.3 Begünstigende Faktoren für offene Drogenszenen 18

2.4 Politische Reaktionen auf offene Drogenszenen 19

2.4.1 Entwicklung drogenpolitischer Massnahmen 19

2.4.2 Strategische Einbettung 20

2.5 Parteipolitische Rahmenbedingungen und deren Einfluss 22

2.6 Zwischenfazit zur sozialräumlichen und politischen Ausgangslage 25

3 Soziale Arbeit und Politik **25**

3.1 Das politische System der Schweiz 26

3.2 Wechselwirkung von Sozialer Arbeit und Politik 27

3.3 Politischer Auftrag der Sozialarbeit 28

3.4 Dimensionen politischen Handelns in der Sozialen Arbeit 29

3.5 Zwischenfazit zum Verhältnis von Sozialer Arbeit und Politik 31

4 Policy Practice **32**

4.1 Entstehung des Begriffs Policy Practice 32

4.2 Definition von Policy Practice 33

4.3 Strategien der Policy Practice 35

4.4 Einflussfaktoren auf Policy Practice 38

4.5 Zwischenfazit zu Policy Practice 40

5 Methodisches Vorgehen 41
5.1 Forschungsdesign und Feldzugang 41
5.2 Sampling 43
5.3 Datenerhebung 44
5.3.1 Experteninterview 45
5.3.2 Halbstandardisierte Leitfadeninterviews 45
5.3.3 Validierungsworkshop 47
5.4 Datenaufbereitung 49
5.5 Datenauswertung nach Kuckartz und Rädiker 50
5.6 Reflexion der Methodik 52
6 Darstellung der Ergebnisse 54
6.1 Verständnis des politischen Auftrags 54
6.2 Erfahrungen mit Strategien und Methoden der Policy Practice 56
6.3 Wahrgenommene Wirksamkeit und Grenzen der Policy Practice 62
6.4 Motivation und förderliche Bedingungen 67
6.5 Ergebnisse des Validierungsworkshops 70
7 Diskussion der Forschungsergebnisse 75
7.1 Politischer Auftrag und Verständnis von Policy Practice 76
7.2 Strategien und Handlungsmöglichkeiten 78
7.3 Einflussfaktoren auf Engagement in Policy Practice 82
7.4 Wirksamkeit und Förderung der Policy Practice 85
7.5 Limitationen der vorliegenden Studie 87
8 Fazit 90
8.1 Reflexion des theoretischen Rahmens 91
8.2 Beitrag der Ergebnisse für Praxis, Wissenschaft und Politik 91
8.3 Ausblick und weiterer Forschungsbedarf 93
Literaturverzeichnis 95
Anhangsverzeichnis 99

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1. Handlungsfelder der Nationalen Strategie Sucht 21
Abbildung 2. Parteipolitische Aufstellung der 120 Mitglieder des Grossen Rats..... 23
Abbildung 3. Parteipolitische Aufstellung der 21 Mitglieder des Stadtparlaments..... 23
Abbildung 4. Policy Engagement Conceptual Framework 39
Abbildung 5. Ablauf einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse 51

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1. Vier Dimensionen politischen Handelns..... 30
Tabelle 2. Vier Strategien nach Figueira-McDonough 35
Tabelle 3. Fünf Strategien nach Gal und Weiss-Gal 36
Tabelle 4. Eingesetzte Erhebungsformen 44
Tabelle 5. Interviewpartner:innen der halbstandardisierten Leitfadeninterviews..... 47
Tabelle 6. Interviewpartner:innen des Validierungsworkshops 49
Tabelle 7. Massnahmenplan 100
Tabelle 8. Codierleitfaden aus MAXQDA 105
Tabelle 9. Verzeichnis verwendeter KI-Systeme..... 121

Abkürzungsverzeichnis

BAG	Bundesamt für Gesundheit
BetmG	Betäubungsmittelgesetz
BPA	Bündner Programm Alkohol
BPS	Bündner Programm Sucht
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei
GLP	Grünliberale Partei
IASSW	International Association of Schools of Social Work (Internationale Vereinigung der Schulen für Soziale Arbeit)
ICD-10	International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems (Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme), 10. Ausgabe
IFSW	International Federation of Social Workers (Internationale Vereinigung der Sozialarbeitenden)
NGO	Non-Governmental Organization (Nichtregierungsorganisation)
SP	Sozialdemokratische Partei
SVP	Schweizerische Volkspartei
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)

Danksagung

Im Rahmen dieser Masterarbeit möchte ich mich herzlich bei meiner Begleitperson Michael Herzig bedanken. Vielen Dank für die wertvollen Coachingtermine, das engagierte Mitdenken, die anregenden Gespräche sowie die konstruktiven Rückmeldungen während des gesamten Arbeitsprozesses. Einen weiteren Dank gilt allen Fachpersonen, die sich bereit erklärt haben, an dieser Studie mitzuwirken. Ich danke Ihnen für die offenen und bereichernden Interviews sowie besonders für Ihren täglichen Einsatz zugunsten der Adressat:innen und Ihren Beitrag zur Weiterentwicklung und Professionalisierung der Sozialen Arbeit.

Zudem möchte ich mich bei all jenen Menschen bedanken, die mich auf meinem Weg bis zum Abschluss dieses Masterstudiums begleitet und unterstützt haben. Mein tiefster Dank gilt meinen Eltern. Danke für eure bedingungslose Unterstützung während meiner gesamten Ausbildungszeit. Von Herzen danke ich auch meinem Partner für die tägliche Unterstützung, die Geduld und den Glauben an mich. Ebenso möchte ich mich bei meinen Freund:innen bedanken. Danke, dass ihr mich auch in herausfordernden Zeiten begleitet und mir wertvolle Momente der Ablenkung, des Ausgleichs und der Erholung ermöglicht habt. Mein Dank gilt ausserdem meiner Familie in Hawaii, die mir immer wieder Kraft und Energie schenkt, meinen Weg weiterzugehen.

1 Einleitung

Die offene Drogenszene in Chur hat sich in den vergangenen sieben Jahren zu einem sichtbaren und zunehmend diskutierten sozialpolitischen Thema entwickelt (Stadt Chur, 2021, S. 2). Im Stadtzentrum zeigen sich Erscheinungsformen wie der regelmässige Konsum psychoaktiver Substanzen, Obdach- und Wohnungslosigkeit, prekäre gesundheitliche Situationen sowie eine Zunahme der Beschaffungskriminalität (Stadtrat Chur, 2024, S. 6–8). Vor allem der zunehmende Konsum von Crack und Freebase führt zu einer erhöhten Szenendynamik und erzeugt gesellschaftliche Unruhe (Sucht Schweiz, 2026, S. 5). Dies stellt nicht nur für die betroffenen Personen selbst eine Herausforderung dar, sondern auch für involvierte Fachstellen, Behörden und politische Akteur:innen. Überdies prägen die Auswirkungen der offenen Drogenszene zunehmend auch den öffentlichen Raum sowie das gesellschaftliche Zusammenleben (Stadtrat Chur, 2024, S. 2). Die Situation ist damit nicht als individuelles Problem einzelner Personen zu verstehen, sondern steht in engem Zusammenhang mit strukturellen Problemlagen und politischen Rahmenbedingungen (Stadtrat Chur, 2024, S. 2). Daraus resultieren Spannungsfelder zwischen sozialpolitischen, gesundheitlichen, ordnungspolitischen und gesellschaftlichen Interessen. Daher stehen vor allem das kantonale Sozialamt, das städtische Sozialamt, soziale Institutionen, die Gesundheitsversorgung, die Polizei sowie politische Akteur:innen vor der Herausforderung, angemessene und langfristige Lösungsansätze im Umgang mit der offenen Drogenszene zu entwickeln (Kanton Graubünden, 2023, S. 29). Allerdings zeigt sich aus bisherigen Erfahrungen, dass soziale Problemlagen dieser Art nicht allein durch ordnungspolitische Massnahmen bewältigt werden können, sondern umfassende sozialpolitische Strategien erfordern (Waal, Clausen, Gjersing & Gossop, 2014, S. 1–2). In der Erarbeitung sozialpolitischer Strategien nimmt die Soziale Arbeit eine relevante Rolle ein, da sie unmittelbar mit den betroffenen Adressat:innen konfrontiert ist und gleichzeitig zwischen individuellen Unterstützungsbedarfen sowie strukturellen und politischen Rahmenbedingungen vermittelt (Benz & Rieger, 2015, S. 38). Aufgrund von Erfahrungen mit offenen Drogenszenen in anderen Schweizer Städten verfügt die Schweiz bereits über ein breites Spektrum an Strategien und Massnahmen im Umgang mit sichtbarem Konsum im öffentlichen Raum. Dennoch wurden in der Stadt Chur bislang nur einzelne dieser Ansätze umgesetzt, wodurch weiterhin grundlegende Versorgungslücken im Kontext der offenen Drogenszene bestehen (Kanton Graubünden, 2023, S. 39). Zwar orientiert sich die kantonale Suchtstrategie an etablierten drogenpolitischen Ansätzen, und es wurden Massnahmen wie Streetwork oder

Housing First lanciert (Kanton Graubünden, 2023, S. 4). Gleichzeitig zeigt sich jedoch, dass sich verschiedene Interventionen und Empfehlungen von Gesundheitsorganisationen und der Sozialen Arbeit, vor allem die Einrichtung eines Konsumraums, über Jahre hinweg verzögerten und von politischen Aushandlungsprozessen, komplexen Zuständigkeiten sowie divergierenden Interessen geprägt waren (Stadt Chur, 2026b; Stadtrat Chur, 2024, S. 5). Dass sich die Situation bislang nicht grundlegend verändert hat, lässt darauf schliessen, dass die Umsetzung sozialarbeiterischer Handlungsempfehlungen im Kanton Graubünden, vornehmlich in der Stadt Chur, von unterschiedlichen politischen und strukturellen Rahmenbedingungen beeinflusst wird.

Daraus stellt sich die Frage, welche Rolle der Sozialen Arbeit in politischen und strukturellen Veränderungsprozessen zukommt und wie Sozialarbeitende ihre fachlichen Perspektiven in sozialpolitische Entwicklungen einbringen können. Da die Ursachen und Folgen einer offenen Drogenszene eng mit gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen verknüpft sind, reicht eine ausschliesslich einzelfallbezogene Unterstützung betroffener Personen häufig nicht aus (Waal et al., 2014, S. 8–9). Dadurch entsteht ein Handlungsfeld, in dem die Verbindung zwischen sozialarbeiterischer Praxis und struktureller Einflussnahme besonders deutlich wird. Im internationalen Diskurs wird dieses politische und strukturelle Handeln der Sozialen Arbeit zunehmend unter dem Begriff der Policy Practice diskutiert (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 4–5). Policy Practice beschreibt politische und strukturelle Handlungsmöglichkeiten von Sozialarbeitenden mit dem Ziel, gesellschaftliche Rahmenbedingungen mitzugestalten, soziale Problemlagen sichtbar zu machen und sozialpolitische Veränderungen anzustossen. Dazu gehören unter anderem Vernetzungsarbeit, Interessenvertretung, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Mitwirkung an politischen Entscheidungsprozessen (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 193–199). Gerade im Kontext der offenen Drogenszene verfügen Sozialarbeitende aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zu betroffenen Personen über praxisnahes Erfahrungs- und Fachwissen, das für politische und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse von Bedeutung sein kann (Borstel & Fischer, 2018, S. 20). Während die theoretischen Grundlagen und die Bedeutung von Policy Practice im internationalen und deutschsprachigen Diskurs zunehmend behandelt und untersucht werden, liegen bislang nur wenige empirische Untersuchungen zur konkreten Wahrnehmung und Erfahrungen von Policy Practice im Berufsalltag von Sozialarbeitenden vor (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 183; Burzlaff, Kindler & Schwartz-Tayri, 2025, S. 1900-1901). Die offene Drogenszene in Chur eignet sich im Kontext der Policy Practice besonders als

Untersuchungsfeld, da sie eine sozialpolitische Problemlage aufweist, in der die Verbindung zwischen sozialarbeiterischer Praxis, strukturellen Rahmenbedingungen und politischen Entscheidungsprozessen besonders sichtbar wird. Aus diesem Grund setzt sich die vorliegende Arbeit mit den Erfahrungen von Sozialarbeitenden in der Umsetzung von Policy Practice im Kontext der offenen Drogenszene in Chur auseinander.

1.1 Fragestellung und Erkenntnisinteresse

Aufbauend auf den dargestellten sozialpolitischen Herausforderungen sowie der erkennbaren Diskrepanz zwischen vorhandenem fachlichem Wissen und politischen Veränderungsprozessen stellt sich die Frage, welche Rolle Sozialarbeitende im Kontext struktureller und politischer Einflussnahme in Chur tatsächlich einnehmen. Die vorliegende Studie setzt an dieser Problematik an und untersucht, wie Fachpersonen der Sozialen Arbeit im Kontext der offenen Drogenszene in Chur Policy Practice konkret umsetzen, welche Handlungsspielräume ihnen dabei zur Verfügung stehen und welche strukturellen sowie individuellen Faktoren ihr politisches Engagement beeinflussen. Ziel dieser Studie ist es, die bestehende Diskrepanz zwischen professionellem Anspruch und praktischer Realität differenziert zu analysieren und damit einen Beitrag zum Verständnis politischer Handlungsmöglichkeiten in der Sozialen Arbeit zu leisten. Daraus ergibt sich folgende Forschungsfrage:

Welche Erfahrungen machen Sozialarbeitende bei der Anwendung und Umsetzung von Policy Practice im Umgang mit abhängigkeitserkrankten Adressat:innen der offenen Drogenszene in Chur?

Um die Forschungsfrage differenzierter beantworten zu können, wird diese durch mehrere Teilfragestellungen konkretisiert. Dadurch sollen einzelne Aspekte der Policy Practice vertieft betrachtet und die Erfahrungen der Sozialarbeitenden systematisch erfasst werden.

- *Wie verstehen Sozialarbeitende ihren politischen Auftrag im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit?*
- *Welche Strategien und Methoden der Policy Practice wenden Sozialarbeitende an und welche davon werden als förderlich oder eher begrenzt wirksam wahrgenommen?*
- *Wie nehmen Sozialarbeitende die Auswirkungen von Policy Practice im Kontext der offenen Drogenszene wahr und wo stossen sie an Grenzen?*

- *Was motiviert Sozialarbeitende dazu, sich über die einzelfallbezogene Arbeit hinaus für strukturelle Veränderungen zu engagieren, und wie kann politisches Engagement im Sinne der Policy Practice gefördert werden?*

Die unterschiedlichen Dimensionen der Policy Practice sollen im Handlungsfeld der offenen Drogenszene in Chur differenziert untersucht werden, um ein vertieftes Verständnis politischer Handlungsmöglichkeiten zu gewinnen. Dabei soll erfasst werden, wie Sozialarbeitende ihren politischen Auftrag verstehen, welche Strategien und Methoden der Policy Practice Anwendung finden und wie deren Einfluss auf strukturelle Veränderungen wahrgenommen wird. Zudem soll untersucht werden, wie Sozialarbeitende die Wirksamkeit politischen Handelns subjektiv einschätzen, was sie dazu motiviert, sich auf struktureller Ebene politisch zu engagieren, und welche individuellen, organisationalen sowie strukturellen Faktoren politisches Engagement fördern oder hemmen. Dadurch sollen sowohl Handlungsspielräume als auch Grenzen politischer Einflussnahme in der sozialarbeiterischen Praxis sichtbar gemacht werden.

1.2 Relevanz für die Soziale Arbeit

Die Thematik der Policy Practice ist für die Soziale Arbeit von hoher Bedeutung, da sie die Verbindung von individueller Hilfeleistung und strukturellem Engagement als ein zentrales Spannungsfeld der Profession adressiert (Burzlaff, 2022, S. 66–67). Die Relevanz der Untersuchung begründet sich überdies damit, dass soziale Problemlagen wie die offene Drogenszene nicht ausschliesslich durch individuelle Unterstützung bewältigt werden können, sondern auch strukturelle und politische Veränderungen erfordern (Waal et al., 2014, S. 8–9). Policy Practice als Handlungsansatz unterstreicht den berufsethischen Auftrag der Sozialen Arbeit, sich aktiv an der Gestaltung sozialpolitischer Rahmenbedingungen zu beteiligen, und greift die strukturelle Dimension Sozialer Arbeit auf (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 5). Der Ansatz beschreibt politische und strukturelle Handlungsmöglichkeiten von Sozialarbeitenden mit dem Ziel, gesellschaftliche Rahmenbedingungen mitzugestalten und soziale Gerechtigkeit zu fördern (Burzlaff, 2025b, S. 24). Die Auseinandersetzung mit Policy Practice im Handlungsfeld der offenen Drogenszene trägt deshalb dazu bei, politische Handlungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit im schweizerischen Kontext analytisch zu erfassen, fachlich einzuordnen und hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Praxis zu reflektieren.

1.3 Forschungsstand

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Policy Practice entwickelte sich ab den späten 1970er-Jahren durch politikorientierte Lehrer:innen für Soziale Arbeit in den USA (Burzlaff, 2022, S. 58). Einen wesentlichen Beitrag zur theoretischen Fundierung des Konzepts leistete Bruce S. Jansson, der im Jahr 1984 erstmals eine Definition von Policy Practice in den fachlichen Diskurs einführte. In den darauffolgenden Jahren wurde das Konzept durch verschiedene Wissenschaftler:innen aufgegriffen und weiterentwickelt (Burzlaff, 2022, S. 59–60). Im aktuellen internationalen Diskurs wird das Konzept besonders durch die Arbeiten von John Gal und Idit Weiss-Gal geprägt, die beide einen zentralen Beitrag zur theoretischen Systematisierung politischer Handlungsmöglichkeiten im Sinne der Policy Practice leisten. So differenzieren Gal und Weiss-Gal unter anderem in ihrem Werk «Social Workers Affecting Social Policy. An International Perspective on Policy Practice» unterschiedliche Strategien der Policy Practice (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 193–199) und erweitern den Diskurs später mit dem «Policy Engagement Conceptual Framework», das Einflussfaktoren auf die Ausübung politischen Handelns von Sozialarbeitenden beschreibt (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 10).

Im deutschsprachigen Raum wurde Policy Practice vergleichsweise spät aufgegriffen und hauptsächlich durch die Arbeiten von Miriam Burzlaff seit dem Jahr 2020 in den fachlichen Diskurs eingeführt (Burzlaff, 2025a). Im Mittelpunkt bisheriger Forschungs- und Publikationstätigkeiten standen vor allem theoretisch-konzeptionelle Überlegungen zur Bedeutung und Relevanz von Policy Practice für eine sozial gerechte Soziale Arbeit (Burzlaff, 2025a). Darüber hinaus wurden Fragen der curricularen Verankerung von Policy Practice sowie mögliche Ansätze für die Lehre diskutiert (Burzlaff, 2022, S. 245). Erste empirische Erkenntnisse für den deutschsprachigen Raum lieferten Burzlaff gemeinsam mit Tobias Kindler und Talia Schwartz-Tayri (2025) im Rahmen eines internationalen Forschungsprojekts. Auf Grundlage einer im Jahr 2023 durchgeführten quantitativen Erhebung werden seither fortlaufend Ergebnisse zum politischen Engagement im Sinne der Policy Practice publiziert (Burzlaff et al, 2025, S. 1889). Die bisherigen Befunde über Policy Practice verdeutlichen, dass politisches Handeln von Sozialarbeitenden von unterschiedlichen individuellen, organisationalen und strukturellen Faktoren beeinflusst wird (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 11). Gleichzeitig zeigt sich, dass vor allem qualitative Untersuchungen zur konkreten Wahrnehmung, Umsetzung und Erfahrung von Policy Practice in spezifischen sozialarbeiterischen Handlungsfeldern bislang nur in begrenztem Umfang vorliegen. Daher besteht weiterhin Forschungsbedarf hinsichtlich der Frage, wie

Sozialarbeitende politische Handlungsmöglichkeiten im Berufsalltag tatsächlich wahrnehmen und anwenden.

1.4 Aufbau der Studie

Die vorliegende Untersuchung gliedert sich in acht Kapitel. Nach der Einleitung werden im zweiten Kapitel zur Einordnung des Handlungsfeldes die aktuelle Situation der offenen Drogenszene in Chur sowie bestehende drogenpolitische Strategien und parteipolitische Einflussfaktoren dargestellt. Anschliessend wird im dritten Kapitel die Wechselwirkung zwischen Sozialer Arbeit und Politik theoretisch aufgearbeitet. Im Zentrum stehen der politische Auftrag der Sozialen Arbeit sowie unterschiedliche Dimensionen politischen Handelns innerhalb der Profession. Dadurch wird eine Grundlage geschaffen, um den Zusammenhang zwischen Sozialer Arbeit und Politik zu erfassen und Policy Practice als Form politischen Handelns zu verorten. Das vierte Kapitel bildet den zentralen theoretischen Bezugsrahmen der Studie und widmet sich der Entstehung, Definition und den theoretischen Grundlagen der Policy Practice. Es werden Strategien politischen Handelns im Sinne der Policy Practice sowie Einflussfaktoren auf das politische Engagement von Sozialarbeitenden erläutert und theoretisch eingeordnet. Das fünfte Kapitel beschreibt das methodische Vorgehen der Studie. Dabei werden das qualitative Forschungsdesign, der Feldzugang, das Sampling, die Datenerhebung mittels Experten- und Leitfadeninterviews sowie eines Validierungsworkshops und die Datenauswertung dargestellt. Abschliessend erfolgt eine Reflexion der methodischen Limitationen der Studie. Die Darstellung des Forschungsdesigns dient der Nachvollziehbarkeit der Forschungsergebnisse und ermöglicht deren wissenschaftliche Einordnung. Im sechsten Kapitel werden die Ergebnisse der qualitativen Untersuchung präsentiert. Im Fokus stehen das Verständnis des politischen Auftrags, Erfahrungen mit Strategien und Methoden der Policy Practice, die subjektiv wahrgenommene Wirksamkeit politischen Handelns sowie motivierende, förderliche und hemmende Faktoren politischen Engagements. Die systematische Darstellung der empirischen Erkenntnisse bildet die Grundlage für die anschliessende Diskussion der Ergebnisse und die Beantwortung der Forschungsfrage. Im siebten Kapitel werden die Ergebnisse mit theoretischen Ansätzen und bestehenden Forschungserkenntnissen verknüpft sowie kritisch diskutiert. Dabei werden vor allem Spannungsfelder zwischen dem professionellen Auftrag, institutionellen Rahmenbedingungen und dem politischen Engagement von Sozialarbeitenden reflektiert. Zudem werden Limitationen der Studie, beispielsweise hinsichtlich der eingeschränkten Generalisierbarkeit und der starken Kontextgebundenheit der

Ergebnisse, thematisiert. Abschliessend werden im achten Kapitel, dem Fazit, die zentralen Erkenntnisse der Arbeit zusammengeführt und die Forschungsfrage beantwortet. Des Weiteren werden die Bedeutung der Ergebnisse für Praxis, Wissenschaft und Politik reflektiert sowie weiterführende Forschungsbedarfe aufgezeigt.

Um die Erfahrungen von Sozialarbeitenden bei der Umsetzung von Policy Practice im Kontext der offenen Drogenszene in Chur einordnen zu können, werden im folgenden Kapitel die sozialräumlichen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen des Untersuchungsfeldes dargestellt.

2 Sozialräumliche und politische Ausgangslage in Chur

Die Betrachtung des Untersuchungsfeldes bildet eine wichtige Grundlage für die Einordnung der Erfahrungen von Sozialarbeitenden und die anschliessende theoretische und empirische Auseinandersetzung mit Policy Practice. Das vorliegende Kapitel beschreibt die aktuelle Situation der offenen Drogenszene in Chur sowie deren Entwicklung in den vergangenen Jahren. Überdies werden begünstigende Faktoren, politische Reaktionen sowie drogenpolitische Strategien und Rahmenbedingungen erläutert.

2.1 Begriffsdefinition

Zum Verständnis der vorliegenden Untersuchung werden nachfolgend zentrale Begriffe definiert, die im weiteren Verlauf der Studie wiederholt verwendet werden. Die Begriffsbestimmungen dienen der konzeptionellen Klärung des Untersuchungsfeldes und der verwendeten Fachterminologie.

Als zentraler Aspekt der vorliegenden Studie wird der Begriff der offenen Drogenszene wiederholt verwendet. Darunter wird das öffentliche Zusammentreffen von Drogenkonsumierenden verstanden, bei dem der Konsum und Handel illegaler Substanzen sichtbar im öffentlichen Raum stattfinden und für die Bevölkerung wahrnehmbar sind (Waal et al., 2014, S. 1).

Im Kontext der offenen Drogenszene befasst sich die Studie mit Adressat:innen, die im öffentlichen Raum psychoaktive Substanzen konsumieren. Im weiteren Verlauf wird in Bezug dessen von abhängigkeitserkrankten Personen gesprochen. Aus medizinischer Sicht wird Sucht als eine Krankheit verstanden, wobei überwiegend von Missbrauch oder Abhängigkeit

gesprochen wird. In der internationalen Klassifikation der Krankheiten der Weltgesundheitsorganisation WHO (ICD-10) werden abhängigkeitserkrankte Personen als Menschen definiert, bei denen ein starkes Verlangen nach einer Substanz oder einem Verhalten besteht, verbunden mit vermindertem Kontrollvermögen, Entzugssymptomen, einer Toleranzbildung sowie einer fortgesetzten Nutzung trotz schädlicher Folgen (Bundesamt für Gesundheit BAG, 2022).

Weitere im Zusammenhang mit der offenen Drogenszene relevante soziale Problemlagen stellen Obdach- und Wohnungslosigkeit dar. Unter dem Begriff der Obdachlosigkeit werden Personen verstanden, die im öffentlichen Raum, im Freien oder in Notunterkünften übernachten. Wohnungslos sind hingegen Personen, die in Übergangswohnungen oder seit längerer Zeit in Hotels leben (Bieri & Fischer, 2023, S. 13).

Zusätzlich wird in der vorliegenden Masterarbeit wiederholt der Begriff «Policy» verwendet. Unter dem Terminus Policy werden gemäss Burzlaff (2022) sämtliche Steuermechanismen wie Deklarationen, Gesetze, Anweisungen, Regeln oder Handlungsweisen verstanden, die innerhalb eines spezifischen Kontextes allgemeinverbindlich sind und das gesellschaftliche Zusammenleben regeln. Policies können demzufolge ebenso Hausregeln in einem Jugendheim umfassen sowie lokalspezifische Programme, nationale Gesetze oder internationale Erklärungen sein (Burzlaff, 2022, S. 57).

Nach der Klärung zentraler Begriffe richtet sich der Fokus im folgenden Kapitel auf die Entwicklung der offenen Drogenszene in Chur und die damit verbundenen aktuellen Herausforderungen.

2.2 Entwicklung und aktuelle Problemlage

Die Problemlage der offenen Drogenszene in Chur ist das Ergebnis eines über fast vier Jahrzehnte andauernden Prozesses. Das vorliegende Kapitel beschreibt die Entwicklung der offenen Drogenszene sowie die zentralen Problemlagen, die das Untersuchungsfeld gegenwärtig prägen.

Die Stadt Chur liegt inmitten der Alpen und ist mit einer Fläche von 28 Quadratkilometern und 41'713 Einwohner:innen (Stand: 31.12.2025) die grösste Stadt des Kantons Graubünden (Einwohnerdienste, 2026). Die Kantonshauptstadt verbindet die unterschiedlichen Täler Graubündens mit der restlichen Schweiz sowie mit internationalen Transitverbindungen Richtung

Italien und Österreich (Graubünden Ferien, n. d.). Trotz der idyllischen Lage und des gepflegten Stadtbildes weist die Stadt Chur seit anfangs der 1990-Jahre eine sichtbare Drogenszene im öffentlichen Raum auf (Fagetti & Schmalz, 2021). In den letzten sieben Jahren hat der Konsum illegaler Substanzen im öffentlichen Raum der Stadt Chur sowohl gesellschaftlich als auch politisch und medial zunehmend an Aufmerksamkeit gewonnen. Nicht selten wird Chur in den Medien als die Stadt mit einer der «grössten offenen Drogenszene in der Schweiz» beschrieben (Nüssli, 2026). Die aktuelle Problemlage in Chur ist durch mehrere miteinander verflochtene Faktoren gekennzeichnet. Zu den zentralen Herausforderungen zählen eine ausgeprägte Obdach- und Wohnungslosigkeit, der öffentlich sichtbare Konsum illegaler Substanzen (Bieri & Fischer, 2023, S. 13) sowie Veränderungen im Konsummuster, besonders der Wandel vom Heroin- zum Crackkonsum (Sucht Schweiz, 2026, S. 5). Überdies lässt sich eine Zunahme der Beschaffungskriminalität beobachten (Stadtrat Chur, 2024, S. 6).

Die ausgeprägte Obdach- und Wohnungslosigkeit in Chur steht im engen Zusammenhang mit der begrenzten Verfügbarkeit von Wohnraum. Besonders für sozial benachteiligte Personen ist der Zugang zu geeignetem und bezahlbarem Wohnraum stark eingeschränkt. Zur Deckung des kurz- und mittelfristigen Wohnraumbedarf sind daher strukturelle Veränderungen im Hinblick auf die Umnutzung von Gebäuden und Flächen für Wohnzwecke erforderlich (Bieri & Fischer, 2023, S. 16). Im Rahmen einer Erhebung von Interface wurde im August 2023 die Anzahl der von Obdach- und Wohnungslosigkeit betroffenen Personen in Chur auf rund 40 Personen geschätzt, wovon sich etwa 32 Personen in der offenen Drogenszene im Stadtgarten aufhielten (Bieri & Fischer, 2023, S. 14). Laut Streetwork unterliegt die Anzahl der von Obdach- und Wohnungslosigkeit betroffenen Personen jedoch Schwankungen, sodass die geschätzte Zahl im April 2026 bei rund 30 Personen lag (R. Zinsli, pers. Mitteilung, 17.4.2026). Zur temporären Vermeidung von Obdachlosigkeit besteht in Chur eine Notschlafstelle des Vereins Überlebenshilfe Graubünden. Die Einrichtung bietet ein niederschwelliges Setting mit bis zu 14 Betten für Männer sowie bis zu vier Betten für Frauen (Verein Überlebenshilfe Graubünden, n. d.). Ergänzend dazu wurde im Jahr 2024 das Pilotprojekt «Housing First» des Vereins Oase mit 12 Plätzen lanciert. Das niederschwellige Angebot richtet sich an Personen, die über längere Zeit von Obdachlosigkeit betroffen waren und gleichzeitig unter psychischen Belastungen sowie Abhängigkeitserkrankungen leiden (Kanton Graubünden, 2025).

Wird von der offenen Drogenszene in Chur gesprochen, bezieht sich dies primär auf den zentral gelegenen Stadtgarten (R. Zinsli, pers. Mitteilung, 17.4.2026). Darüber hinaus sind angrenzende öffentliche Orte wie der Bahnhofsplatz sowie umliegende Strassen vom öffentlichen Konsum illegaler Substanzen geprägt (Stadtrat Chur, 2022, S. 8). Die geografische Lage der Stadt Chur mit den Transitverbindungen Richtung Italien und Österreich, sowie die zentrale Lage dieser Orte in der Stadt, die gute Erreichbarkeit und die hohe Anzahl an Passant:innen bieten geeignete Bedingungen, die eine Entstehung und Stabilisierung einer offenen Drogenszene begünstigen (Waal et al., 2014, S. 1). Schätzungen der Streetwork zufolge halten sich im Verlauf eines Tages durchschnittlich rund 40 Konsumierende im Stadtgarten auf (R. Zinsli, pers. Mitteilung, 17.4.2026).

In offenen Drogenszenen wie in Chur werden typischerweise unterschiedliche psychoaktive Substanzen wie Heroin, Kokain, Alkohol oder Medikamente konsumiert, wobei vielfach ein ausgeprägter Mischkonsum stattfindet (Stadtrat Chur, 2022, S. 8). Gemäss Angaben der Streetwork werden in Chur hauptsächlich Crack und Freebase konsumiert (R. Zinsli, pers. Mitteilung, 17.4.2026). Beide Formen stellen aufbereitete Varianten von Kokain dar, die durch chemische Umwandlungsprozesse rauchbar gemacht und inhaliert werden (Marthaler, 2022, S. 2). In den letzten vier Jahren lässt sich in der Schweiz ein Wandel vom Heroin- hin zum Crackkonsum beobachten, so auch in Chur (Sucht Schweiz, 2026, S. 5). Dieser Wandel beschreibt eine grundlegende Veränderung der Konsumdynamik in offenen Drogenszenen. Während Heroin eher dämpfend wirkt und längere Konsumintervalle ermöglicht, führt Crack zu kurzen, intensiven Rauschzuständen mit hohem Wiederholungspotenzial. In der Folge wird der Konsum sichtbarer und dynamischer, der Beschaffungsdruck nimmt zu, und psychische Belastungen, aggressives Verhalten, Konflikte sowie Beschaffungskriminalität treten vermehrt auf (Marthaler, 2022, S. 3). Für den öffentlichen Raum bedeutet dies eine Verdichtung der Szenenaktivität, während gleichzeitig die Anforderungen an soziale und gesundheitliche Unterstützungsangebote steigen (Stadtrat Chur, 2022, S. 8). Die Lebenslagen der abhängigkeitserkrankten Personen sind häufig durch Mehrfachproblemlagen geprägt, die neben Abhängigkeitserkrankung psychische und physische Gesundheitsprobleme sowie soziale Isolation umfassen (Stadtrat Chur, 2022, S. 7–8). Vor diesem Hintergrund stellt die offene Drogenszene in Chur auch eine Herausforderung für die öffentliche Ordnung dar. Zwar können Personen durch polizeiliche Massnahmen temporär aus bestimmten Räumen weggewiesen werden, jedoch fehlen in der Region häufig adäquate niederschwellige Anschlussangebote

(Stadtrat Chur, 2022, S. 2). Dies spiegelt sich gleichfalls in der Kriminalstatistik wider. So stieg im Jahr 2025 die Zahl der Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz (BetmG) im Vergleich zum Vorjahr deutlich an. Vor allem die verstärkte Bekämpfung des Drogenhandels führte zu einer Zunahme von 47 % bei den registrierten Straftatbeständen (Kantonspolizei, 2026, S. 5, S. 15).

Die aktuelle Problemlage der offenen Drogenszene in Chur ist das Ergebnis eines Zusammenspiels räumlicher, struktureller und politischer Bedingungen. Um dieses Phänomen besser nachvollziehen zu können, ist eine Betrachtung der zugrundeliegenden Einflussfaktoren erforderlich. Das folgende Kapitel beleuchtet daher zentrale Faktoren, die die Entstehung und Stabilisierung offener Drogenszenen begünstigen.

2.3 Begünstigende Faktoren für offene Drogenszenen

Offene Drogenszenen entstehen durch ein Zusammenspiel struktureller, sozialer und politischer Faktoren. Auf struktureller Ebene tragen günstige Marktbedingungen zur Herausbildung solcher Szenen bei. Niedrige Drogenpreise sowie unzureichende Strafverfolgung wirken anziehend auf Drogenkonsumierende und Dealer:innen und begünstigen die räumliche Konzentration von Konsum und Handel (Waal et al., 2014, S. 1). Gleichzeitig zeigen sich deutliche soziale Einflussfaktoren. Offene Drogenszenen ziehen vornehmlich marginalisierte Gruppen an, darunter sozial instabile Jugendliche, Asylsuchende sowie Personen mit Schwierigkeiten, sich in bestehende gesellschaftliche Strukturen zu integrieren (Waal et al., 2014, S. 2). In diesem Zusammenhang wirken sowohl sogenannte Push-Faktoren wie soziale Ausgrenzung und prekäre Lebensbedingungen als abstossende Einflüsse als auch Pull-Faktoren wie die leichte Verfügbarkeit von Drogen sowie soziale Kontakte innerhalb der Drogenszene als anziehende Einflüsse (Waal et al., 2014, S. 2). Darüber hinaus spielen städtische Raumstrukturen eine entscheidende Rolle bei der Entstehung solcher Szenen. Diese entwickeln sich bevorzugt an zentral gelegenen und gut zugänglichen Orten wie Bahnhöfen oder Parkanlagen, da dort sowohl Konsum als auch Handel leicht organisiert werden können. Solche Orte fungieren häufig als zentrale Knotenpunkte des Drogenhandels (Waal et al., 2014, S. 1). Schliesslich beeinflussen politische Rahmenbedingungen die Entstehung offener Drogenszenen massgeblich. In vielen Städten, in denen offene Drogenszenen bestehen, zeigen sich Spannungsfelder zwischen restriktiven und liberalen drogenpolitischen Ansätzen. Diese

widersprüchlichen Strategien können die Problematik zusätzlich verschärfen, da koordinierte Massnahmen ausbleiben (Waal et al., 2014, S. 10).

Die dargestellten Einflussfaktoren verdeutlichen, dass offene Drogenszenen vornehmlich dort entstehen, wo günstige Marktbedingungen, soziale Marginalisierung, geeignete städtische Räume und inkonsistente politische Strategien zusammentreffen und sich gegenseitig verstärken. Entsprechend erfordert der Umgang mit offenen Drogenszenen politische Reaktionen, die über ordnungspolitische Massnahmen hinausgehen.

2.4 Politische Reaktionen auf offene Drogenszenen

Unter Berücksichtigung der begünstigenden Einflussfaktoren wird deutlich, dass offene Drogenszenen nicht zufällig entstehen, sondern das Ergebnis eines Zusammenspiels struktureller, sozialer und politischer Rahmenbedingungen sind (Waal et al., 2014, S. 1). Der Umgang mit diesen Problemlagen erfordert daher politische Strategien und koordiniert Massnahmen auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen. Das folgende Kapitel zeigt auf, wie staatliche Akteur:innen in der Schweiz, im Kanton Graubünden und in der Stadt Chur auf die Entwicklung der offenen Drogenszene reagiert haben und welche drogenpolitischen Strategien und Massnahmen zur Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen ergriffen wurden.

2.4.1 Entwicklung drogenpolitischer Massnahmen

Aufgrund der Konfrontation mit einem exzessiven Drogenkonsum im öffentlichen Raum wurde die Schweiz ab den 1980er-Jahren politisch aktiv und ergriff Massnahmen zur Verhinderung sozialer Problemlagen (Koller, 2022a, S. 159). Im Rahmen der Entwicklung der Vier-Säulen-Politik orientierte sich die schweizerische Drogenpolitik an den Prinzipien der Prävention, Therapie, Schadensminderung sowie der Repression (Koller, 2022a, S. 162). Als eine international bedeutende Massnahme im Bereich der Schadensminderung gilt das im Jahr 1986 eröffnete «Fixerstübli» in Bern. Dabei handelt es sich um eine Einrichtung, die heute unter dem Begriff Konsumraum bekannt ist und den Konsum illegaler Substanzen unter medizinischer Aufsicht ermöglicht (Koller, 2022b, S. 102). Im Jahr 1992 folgte im Rahmen eines wissenschaftlichen Versuchs erstmals die Bewilligung einer ärztlich kontrollierten Heroinabgabe an schwer abhängigkeitserkrankte Personen (Grob, 2012, S. 102). Einige Jahre später wurde 1999 der Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin angenommen (Grob, 2012, S. 103). Ein weiterer bedeutender Schritt in der schweizerischen Drogenpolitik

erfolgte ab dem Jahr 1995 mit ersten lokalen Pilotprojekten im Bereich «Drug-Checking». Diese Angebote ermöglichen die Analyse von Substanzen und dienen der Risikominimierung im Zusammenhang mit dem Konsum psychoaktiver Substanzen (Bänziger, 2022, S. 224).

Diese nationalen Entwicklungen spiegeln sich ebenfalls auf lokaler Ebene wider. Im Kanton Graubünden, hauptsächlich in der Stadt Chur wurden im Laufe der Jahre verschiedene Massnahmen umgesetzt. So wurde im Jahr 2000 das Ambulatorium Neumühle zur heroingestützten Behandlung eröffnet (Kanton Graubünden, 2000). Im Jahr 2020 erfolgte die Lancierung des Pilotprojekts «Streetwork» (Stadtrat Chur, 2022, S. 7) und als weitere Massnahme wurde 2024 das Pilotprojekt «Housing First» eingeführt (Kanton Graubünden, 2024). Die bislang jüngste Massnahme stellt die Eröffnung des Konsumraums im März 2026 dar. Nach einem mehrjährigen politischen Prozess wurde damit ein Angebot geschaffen, das den öffentlichen Drogenkonsum reduzieren und von Abhängigkeit betroffenen Personen einen geschützten sowie medizinisch überwachten Konsumraum bieten soll (Verein Überlebenshilfe Graubünden, 2026).

Die bisherigen Massnahmen im Umgang mit der offenen Drogenszene in Chur basieren auf übergeordneten sucht- und gesundheitspolitischen Strategien. Zur Einordnung der dargestellten Entwicklungen werden nachfolgend die strategischen Grundlagen auf nationaler und kantonaler Ebene erläutert.

2.4.2 Strategische Einbettung

Die schweizerische Suchtpolitik orientiert sich an der «Nationalen Strategie Sucht», die im Rahmen der gesundheitspolitischen Agenda «Gesundheit2020» durch das Bundesamt für Gesundheit (BAG) gemeinsam mit weiteren Partner:innen erarbeitet wurde (Bundesamt für Gesundheit BAG, 2015, S. 4). Die Strategie wurde im Jahr 2015 vom Bundesrat verabschiedet und schafft einen umfassenden Orientierungs- und Handlungsrahmen für die Akteur:innen auf allen föderalen Ebenen im Suchtbereich (Bundesamt für Gesundheit BAG, 2024, S. 4). Davor basierte die schweizerische Drogenpolitik primär auf dem Betäubungsmittelgesetz (BtmG) und der darin festgeschriebenen Vier-Säulen-Politik (Savary & Zobel, 2022, S. 260). Die heutige Nationale Strategie Sucht koordiniert die Massnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie weiterer Akteur:innen im Gesundheits- und Sozialbereich (Bundesamt für Gesundheit BAG, 2024, S. 4). Wie in der Abbildung 1 zu entnehmen, entfaltet die Nationale Strategie Sucht

ihre Wirkung im Wesentlichen in acht Handlungsfeldern (Bundesamt für Gesundheit BAG, 2015, S. 5).

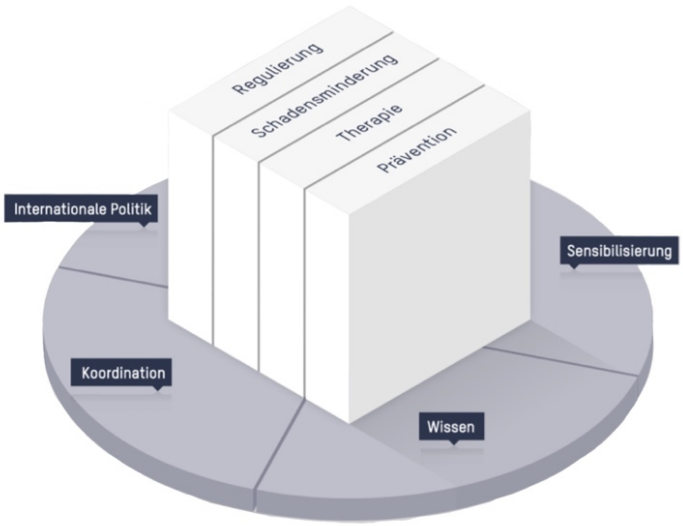


Abbildung 1. Handlungsfelder der Nationalen Strategie Sucht
Quelle: Bundesamt für Gesundheit BAG, 2015, S. 6

Übergeordnet verfolgt die Nationale Strategie Sucht das Ziel, Abhängigkeitserkrankungen vorzubeugen, abhängigkeitserkrankten Personen die notwendige Hilfe und Behandlung zu ermöglichen, gesundheitliche und soziale Schäden zu vermindern sowie negative Auswirkungen auf die Gesellschaft, beispielsweise gesundheitliche Risiken oder Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls, zu reduzieren (Bundesamt für Gesundheit BAG, 2015, S. 4). Zur Umsetzung der Ziele wurde ergänzend ein Massnahmenplan erarbeitet (Bundesamt für Gesundheit BAG, 2024, S. 4). Die Umsetzungsschwerpunkte des Massnahmenplans liegen in den Bereichen Prävention und Früherkennung, in der bedarfsorientierten Therapie und Beratung, der Schadensminderung sowie in der Koordination verschiedener Leistungserbringer:innen, um die Schnittstellen zwischen unterschiedlichen Behandlungsangeboten zu optimieren (Bundesamt für Gesundheit BAG, 2024, S. 5). Eine detaillierte Übersicht der Ziele und Massnahmen ist im Anhang A ersichtlich. Aufgrund der gesundheitlichen, sozialen und politischen Problemlage ist für die erfolgreiche Umsetzung des Massnahmenplans eine enge Zusammenarbeit zwischen Akteur:innen des Suchtbereichs, der Sozial- und Gesundheitspolitik sowie angrenzender Handlungsfelder von zentraler Bedeutung (Bundesamt für Gesundheit BAG, 2024, S. 42–43).

Mit der erarbeiteten Nationalen Strategie Sucht und dem dazugehörigen Massnahmenplan bestand erstmals ein übergreifender Orientierungs- und Handlungsrahmen, der es dem Bund und den Kantonen ermöglicht, partnerschaftlich Lösungen zu entwickeln und aufeinander

abzustimmen (Bundi, Caminada, Kaufmann & Rudin, 2020, S. 2). Auf dieser Grundlage wurde im Auftrag des Kantons Graubünden das Bündner Programm Sucht (BPS) erarbeitet. Dieses basierte auf einer Weiterentwicklung des Bündner Programms Alkohol (BPA) und wurde zunächst für den Zeitraum 2021–2024 umgesetzt und später bis 2028 verlängert (Bundi et al., 2020, S. 13; Meier & Rudin, 2024, S. 3). Auch dieses Programm orientiert sich an den Handlungsfeldern und Zielsetzungen der Nationalen Strategie Sucht (Kanton Graubünden, 2023, S. 15). Bis ins Jahr 2023 fehlte im Kanton Graubünden jedoch weiterhin eine kantonale Koordination sämtlicher Aktivitäten innerhalb der Vier-Säulen-Politik. Vor diesem Hintergrund entwickelte der Kanton Graubünden, basierend auf der Nationalen Strategie Sucht, eine eigene Kantonale Strategie Sucht, die seit dem Jahr 2024 die Grundlage der kantonalen Suchtpolitik bildet (Kanton Graubünden, 2023, S. 4). Ziel der kantonalen Strategie Sucht ist es, sich an den acht Handlungsfeldern der Nationalen Strategie Sucht sowie am Bündner Programm Sucht zu orientieren und aus dem Strategieprozess Empfehlungen abzuleiten, die dazu beitragen, bestehende Angebotslücken zu schliessen oder bestehende Angebote zu optimieren. Darüber hinaus sollen bestehende Angebote zielgerichtet und nachhaltig weiterentwickelt werden. Ein weiteres Ziel besteht darin, dass zukünftige Programme und Massnahmen aus der Kantonalen Strategie Sucht abgeleitet und konkret ausgearbeitet werden können (Kanton Graubünden, 2023, S. 4).

Die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung der Strategien erfolgt stets im Kontext politischer Entscheidungsprozesse. Das folgende Kapitel beleuchtet daher die parteipolitischen Rahmenbedingungen sowie deren Einfluss auf politische Beschlüsse.

2.5 Parteipolitische Rahmenbedingungen und deren Einfluss

Wie bereits durch Waal et al. (2014) hervorgehoben wurde, haben politische Rahmenbedingungen einen wesentlichen Einfluss auf die Entstehung und Stabilisierung offener Drogenszenen. Dabei können vor allem Spannungsfelder zwischen restriktiven und liberalen drogenpolitischen Ansätzen dazu führen, dass Massnahmen uneinheitlich umgesetzt werden oder koordinierte Strategien ausbleiben (Waal et al., 2014, S. 10). Dementsprechend ist es relevant, die politische Zusammensetzung im Kanton Graubünden sowie in der Stadt Chur näher zu betrachten und anhand politischer Beschlüsse Rückschlüsse auf politische Entscheidungstendenzen zu ziehen.

Die Regierung des Kantons Graubünden setzt sich aus fünf Mitgliedern zusammen und umfasst Vertreter:innen der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP), der Mitte sowie der Sozialdemokratischen Partei (SP) (Standeskanzlei Graubünden, 2026). Auf legislativer Ebene sind im Grossen Rat 120 Mitglieder vertreten. Wie in Abbildung 2 zu entnehmen, gehören die Mitglieder des Grossen Rats sechs unterschiedlichen Parteien an (Grosser Rat, 2026).

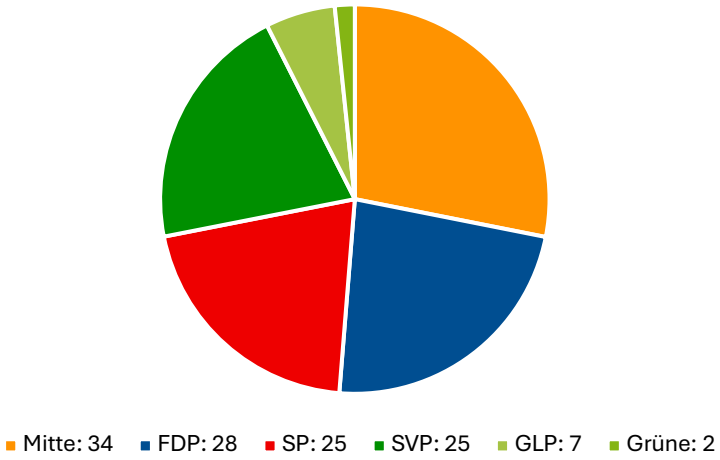


Abbildung 2. Parteipolitische Aufstellung der 120 Mitglieder des Grossen Rats
Quelle: Eigene Darstellung (Grosser Rat, 2026)

Auf kommunaler Ebene besteht der Stadtrat der Stadt Chur aus drei Mitgliedern unterschiedlicher politischer Lager, namentlich FDP, SP sowie Freie Liste & Grüne (Stadt Chur, 2026c), während das Stadtparlament 21 Mitglieder umfasst und sich gemäss Abbildung 3 aus Vertreter:innen von sechs Parteien zusammensetzt (Stadt Chur, 2026a).

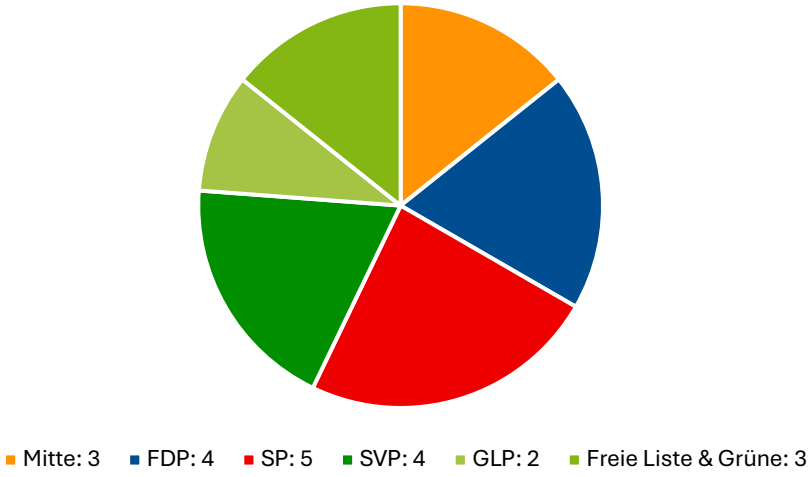


Abbildung 3. Parteipolitische Aufstellung der 21 Mitglieder des Stadtparlaments
Quelle: Eigene Darstellung (Stadt Chur, 2026a)

Diese parteipolitische Vielfalt ist Ausdruck eines konsensorientierten politischen Systems, in dem unterschiedliche Positionen und Interessen in politische Entscheidungsprozesse einfliessen (Vatter, 2024, S. 108). Eine solche Struktur kann einerseits zu breit abgestützten und langfristig tragfähigen Lösungen beitragen. Andererseits besteht die Gefahr, dass Entscheidungsprozesse mit erheblichem Aufwand und politischen Kompromissen verbunden sind, die nicht immer zu klaren oder kohärenten Strategien führen (Kindler, 2024, S. 447–448). Dies zeigt sich exemplarisch am politischen Prozess zur Einrichtung eines Konsumraums in der Stadt Chur. Bereits im Jahr 2018 wurde dazu im Grossen Rat ein erster parlamentarischer Vorstoss eingereicht (Grosser Rat, 2018, S. 486). Trotz des erkannten Handlungsbedarfs wurde die konkrete Umsetzung jedoch mehrfach hinausgeschoben, wodurch sich der politische Entscheidungsprozess über mehrere Jahre hinzog. Die Zustimmung zur Realisierung und Finanzierung eines Konsumraums erfolgte erst im Jahr 2024 (Stadt Chur, 2026b). Auch der Beschluss des Stadtrats Chur zur Schliessung des Stadtgartens im März 2020 verdeutlicht eine eher ordnungspolitische Haltung. Obwohl der Stadtrat festhielt, dass «Repression allein das Problem nicht löst», wurde zunächst auf eine Schliessung des öffentlichen Raums sowie auf verstärkte polizeiliche Interventionen gesetzt (Stadtrat Chur, 2022, S. 7). Diese Beschlüsse verdeutlichen eine restriktive Handlungstendenz im Kanton Graubünden und der Stadt Chur.

Politischen Entscheidungen liegt in vielen Fällen die Frage der Finanzierung zugrunde. Basierend auf unterschiedlichen Ansätzen ist ebenfalls die Verantwortlichkeit der Finanzierung nicht eindeutig zu bestimmen. Gemäss Art. 3d des schweizerischen Betäubungsmittelgesetzes sind die Kantone verpflichtet, Einrichtungen zur Therapie und sozialen Integration bereitzustellen und zu finanzieren (Betäubungsmittelgesetz vom 3. Oktober 1951, SR 812.121). Damit liegt die Verantwortung im Umgang mit der offenen Drogenszene in Chur grundsätzlich beim Kanton Graubünden und nicht bei der Stadt Chur selbst. Wiederum unterliegt die Schweiz dem Subsidiaritätsprinzip, das besagt, dass staatliche Aufgaben möglichst auf der tiefsten staatlichen Ebene wahrgenommen werden sollen, sofern diese dazu in der Lage ist (Vatter, 2024, S. 438). So ist die Stadt Chur selbst zuständig für die Regulierung der offenen Drogenszene, solange es ihr möglich ist. Erst wenn die kommunalen Ressourcen oder Kompetenzen nicht mehr ausreichen, ist der Kanton aufgefordert, unterstützend oder übernehmend einzugreifen. Diese gesetzlichen Vorgaben schaffen zusätzliche Anforderungen an politische Entscheidungsfindungsprozesse und erhöhen deren Komplexität.

2.6 Zwischenfazit zur sozialräumlichen und politischen Ausgangslage

Die erwähnten Rahmenbedingungen verdeutlichen, dass die politischen Entscheidungen im Kanton Graubünden und in der Stadt Chur einen zentralen Kontextfaktor für das Verständnis der offenen Drogenszene darstellen. Die offene Drogenszene in Chur ist nicht zufällig entstanden, sondern wurde durch spezifische sozialräumliche Gegebenheiten, drogenpolitische Rahmenbedingungen sowie institutionelle Entwicklungen begünstigt. Besonders die Wechselwirkungen zwischen geografischer Lage, Obdach- und Wohnungslosigkeit, veränderten Konsummustern sowie politischen und institutionellen Bedingungen prägen die gegenwärtige Situation in Chur wesentlich (Stadtrat Chur, 2022, S. 8). Sowohl auf nationaler als auch auf kantonaler und lokaler Ebene wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Massnahmen und Strategien entwickelt, um den Herausforderungen offener Drogenszenen zu begegnen (Bundesamt für Gesundheit BAG, 2024, S. 5). Obwohl schadensmindernde Massnahmen wie Konsumräume seit 1986 oder Drug-Checking-Angebote seit 1995 in der Schweiz Anwendung finden, wurden entsprechende Angebote im Kanton Graubünden und in der Stadt Chur teilweise erst im Jahr 2026 umgesetzt (Bänziger, 2022, S. 224; Koller, 2022b, S. 102; Stadt Chur, 2026b). Die sozialräumliche und politische Ausgangslage in Chur verdeutlicht, dass die offene Drogenszene ein vielschichtiges Handlungsfeld darstellt, das langfristige, interdisziplinäre und koordinierte Lösungsansätze sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen Sozialer Arbeit und Politik erfordert. Zur Einordnung der politischen Handlungsmöglichkeiten von Sozialarbeitenden wird im folgenden Kapitel das Verhältnis von Sozialer Arbeit und Politik im Kontext des politischen Systems der Schweiz theoretisch beleuchtet. Diese theoretische Grundlage dient der späteren Verortung der Forschungsergebnisse im Rahmen der Policy Practice.

3 Soziale Arbeit und Politik

Um die politischen Handlungsmöglichkeiten von Sozialarbeitenden im Kontext der vorliegenden Untersuchung theoretisch einordnen zu können, wird im folgenden Kapitel das Verständnis von Sozialer Arbeit und Politik näher beleuchtet. Dabei werden zunächst die zentralen Merkmale des politischen Systems der Schweiz erläutert, bevor die Wechselwirkung zwischen Politik und Sozialer Arbeit sowie der politische Auftrag der Profession und unterschiedliche Dimensionen politischen Handelns dargestellt werden.

3.1 Das politische System der Schweiz

Der Begriff «Politik» stammt vom griechischen Wort «Polis», was Gemeinschaft oder Stadt bedeutet. In diesem Verständnis umfasst Politik sämtliche Angelegenheiten, die das öffentliche Leben betreffen. Politik bedeutet somit nicht nur das Regieren und die Ausübung von Macht, sondern auch die aktive Mitwirkung an der politischen Willensbildung und an der Gestaltung des Gemeinwesens, auch ausserhalb von Parlamenten und Verwaltungen (Borstel & Fischer, 2018, S. 15). Die konkrete Ausgestaltung politischer Beteiligung und Prozesse wird durch das jeweilige politische System geprägt. Bis heute gilt das politische System der Schweiz als Sonderfall unter den modernen Demokratien. Es basiert auf einer aussergewöhnlichen Kombination aus ausgeprägtem Föderalismus, starker direkter Demokratie und konsensorientierter Konkordanz (Vatter, 2024, S. 29). Der Föderalismus zeigt sich dabei in einer weitreichenden Autonomie der Gemeinden und Kantone, die in zahlreichen Politikfeldern eigenständig entscheiden und handeln können (Vatter, 2024, S. 431). Die Konkordanz prägt die politische Entscheidungsfindung durch das Prinzip der Machtteilung sowie durch die Einbindung unterschiedlicher politischer Parteien. Anstelle von Mehrheitsentscheiden steht die Suche nach Konsens im Zentrum, was sich besonders in der Zusammensetzung der Regierung sowie in konsensorientierten politischen Aushandlungsprozessen widerspiegelt (Vatter, 2024, S. 365). Ein weiteres zentrales Element des politischen Systems der Schweiz ist die direkte Demokratie. Sie ermöglicht es der Bevölkerung, sich regelmässig durch Volksinitiativen und Referenden an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen (Vatter, 2024, S. 349). Kein anderes Land weist eine derart ausgeprägte Form direkter Mitbestimmung auf kommunaler und nationaler Ebene auf wie die Schweiz (Vatter, 2024, S. 543). Ein weiterer prägender Aspekt des schweizerischen Politiksystems stellt das Miliz-System dar. Dieses ermöglicht es Fachpersonen unterschiedlicher Berufsfelder, neben ihrer Haupttätigkeit ein politisches Amt auszuüben (Vatter, 2024, S. 259). Davon können auch Sozialarbeitende profitieren, indem sie sich parallel zu ihrer beruflichen Tätigkeit politisch engagieren. Im parlamentarischen Kontext bilden Sozialarbeitende jedoch lediglich eine kleine Berufsgruppe und machen rund 1 % der Parlamentsmitglieder aus (Amann & Kindler, 2021, S. 17). Das schweizerische Politiksystem kann auch kritisch diskutiert werden. So weist Kindler darauf hin, dass viele Politiker:innen bei genauerer Betrachtung ihre politische Tätigkeit faktisch in einem Vollzeitpensum ausüben (Kindler, Pos. 562). Zudem prägt das schweizerische Konsenssystem die Möglichkeiten politischer Veränderungen. Politische Entscheidungen entstehen in der Schweiz häufig durch

Verhandlungen und Kompromisse zwischen politischen Parteien, Behörden sowie unterschiedlichen Interessensverbänden. Dadurch können Sozialarbeitende politische Prozesse nicht allein bestimmen, sondern sind auf Kooperationen mit weiteren Akteur:innen angewiesen. Durch die föderale Struktur regeln die Kantone und Gemeinden vieles selbstständig, wodurch unterschiedliche Standards in sozialen Angeboten entstehen. Aufgrund des schweizerischen Politiksystems erfordert politisches Engagement einen vergleichsweise erhöhten Aufwand für politische Beteiligung, zeitliche Ressourcen sowie Netzwerke und Organisationen wie Berufsverbände (Kindler, 2024, S. 447–448).

Die politischen Rahmenbedingungen der Schweiz beeinflussen auch die Handlungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit. Das folgende Kapitel widmet sich daher der wechselseitigen Beziehung zwischen Sozialer Arbeit und Politik.

3.2 Wechselwirkung von Sozialer Arbeit und Politik

Die Politik und Soziale Arbeit beeinflussen sich gegenseitig und stehen in einer Wechselwirkung. Einerseits entscheidet die Politik darüber, welche öffentlichen Interessen in einer Gesellschaft bestehen, und schafft dafür die rechtlichen Grundlagen. Die Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit werden somit wesentlich durch politische Entscheidungen wie durch Gesetze, Sozialversicherungen oder Finanzierungsmodelle bestimmt. Die Politik legt fest, welche sozialen Probleme priorisiert, welche Leistungen gefördert und welche Zielgruppen unterstützt werden. Damit geht zugleich die Entscheidung einher, welche Bereiche als nicht finanzierungswürdig gelten. Darüber hinaus regelt die Politik durch gesetzliche Vorgaben und administrative Vorschriften das Handlungsspektrum der Sozialen Arbeit (Borstel & Fischer, 2018, S. 18–19). Andererseits beeinflusst die Soziale Arbeit die Politik. Fachpersonen der Sozialen Arbeit erkennen gesellschaftliche Missstände, machen strukturelle Ungerechtigkeiten sichtbar und setzen sich für marginalisierte Gesellschaftsgruppen sowie für sozialpolitische Veränderungen ein. In diesem Sinne wird die Soziale Arbeit selbst zu einer politischen Akteurin (Amann & Kindler, 2021, S. 15; Borstel & Fischer, 2018, S. 20). Wie Benz und Rieger (2015, S. 30) festhalten, begegnen Adressat:innen Fachkräften und Organisationen der Sozialen Arbeit somit stets im Kontext des Sozialstaates und seiner Sozialpolitik beziehungsweise an den Grenzen sozialstaatlicher Leistungen. Soziale Arbeit ist damit immer auf Sozialpolitik bezogen, auch wenn sie sich nicht ausschliesslich mit sozialpolitischen Fragestellungen befasst (Benz & Rieger, 2015, S. 30).

Die enge Verflechtung von Sozialer Arbeit und Politik verdeutlicht, dass sozialarbeiterisches Handeln nicht losgelöst von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und Erwartungen erfolgt. Die Einflussnahme auf soziale Problemlagen beschränkt sich dabei nicht auf die Unterstützung einzelner Adressat:innen, sondern umfasst auch die Mitgestaltung struktureller und politischer Prozesse. In diesem Sinne kommt dem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit eine zentrale Bedeutung zu, welcher im folgenden Kapitel näher beleuchtet wird.

3.3 Politischer Auftrag der Sozialarbeit

Bereits in den Anfängen der Sozialen Arbeit gehörte es dazu, dass sie sich nicht nur mit der unmittelbaren Hilfe von Notleidenden befasste, sondern auch damit, wie auf gesellschaftlicher Ebene das Leiden gelindert werden kann (Borstel & Fischer, 2018, S. 20). Dieses Verständnis prägt die Soziale Arbeit bis heute. So definiert auch der Berufskodex (2026) in Bezugnahme auf die International Federation of Social Workers (IFSW) und die International Association of Schools of Social Work (IASSW) das Aufgreifen sozialpolitischer Interventionen als Kernaufgabe Sozialer Arbeit in folgender Definition:

> Soziale Arbeit fördert als Profession und wissenschaftliche Disziplin gesellschaftliche Veränderungen und Entwicklungen, den sozialen Zusammenhalt und die Ermächtigung und Befreiung von Menschen. Dabei sind die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, der Menschenrechte, der gemeinschaftlichen Verantwortung und der Anerkennung der Verschiedenheit richtungsweisend. Soziale Arbeit wirkt auf Sozialstrukturen und befähigt Menschen so, dass sie die Herausforderungen des Lebens angehen und Wohlbefinden erreichen können. Dabei stützt sie sich auf Theorien der eigenen Disziplin, der Human- und Sozialwissenschaften sowie auf das Erfahrungswissen des beruflichen Kontextes. (AvenirSocial, 2026, S. 8)

Der Berufskodex erwähnt explizit, dass die Soziale Arbeit als Profession und wissenschaftliche Disziplin gesellschaftliche Veränderungen und Entwicklungen fördern soll (AvenirSocial, 2026, S. 8). Dabei sieht der Berufsverband die Profession der Sozialen Arbeit in der Verpflichtung, über Netzwerke sozialpolitische Interventionen zu initiieren und zu unterstützen. Zudem soll sich die Soziale Arbeit an der sozialräumlichen Gestaltung von Lebensumfeldern sowie an der Bearbeitung struktureller Probleme beteiligen, die sich aus der Einbindung von Individuen in soziale Systeme ergeben (AvenirSocial, 2010, S. 6). Dennoch ist das Verhältnis der Sozialen Arbeit zur Politik umstritten. Gerade in Bezug auf die Frage, inwieweit Soziale Arbeit politisch

arbeiten darf, soll oder sogar muss. Skeptiker:innen befürchten im politischen Handeln eine Bevormundung und Instrumentalisierung von Adressat:innen. Da sich die Soziale Arbeit mehrheitlich an Personen richten, deren Autonomie zeitweise oder dauerhaft eingeschränkt ist, muss die Integrität und Würde der Adressat:innen gewährleistet sein (Borstel & Fischer, 2018, S. 21). Die politische Rolle der Sozialen Arbeit bewegt sich somit in einem Spannungsfeld zwischen dem Schutz der Autonomie von Adressat:innen und dem Anspruch, auf strukturelle Problemlagen einzuwirken. Eine weitere Differenzierung erfährt der politische Auftrag durch die Auseinandersetzung mit den Erwartungen und Vorgaben der Auftraggebenden.

Häufig treten die Adressat:innen weder allein noch primär als Auftraggebende der Sozialen Arbeit auf. Die Aufträge werden überwiegend durch gesellschaftliche und staatliche Institutionen definiert und legitimiert (Benz & Rieger, 2015, S. 35). Wie auch der Berufskodex erwähnt, ist die Soziale Arbeit dem dreifachen Mandat verpflichtet. Einerseits dem Mandat von Hilfe und Kontrolle vonseiten der Gesellschaft und der Anstellungsträger:innen, andererseits dem implizierten oder offen ausgesprochenen Begehren vonseiten der Adressat:innen und drittens dem eigenen Professionswissen, der Berufsethik und den Prinzipien der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit (AvenirSocial, 2010, S. 7). In Anbetracht der berufsethischen Definition sowie des dreifachen Mandats hat die Soziale Arbeit somit den Auftrag, sich in sozialpolitische Entscheidungsprozesse einzumischen, um relevante soziale Systeme dahingehend zu verändern und zu beeinflussen, dass sie menschenrechtlichen Standards sowie einer angemessenen Bedürfnisbefriedigung entsprechen (Benz & Rieger, 2015, S. 38).

Der politische Auftrag der Sozialen Arbeit bildet die normative Grundlage für politisches Engagement innerhalb der Profession. Seine konkrete Ausgestaltung wird anhand verschiedener Dimensionen politischen Handelns sichtbar.

3.4 Dimensionen politischen Handelns in der Sozialen Arbeit

Die Umsetzung des politischen Auftrags der Sozialen Arbeit erfolgt über unterschiedlichen Formen politischen Handelns. Die Betrachtung dieser Dimensionen ermöglicht es, politische Einflussmöglichkeiten der Profession systematisch zu erfassen und einzuordnen. Benz und Rieger (2015, S. 46) unterscheiden hierzu die in Tabelle 1 dargestellten vier Dimensionen politischen Handelns.

Tabelle 1. Vier Dimensionen politischen Handelns



Quelle: Eigene Darstellung (Benz & Rieger, 2015, S. 46)

Die Soziale Arbeit ist untrennbar mit politischen Prozessen verbunden und agiert hauptsächlich in der Dimension der *Politikimplementation* als «angewandte Sozialpolitik» (Lorenz, 2006, zitiert nach Benz & Rieger, 2015, S. 46). Sie setzt sozialpolitische Vorgaben wie Gesetze und Programme in konkrete Hilfen um und bewegt sich damit stets in einem politisch strukturierten Handlungsfeld. Dabei handelt sie zwangsläufig politisch, unabhängig davon, ob dies bewusst geschieht oder nicht. Politische Professionalität erfordert daher zunächst die Reflexion der sozialpolitischen Rahmenbedingungen sowie die Entwicklung eines entsprechenden politischen Bewusstseins. Erst auf dieser Grundlage können vorhandene Handlungsspielräume gezielt genutzt und Soziale Arbeit bewusst politisch gestaltet werden (Benz & Rieger, 2015, S. 47). Zudem leistet die Soziale Arbeit einen wichtigen Beitrag zur *Politikberatung*, indem sie politische Akteur:innen mit fachlich fundiertem Wissen unterstützt. Ziel ist es, politische Entscheidungsprozesse durch Informationen, Aufklärung und neue Perspektiven zu beeinflussen. Grundlage dafür ist die praxisnahe Expertise über soziale Problemlagen sowie deren Entstehungsbedingungen und mögliche Lösungsansätze. Professionelle Politikberatung zeichnet sich dadurch aus, dass sie wissenschaftlich fundiert ist, komplexe Inhalte verständlich aufbereitet und zugleich die politischen Rahmenbedingungen sowie die Umsetzbarkeit von Vorschlägen berücksichtigt (Benz & Rieger, 2015, S. 47). Des Weiteren übernimmt die Soziale Arbeit eine aktive Rolle in der politischen Interessenvertretung. Durch gezielte Einflussnahme auf Entscheidungsträger:innen auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene bringt sie sowohl eigene fachliche Perspektiven als auch die Interessen ihrer Adressat:innen in politische Prozesse ein. Lobbying kann dabei als wechselseitiger Prozess verstanden werden, in dem politische Akteur:innen auf fachliche Expertise, Informationen und Legitimation

angewiesen sind, während die Soziale Arbeit im Gegenzug Möglichkeiten zur Einflussnahme erhält (Benz & Rieger, 2015, S. 47). Als vierte Dimension politischen Handelns übernimmt die Soziale Arbeit eine aktivierende und bildende Rolle im politischen Kontext. Neben Interessenvertretung und Politikberatung zielt die Soziale Arbeit darauf ab, Adressat:innen zu befähigen, eigene Interessen selbstständig zu erkennen, zu artikulieren und politisch zu vertreten. Zentral sind dabei Empowerment und politische Bildung, die darauf ausgerichtet sind, politisches Bewusstsein, Selbstorganisation und Mitbestimmung zu fördern. Sozialarbeitende unterstützen ihre Klientel darin, an politischen Prozessen teilzunehmen, demokratische Kompetenzen zu entwickeln und ihre Anliegen wirksam einzubringen (Benz & Rieger, 2015, S. 47–48).

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass sich politische Einflussnahme der Sozialen Arbeit auf unterschiedlichen Weisen vollziehen kann. Die wesentlichen Erkenntnisse dieses Kapitels werden nachfolgend zusammengefasst und eingeordnet.

3.5 Zwischenfazit zum Verhältnis von Sozialer Arbeit und Politik

Zusammenfassend zeigt sich, dass politisches Handeln einen integralen Bestandteil professioneller Sozialer Arbeit darstellt. Der politische Auftrag der Sozialen Arbeit ergibt sich sowohl aus ihrem berufsethischen Selbstverständnis als auch aus ihrem menschenrechtsorientierten und sozialpolitischen Anspruch (AvenirSocial, 2026, S. 8). Die Soziale Arbeit beschränkt sich damit nicht auf individuelle Hilfeleistungen, sondern richtet ihren Blick ebenso auf strukturelle Ursachen sozialer Problemlagen sowie auf gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse (Benz & Rieger, 2015, S. 47–48). So stehen Soziale Arbeit und Politik in einem engen wechselseitigen Verhältnis und beeinflussen einander massgeblich. Während politische Entscheidungen die rechtlichen, institutionellen und finanziellen Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit bestimmen, wirkt die Soziale Arbeit gleichzeitig auf politische Prozesse ein (Borstel & Fischer, 2018, S. 18–20). Das politische System der Schweiz bietet mit seinem Föderalismus, der direkten Demokratie, der Konkordanz sowie dem Milizsystem besondere Voraussetzungen für politische Beteiligung und Mitgestaltung (Vatter, 2024, S. 29, S. 259). Für die Soziale Arbeit eröffnet dies einerseits Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme, andererseits zeigt sich, dass politische Entscheidungsprozesse häufig durch komplexe Aushandlungen und unterschiedliche Interessen geprägt sind, was einen erhöhten Aufwand für politische Beteiligung mit sich bringt (Kindler, 2024, S. 447–448).

Vor dem Hintergrund der engen Verflechtung von Sozialer Arbeit und Politik gewinnt die gezielte Einflussnahme auf strukturelle Rahmenbedingungen an Bedeutung. Einen Handlungsansatz hierfür bietet die Policy Practice, welche die politische und strukturelle Einflussnahme von Sozialarbeitenden ins Zentrum rückt und den theoretischen Bezugsrahmen der vorliegenden Arbeit bildet (Burzlaff, 2025b, S. 23).

4 Policy Practice

Das vorliegende Kapitel widmet sich dem Konzept der Policy Practice und bildet den zentralen theoretischen Bezugsrahmen der Untersuchung. Dazu werden die Entstehung und Definition von Policy Practice sowie zentrale Strategien und Einflussfaktoren erläutert. Die Auseinandersetzung mit dem Konzept dient der theoretischen Fundierung und der späteren Interpretation der Forschungsergebnisse.

4.1 Entstehung des Begriffs Policy Practice

Wie in den vorgängigen Kapiteln beschrieben, besagt das Professionsverständnis der Sozialen Arbeit, dass Sozialarbeitende nicht ausschliesslich auf individueller Ebene intervenieren, sondern auch Einfluss auf strukturelle Rahmenbedingungen nehmen sollen (AvenirSocial, 2026, S. 8). Teilweise werden Sozialarbeitende von Entscheidungsträger:innen als Umsetzende politischer Vorgaben wahrgenommen, während ihre Rolle in der aktiven Gestaltung von Politiken als gering eingeschätzt oder nicht explizit anerkannt wird (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 1). Dennoch wird erkannt, dass soziale Problemlagen nicht allein als individuelle Defizite zu verstehen sind, sondern wesentlich durch gesellschaftliche und politische Strukturen geprägt werden. Entsprechend lässt sich die Idee eines politischen Engagements der Sozialen Arbeit bis zu ihren Anfängen zurückverfolgen (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 1). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellte das Werk von Jane Addams eine politisch ausgerichtete Praxis dar, wie sie sich aktiv in politische Aushandlungsprozesse einbrachte und sozialreformerisch tätig war (Addams, 1905, S. 221). Bereits in ihrem Werk «Democracy And Social Ethics» betonte sie die Bedeutung demokratischer Teilhabe, gemeinschaftlicher Verantwortung und sozialethischer Zusammenarbeit zur Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme (Addams, 1905, S. 11–12). Auch ihre Arbeit im Kontext der «Settlement Bewegung» kann als Vorläufer dessen verstanden werden, was später unter dem Begriff der Policy Practice systematisiert wurde (Burzlaff, 2022, S. 58). Der Begriff Policy Practice selbst wurde jedoch erst in den späten 1970er-Jahren in den

USA eingeführt. Er entstand im Kontext einer politikorientierten Lehre in der Sozialen Arbeit mit dem Ziel, die Rolle von Sozialarbeitenden in politischen Prozessen theoretisch zu fassen und im professionellen Selbstverständnis zu verankern (Burzlaff, 2022, S. 58). Im Jahr 1984 formulierte Jansson eine erste Definition von Policy Practice, die in der Folge durch Norman L. Wyers erweitert wurde. Spätere Beiträge von Gal und Weiss-Gal integrierten zusätzlich die ethischen Grundlagen der Sozialen Arbeit in die Begriffsbestimmung (Burzlaff, 2022, S. 58–59). Zusammenfasend lässt sich festhalten, dass Policy Practice aus dem Bestreben hervorgegangen ist, Soziale Arbeit nicht ausschliesslich als auf den Einzelfall bezogene Intervention zu verstehen, sondern als eine Profession, die aktiv an der Gestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen mitwirkt (Burzlaff, 2022, S. 60).

Die Entstehung von Policy Practice verdeutlich die Entwicklung eines politischen Verständnisses Sozialer Arbeit. Für die weitere theoretische Einordnung von Policy Practice ist eine nähere Betrachtung seiner zentralen Merkmale und eine Begriffsbestimmung erforderlich.

4.2 Definition von Policy Practice

Für die theoretische Fundierung der vorliegenden Untersuchung ist eine präzise begriffliche Einordnung von Policy Practice erforderlich. Im aktuellen internationalen Fachdiskurs wird Policy Practice als Bestandteil professionellen Handelns in der Sozialen Arbeit verstanden. Um das Konzept theoretisch zu fassen, hilft eine Begriffsbestimmung. Im aktuellen Diskurs um Policy Practice wird zumeist auf die Begriffsdefinition von Gal und Weiss-Gal Bezug genommen (Burzlaff, 2025a), die im Folgenden herangezogen wird:

> Policy practice refers to activities, undertaken by social workers as an integral part of their professional activity in diverse fields and types of practice, that focus on the formulation and implementation of new policies, as well as on existing policies and suggested changes in them. These activities seek to further policies on the organizational, local, national and international levels, that are in accord with social work values. (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 4–5)

In diesem Sinne bezeichnet Policy Practice professionelle Aktivitäten von Sozialarbeitenden, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit darauf abzielen, politische Entscheidungen zu beeinflussen oder zu verändern. Diese Aktivitäten können einmalig oder kontinuierlich erfolgen. Policy Practice wird nicht als freiwilliges politisches Engagement verstanden, sondern als Teil des professionellen Auftrags Sozialer Arbeit. Sowohl spezialisierte Fachpersonen der Sozialen

Arbeit mit explizitem Politikbezug als auch Sozialarbeitende in der direkten Praxis können daran beteiligt sein (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 32–34). Unter Policy sind dabei unterschiedliche Steuerungsmechanismen wie beispielsweise Deklarationen, Gesetze, Verordnungen, Dienstanweisungen, Regeln oder Handlungsweisen zu verstehen, die das gesellschaftliche Zusammenleben ordnen (Burzlaff, 2025b, S. 24). Eine Policy kann somit eine Hausregel in einem Kinder- und Jugendheim sein, die besagt, dass am Abend um 19:00 Uhr das WLAN ausgeschaltet werden muss. Wird diese Hausregel von Sozialarbeitenden zum Wohl der Adressat:innen aktiv verändert, handelt es sich um Policy Practice (Kindler, Pos. 92-94). Das Konzept basiert auf der Auffassung, soziale Gerechtigkeit aktiv zu fördern. Es gilt, vom Einzelfall zu abstrahieren und zu prüfen, inwiefern strukturelle Bedingungen bestehen, die durch die Abschaffung, Veränderung oder Neuentwicklung von Policy zugunsten sozialer Gerechtigkeit beeinflusst werden können (Burzlaff, 2022, S. 58). Um eine Verbindung zwischen dem spezifischen Einzelfall und Veränderungen auf struktureller Ebene sicherzustellen, basieren Handlungen auf einem dialogisch-partizipativen Aushandlungsprozess. Zusätzlich ist Policy Practice an die Autonomie und Perspektivenvielfalt gebunden, die der Ethikkodex Sozialer Arbeit als Referenzrahmen der Sozialen Arbeit vorgibt (Burzlaff, 2022, S. 66).

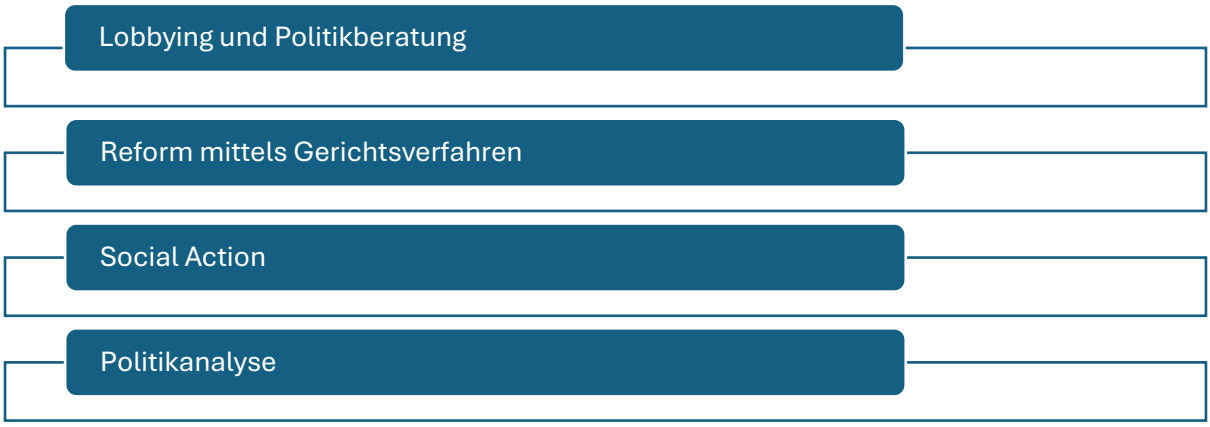
Um den Beitrag von Policy Practice für den fachlichen Diskurs der Sozialen Arbeit sowie für die berufliche Praxis differenziert einordnen zu können, ist eine klare Abgrenzung zu anderen Formen politischen Handelns erforderlich. Besonders unterscheidet sich Policy Practice grundlegend von allgemeiner politischer Partizipation. Letztere umfasst ein breites Spektrum an Aktivitäten, wie die Kandidatur für politische Ämter, die Teilnahme an Wahlkämpfen, die finanzielle Unterstützung politischer Akteur:innen, Mitgliedschaften in Parteien sowie die Beteiligung an Wahlen (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 5–6). Damit Handlungen von Sozialarbeitenden dem Konzept der Policy Practice zugeordnet werden können, bestehen hingegen klare Kriterien, die erfüllt sein müssen. Gal und Weiss-Gal (2014) definieren in diesem Zusammenhang folgende Voraussetzungen: Sozialarbeitende müssen explizit in die jeweilige Intervention involviert sein, die Interventionen müssen in direktem Bezug zu den Problemlagen von Adressat:innen der Sozialen Arbeit stehen, sie müssen durch die Einflussnahme auf beziehungsweise die Gestaltung von Politiken zu langfristigen Problemlösungen beitragen und dem Ethikkodex der Sozialen Arbeit entsprechen (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 3–7).

Ausgehend von der begrifflichen Einordnung von Policy Practice richtet sich der Fokus im folgenden Kapitel auf die konkrete Umsetzung des Konzepts. Von besonderem Interesse sind dabei konkrete Strategien der Einflussnahme im Sinne der Policy Practice.

4.3 Strategien der Policy Practice

Zur Systematisierung politischer Einflussnahme von Sozialarbeitenden wurden verschiedene Strategien entwickelt. Bereits im Jahr 1993 verwies Josephina Figueira-McDonough auf vier Strategien, um im Sinne der Policy Practice Einfluss auf politische Diskurse zu nehmen (siehe Tabelle 2). Die vier Strategien der Policy Practice lassen sich als unterschiedliche, sich ergänzende Zugänge der politischen Einflussnahme verstehen (Figueira-McDonough, 1993, S. 181).

Tabelle 2. Vier Strategien nach Figueira-McDonough



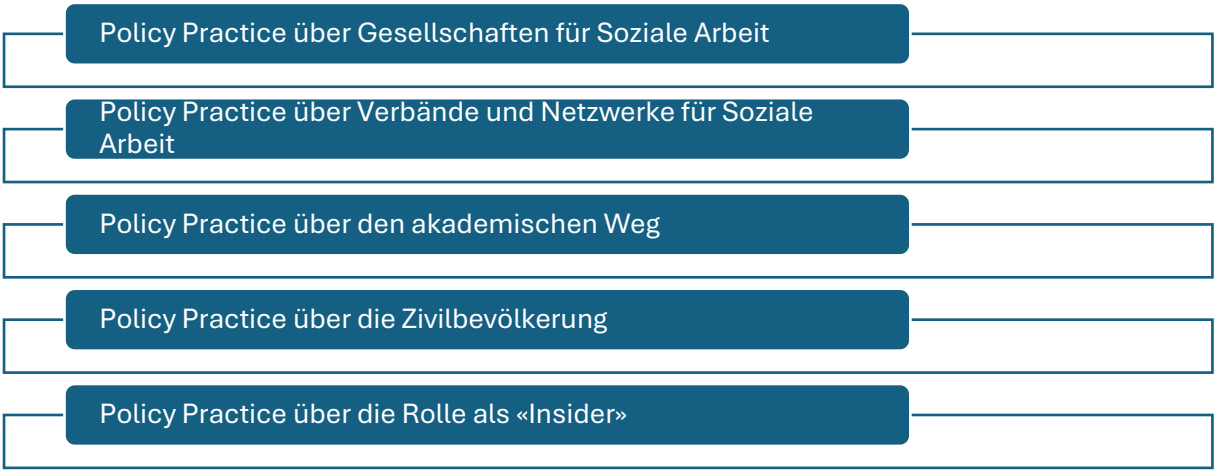
Quelle: Eigene Darstellung (Figueira-McDonough, 1993, S. 181–185)

Eine zentrale Rolle spielen dabei *Lobbying und Politikberatung*, die darauf abzielen, politische Entscheidungsprozesse aktiv zu beeinflussen und gesetzliche Regelungen im Interesse benachteiligter Bevölkerungsgruppen mitzugestalten. Dabei bringen Sozialarbeitende ihr fachliches Wissen durch beispielsweise Lobbyarbeit, Stellungnahmen oder die Mitwirkung in politischen Gremien in politische Prozesse ein (Figueira-McDonough, 1993, S. 181–182). Eine weitere Verfahrensweise stellt die *Reform mittels Gerichtsverfahren* dar, bei der rechtliche Mittel genutzt werden, um bestehende Rechte durchzusetzen oder strukturelle Missstände gerichtlich anzufechten. Besonders für marginalisierte Gruppen eröffnet dieser Ansatz die Möglichkeit, über gerichtliche Entscheidungen politische Veränderungen anzustossen (Figueira-McDonough, 1993, S. 182–184). Ergänzend dazu beschreibt *Social Action* kollektive Formen des Handelns, bei denen Betroffene gemeinsam mit Fachpersonen mobilisiert werden, um gesellschaftlichen und politischen Druck aufzubauen. Durch Proteste, Kampagnen

oder öffentliche Aktionen können soziale Probleme sichtbar gemacht und politische Veränderungen eingefordert werden (Figueira-McDonough, 1993, S. 184–185). Schliesslich umfasst die *Politikanalyse* die systematische Untersuchung bestehender Politiken. Ziel ist es, deren Wirkungen, Zugangsbedingungen und strukturelle Schwächen zu analysieren, um darauf aufbauend fundierte Vorschläge für Reformen oder Verbesserungen zu entwickeln (Figueira-McDonough, 1993, S. 185).

Aufbauend auf den Überlegungen von Figueira-McDonough (1993) und auf Basis ihrer Untersuchungen entwickelten Gal und Weiss-Gal eine weitere Kategorisierung von Strategien der Policy Practice (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 193–199). Dabei beschreiben sie, wie in Tabelle 3 dargestellt, fünf Strategien als zentral.

Tabelle 3. Fünf Strategien nach Gal und Weiss-Gal



Quelle: Eigene Darstellung (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 193–199)

Die Strategie der *Policy Practice über Gesellschaften für Soziale Arbeit* beschreibt eine indirekte Form der politischen Einflussnahme durch Sozialarbeitende, bei der nicht einzelne Fachkräfte selbst unmittelbar in politische Entscheidungsprozesse eingreifen, sondern diese Aufgabe von professionellen Organisationen übernommen wird (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 195–196). So kann eine Fachperson ihre Beteiligung auslagern, indem sie eine Mitgliedschaft in einem Berufsverband bezahlt und auf diese Weise ihren Anteil zum politischen Engagement beiträgt (Kindler, Pos. 164-166). Derartige Organisationen fungieren dann als kollektive Vertreter der Profession und bündeln deren Interessen, um gezielt auf politische Prozesse einzuwirken (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 195–196). Die Strategie der *Policy Practice über Verbände und Netzwerke für Soziale Arbeit* beschreibt hingegen eine Form der

politischen Einflussnahme, bei der Sozialarbeitende nicht stellvertretend über Organisationen agieren, sondern sich selbst aktiv an politisch relevanten Aktivitäten beteiligen, die von sozialen Organisationen initiiert und strukturiert werden. Im Unterschied zur *Policy Practice über Gesellschaften für Soziale Arbeit* steht hier die direkte Beteiligung von Fachpersonen im Vordergrund, wobei kollektive Strukturen den Rahmen für Engagement, Vernetzung und Koordination bieten (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 196–197). Die *Policy Practice über den akademischen Weg* beschreibt einen weiteren zentralen Zugang, der hauptsächlich im Kontext der Wissenschaft verortet ist. Ein wesentliches Instrument dieser Form der Politikpraxis ist die Generierung und Veröffentlichung wissenschaftlicher Erkenntnisse, die als evidenzbasierte Grundlage für politische Entscheidungen dienen können. Empirische Beispiele zeigen, dass solche Kooperationen konkrete politische Veränderungen anstossen können, etwa wenn Forschungsergebnisse soziale Problemlagen sichtbar machen und in öffentliche sowie politische Diskurse eingespeist werden (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 197–198). Die Strategie der *Policy Practice über die Zivilbevölkerung* beschreibt eine Form der sozialarbeiterischen Politikpraxis, bei der Engagement über zivilgesellschaftliche Strukturen erfolgt. Im Vergleich zur direkten politischen Beteiligung einzelner Fachkräfte erweist sich die Einbindung in zivilgesellschaftliche Strukturen häufig als praktikabler und wirkungsvoller Zugang zur Politikgestaltung, beispielsweise durch die Beteiligung von Sozialarbeitenden an Protestbewegungen. Insgesamt zeichnet sich diese Strategie durch eine enge Verbindung von professionellem Handeln, politischem Engagement und gesellschaftlichem Aktivismus aus und stellt damit eine zentrale, oft niedrigschwellige Möglichkeit dar, sozialpolitische Veränderungen im Sinne sozialer Gerechtigkeit anzustossen (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 198). Die letzte Strategie, die *Policy Practice über die Rolle als «Insider»*, beschreibt eine Form der sozialarbeiterischen Politikpraxis, bei der Fachkräfte innerhalb ihrer institutionellen Strukturen direkt auf politische Prozesse einwirken. Im Gegensatz zu externen oder zivilgesellschaftlichen Formen der Einflussnahme erfolgt das Engagement hier aus einer «Innenperspektive» heraus, also im Rahmen der eigenen beruflichen Tätigkeit und organisationalen Einbindung. Diese Form der Politikpraxis umfasst ein breites Spektrum an Strategien und Methoden. Dazu zählen die legislative Beratung, die Teilnahme an Anhörungen und Ausschüssen, das Verfassen von Berichten und Positionspapieren sowie die Zusammenarbeit mit anderen Fachpersonen innerhalb und ausserhalb der Verwaltung. Die Strategie zeichnet sich dadurch aus, dass sie institutionelle Nähe zu politischen Entscheidungsprozessen mit fachlicher Expertise verbindet und somit eine zentrale

Möglichkeit darstellt, sozialpolitische Entwicklungen aus der Praxis heraus direkt zu beeinflussen (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 198–199).

Im weiteren Verlauf der vorliegenden Studie wird auf die Kategorisierung der Strategien nach Gal und Weiss-Gal Bezug genommen (2014, S. 193–199). Diese scheint im Kontext der offenen Drogenszene geeignet, da sie politische Einflussnahmen nicht auf formale politische Prozesse beschränkt, sondern auch praxisnahe Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit als relevante Handlungsform berücksichtigt. Dadurch ermöglicht sie eine differenzierte Einordnung politischer Handlungsmöglichkeiten von Sozialarbeitenden im Berufsalltag.

Die Strategien der Policy Practice zeigen auf, wie Sozialarbeitende politische und strukturelle Einflussnahmen gestalten können. Die Umsetzung dieser Strategien wird jedoch von unterschiedlichen Rahmenbedingungen beeinflusst. Mögliche Einflussfaktoren werden im Folgenden näher betrachtet.

4.4 Einflussfaktoren auf Policy Practice

Politisches Handeln im Sinne der Policy Practice wird durch das Zusammenspiel individueller, organisationaler und gesellschaftlicher Faktoren beeinflusst (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 10). Die genauere Betrachtung dieser Einflussfaktoren ermöglicht ein differenzierteres Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen politischer Einflussnahmen in der Sozialen Arbeit.

Gemäss dem «Policy Engagement Conceptual Framework», das Gal und Weiss-Gal (2023) unter Einbezug empirischer Befunde entwickelt haben, wird das politische Engagement von Sozialarbeitenden in der Policy Practice durch vier, sich wechselseitig bedingende Faktoren beeinflusst (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 10). Wie in Abbildung 4 dargestellt, werden im folgenden Abschnitt die vier Einflussfaktoren näher erläutert und in ihrem Zusammenhang mit politischem Handeln der Sozialen Arbeit betrachtet.



Abbildung 4. Policy Engagement Conceptual Framework
Quelle: Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 11

Das jeweilige *Environment* (Umwelt) rahmt das Engagement in der Policy Practice im strukturellen, sozialen und professionellen Kontext. Unterschieden werden Wohlfahrtsregime, vorhandene soziale Problemlagen und existierende Politiken, das Selbstverständnis und die Werte der Profession Sozialer Arbeit sowie die Akteur:innen der Sozialen Arbeit (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 41). Die *Opportunity* (Zugangsmöglichkeit) bezeichnet die institutionellen Zugangsstrukturen zum Politikprozess. Formale Regeln, Normen und Verfahren bestimmen, ob, wann und wie Sozialarbeitende Einfluss nehmen können. Unterschiede zwischen politischen Systemen führen zu variierenden Handlungsspielräumen (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 61–62). *Facilitation* (Organisation) beschreibt die organisationale Unterstützung politischer Aktivitäten. Entscheidend sind institutionelle Rahmenbedingungen, Führung und Organisationskultur. Das Policy-Engagement steigt, wenn explizite Unterstützung vorhanden ist, professionelle Autonomie gefördert wird und politische Kontrolle begrenzt ist. Organisationen fungieren somit als zentrale Vermittlungsinstanz zwischen Individuum und politischem System (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 81–82). *Motivation* umfasst individuelle Faktoren, die die Bereitschaft zur politischen Beteiligung bestimmen. Dazu zählen Ressourcen, politisches Interesse, Selbstwirksamkeit, Werte, professionelle Identität sowie institutionelle und biografische Einflüsse (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 102–103).

Die dargestellten Einflussfaktoren verdeutlichen, dass politisches Engagement im Sinne der Policy Practice durch ein Zusammenspiel individueller, organisationaler und struktureller Bedingungen geprägt wird. Zusammen mit den vorgestellten Definitionen und Strategien ergibt sich damit ein umfassendes Verständnis der Policy Practice. Die zentralen Erkenntnisse werden nachfolgend zusammengeführt und im Hinblick auf die vorliegende Studie eingeordnet.

4.5 Zwischenfazit zu Policy Practice

Policy Practice stellt einen zentralen Ansatz politischen Handelns in der Sozialen Arbeit dar (Burzlaff, 2022, S. 58). Das Konzept basiert auf der Annahme, dass soziale Problemlagen nicht ausschliesslich auf individueller Ebene bearbeitet werden können, sondern stets in Zusammenhang mit gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen stehen (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 1). Policy Practice verfolgt daher das Ziel, politische Prozesse und strukturelle Bedingungen aktiv im Sinne sozialer Gerechtigkeit mitzugestalten (Burzlaff, 2022, S. 58). Dabei wird deutlich, dass Policy Practice nicht als freiwilliges politisches Engagement einzelner Fachpersonen zu verstehen ist, sondern als integraler Bestandteil professioneller Sozialer Arbeit (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 32–34). Sozialarbeitende übernehmen in diesem Zusammenhang unterschiedliche Rollen, etwa in der Politikberatung, Interessenvertretung, wissenschaftlichen Analyse oder Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen. Die verschiedenen Strategien der Policy Practice veranschaulichen zudem, dass politische Einflussnahme auf unterschiedlichen Ebenen und über unterschiedliche Zugänge erfolgen kann, sowohl innerhalb institutioneller Strukturen als auch über Verbände, Netzwerke oder zivilgesellschaftliche Bewegungen (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 193–199). Überdies zeigt sich, dass das politische Engagement von Sozialarbeitenden von vielfältigen Einflussfaktoren abhängt. Neben strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen spielen organisationale Unterstützung, professionelle Werte sowie individuelle Motivation eine zentrale Rolle (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 11). Policy Practice ist somit nicht allein als Konzept politischen Handelns zu verstehen, sondern als Ausdruck eines professionellen Selbstverständnisses, das Soziale Arbeit als aktive Mitgestalterin gesellschaftlicher und sozialpolitischer Entwicklungen begreift.

Mit der Darstellung der theoretischen Grundlagen von Policy Practice wurde der Bezugsrahmen für die vorliegende Untersuchung geschaffen. Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird nachfolgend das methodische Vorgehen der Studie vorgestellt.

5 Methodisches Vorgehen

Zur Beantwortung der Forschungsfrage bedarf es eines methodisch fundierten und nachvollziehbaren Vorgehens. Das vorliegende Kapitel beschreibt das Forschungsdesign sowie einzelne Schritte der Datenerhebung und Datenauswertung. Die transparente Darstellung des Forschungsprozesses ermöglicht eine wissenschaftliche Einordnung der Ergebnisse und trägt zur Beurteilung ihrer Aussagekraft bei. Zunächst wird die Wahl des qualitativen Forschungsdesigns begründet. Anschliessend werden das Sampling sowie die Vorgehensweise bei der Datenerhebung und Datenanalyse beschrieben. Abschliessend erfolgt eine Reflexion des methodischen Vorgehens, um dessen Stärken und Limitationen kritisch einzuordnen.

5.1 Forschungsdesign und Feldzugang

Für die vorliegende Arbeit wurde ein qualitativer Forschungsansatz gewählt. Qualitative Forschungsmethoden eignen sich vor allem dann, wenn soziale Phänomene aus der Perspektive der beteiligten Akteur:innen untersucht und deren subjektive Deutungen, Erfahrungen und Handlungsweisen interpretiert und rekonstruiert werden sollen (Strübing, 2024, S. 2–3). Im Zentrum dieser Arbeit stehen die Erfahrungen von Sozialarbeitenden im Umgang mit ihrem Engagement im Sinne der Policy Practice im Kontext der offenen Drogenszene in Chur. Der gewählte qualitative Zugang ermöglicht es, die subjektiven Wahrnehmungen der Sozialarbeitenden hinsichtlich ihres politischen Auftrags sowie ihre konkreten Erfahrungen mit Policy Practice differenziert zu rekonstruieren und in Bezug zur Forschungsfrage zu setzen. Dabei kann gezielt auf unterschiedliche Methoden und Strategien der Policy Practice sowie auf individuelle Motivationen und förderliche Rahmenbedingungen eingegangen werden (Strübing, 2024, S. 3). Um Einblicke in die bislang unbekannten Erfahrungen der beteiligten Fachpersonen zu gewinnen, wurde ein exploratives Forschungsdesign gewählt. Der explorative Forschungsansatz ermöglicht es, auf der Grundlage offener Forschungsfragen unterschiedliche Aspekte eines Sachverhalts zu beleuchten und differenziert zu beschreiben. Diese Form qualitativer Forschung zielt darauf ab, bislang wenig untersuchte Zusammenhänge offen zu erkunden und neue Hypothesen zu generieren. Der Ansatz ermöglicht es, neue Einblicke in ein spezifisches Praxisfeld zu gewinnen sowie unterschiedliche Perspektiven und Deutungsmuster sichtbar zu machen. Gleichzeitig erlaubt es der qualitativ-explorative Ansatz, komplexe berufliche Handlungssituationen sowie deren institutionelle und politische Rahmenbedingungen differenziert zu erfassen (Döring, 2023, S. 194).

Die Wahl des Untersuchungsfelds erfolgt in direktem Bezug zur Forschungsfrage und zum Erkenntnisinteresse, die Erfahrungen von Sozialarbeitenden zu erfassen, die beruflich mit Adressat:innen aus der offenen Drogenszene in Chur arbeiten. Die damit verbundene geografische Eingrenzung auf die Stadt Chur schafft ein klar abgegrenztes Untersuchungsfeld und ermöglicht eine differenzierte Analyse der Erfahrungen der Fachpersonen in einem konkreten sozialen Umfeld (Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2014, S. 6).

Zur Bestimmung geeigneter Interviewpartner:innen wurde zunächst eine systematische Übersicht der im Untersuchungsfeld tätigen und für die Studie relevanten Institutionen erstellt (Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2014, S. 57). Die Forscherin verfügt über spezifische Feldkompetenzen, die sich aus ihrer beruflichen Tätigkeit als Berufsbeiständin in Chur ergeben. In dieser Funktion steht sie regelmässig in Kontakt mit Adressat:innen aus der offenen Drogenszene. Daraus resultiert ein vertieftes Kontextwissen über regionale Versorgungsstrukturen sowie über die involvierten Institutionen, was den Zugang zum Feld erleichtert hat. Zur Minimierung potenzieller selektiver Stichprobenbildungen, die sich aus dieser Nähe zum Untersuchungsfeld ergeben können, wurde bei der Auswahl der Institutionen für die Interviewanfragen auf ein möglichst objektives Vorgehen geachtet. Die Selektion erfolgte primär entlang der forschungsleitenden Fragestellung und nicht auf der Grundlage bestehender beruflicher Kontakte (Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2014, S. 56). Für die Studie wurden relevanten Institutionen in den Bereichen der Suchthilfe, der sozialen Beratung, der sozialen und gesundheitlichen Versorgung, der aufsuchenden Sozialarbeit sowie im Wohnbereich nacheinander per E-Mail oder telefonisch kontaktiert und über das Forschungsvorhaben informiert. Die Erstansprache richtete sich jeweils an die Leitungsebene der Institutionen mit der Bitte, intern abzuklären, welche Fachperson für die Teilnahme an einem Interview zur Verfügung steht. Ziel dieses Vorgehens war es, zeitnah direkte Kontakte zu potenziellen Interviewpartner:innen herzustellen und entsprechende Interviewtermine zu vereinbaren, ohne bereits in eine vertiefte inhaltliche Auseinandersetzung mit der Forschungsthematik einzusteigen (Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2014, S. 62). Die interessierten Fachpersonen meldeten sich anschliessend eigenständig bei der Forscherin, wodurch eine direkte Kommunikation ermöglicht, und entsprechende Interviewtermine vereinbart werden konnten (Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2014, S. 56).

Aufbauend auf dem Forschungsdesign und dem Feldzugang wird die Auswahl der Interviewpartner:innen dargestellt. Dazu werden die Kriterien des Samplings sowie die Zusammensetzung der Stichprobe erläutert.

5.2 Sampling

Die Auswahl der Interviewpartner:innen stellt einen zentralen Schritt im Forschungsprozess dar, da sie massgeblich beeinflusst, welche Perspektiven und Erfahrungen in die Untersuchung einfliessen (Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2014, S. 177). Um die zentrale Forschungsfrage angemessen beantworten zu können, ist daher eine begründete Sampling-Strategie erforderlich. Nachfolgend werden die Kriterien für die Auswahl der Interviewpartner:innen sowie das konkrete Vorgehen bei der Stichprobenbildung erläutert.

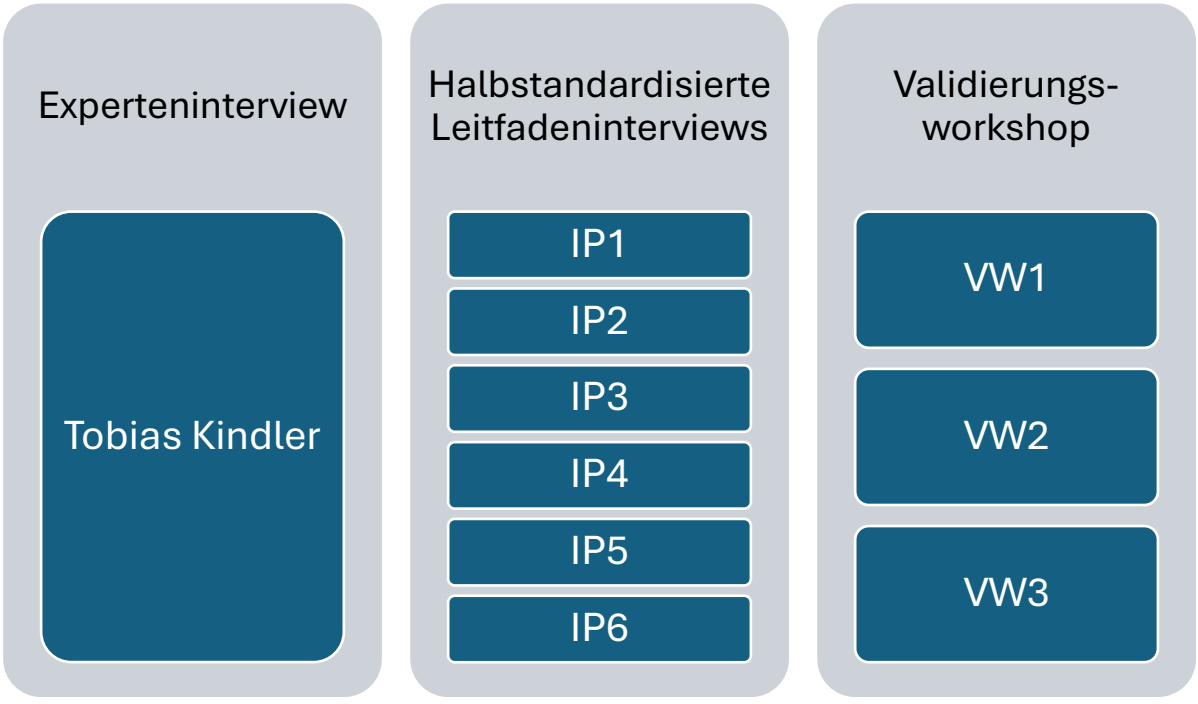
Die Forschungsfrage der vorliegenden Studie richtete sich an eine spezifische Zielgruppe, nämlich Fachpersonen der Sozialen Arbeit, die im Handlungsfeld der offenen Drogenszene in Chur tätig sind. Um innerhalb dieser Zielgruppe ein möglichst breites Spektrum an Erfahrungen abzubilden, orientierte sich die Stichprobenziehung am Prinzip des *Purposive Sampling* (Döring, 2023, S. 306). Ziel der Auswahl der Interviewpartner:innen war es, vielfältige Erfahrungen sowie unterschiedliche Perspektiven auf das Konzept der Policy Practice zu erfassen und zugleich divergierende institutionelle Logiken sichtbar zu machen. Zur Gewährleistung dieser internen Heterogenität wurden Fachpersonen aus unterschiedlichen institutionellen Kontexten einbezogen, darunter stationäre Wohnangebote, ambulante Beratungsstellen sowie die aufsuchende Soziale Arbeit (Döring, 2023, S. 306). Als zentrale Auswahlkriterien für die Teilnahme an den Interviews galten die Tätigkeit als Sozialarbeitende:r in Chur, ein regelmässiger beruflicher Kontakt zu Adressat:innen mit Abhängigkeitserkrankungen innerhalb der offenen Drogenszene sowie eine mindestens einjährige Berufserfahrung im aktuellen Tätigkeitsfeld. Die vorausgesetzte Berufserfahrung diente der Sicherstellung eines fundierten Kontextverständnisses der lokalen Gegebenheiten sowie eines reflektierten Rollenverständnisses als Fachperson. Die Stichprobe wurde bewusst auf Sozialarbeitende begrenzt, da Policy Practice als handlungsleitender Ansatz der Sozialen Arbeit im Fokus der Untersuchung stand (Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2014, S. 182–183).

Aufbauend auf der Auswahl der Interviewpartner:innen erfolgt die Datenerhebung. Nachfolgend werden die eingesetzten Methoden der Datenerhebung sowie deren Umsetzung näher erläutert.

5.3 Datenerhebung

Zur mehrperspektivischen Bearbeitung der Forschungsfrage sowie zur Generierung eines vertieften Verständnisses über Policy Practice wurden drei Erhebungsformen eingesetzt (siehe Tabelle 4). Um ein fundiertes fachliches Verständnis über Policy Practice zu erlangen, wurde zunächst ein Experteninterview mit Tobias Kindler durchgeführt. Darauf aufbauend folgten sechs halbstandardisierte Leitfadeninterviews mit Fachpersonen der Sozialen Arbeit, die eine differenzierte Erfassung praxisbezogener Perspektiven ermöglichten. Abschliessend wurde zur Validierung der gewonnenen Erkenntnisse ein Workshop mit Fokusgruppencharakter mit drei Sozialarbeitenden durchgeführt, in dem die Ergebnisse gemeinsam reflektiert und eingeordnet wurden.

Tabelle 4. Eingesetzte Erhebungsformen



Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

Da das Experteninterview eine Grundlage für die weitere Datenerhebung bildete, wird im Sinne dieser mehrperspektivischen Erhebung das Expertenintervie als erste Erhebungsform vorgestellt.

5.3.1 Experteninterview

Das erste Interview wurde im Rahmen eines Experteninterviews mit Tobias Kindler, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fachhochschule OST, durchgeführt. Expert:inneninterviews dienen dazu, spezialisiertes Wissen zu erschliessen sowie kontextualisierende Einblicke in ein spezifisches Themenfeld zu gewinnen (Bogner, Littig & Menz, 2014, S. 13). Kindler ist im Kontext der vorliegenden Studie als Experte einzuordnen, da er sich vertieft mit dem Konzept der Policy Practice auseinandersetzt, hierzu wissenschaftlich publiziert und im Rahmen nationaler sowie internationaler Forschungsprojekte zur Weiterentwicklung der Policy Practice beiträgt (Burzlaff et al., 2025; Kindler & Amann, 2022). Das Interview wurde bereits im November 2025 und damit zeitlich vorgelagert zu den weiteren Erhebungsphasen durchgeführt. Es ist als vorbereitendes Element zu verstehen und klar von der eigentlichen Datenerhebung abzugrenzen. Der Einsatz des Experteninterviews diente primär dem Ziel der Informationsgewinnung, wobei die daraus gewonnenen Erkenntnisse in die Entwicklung des Interviewleitfadens für die anschliessenden halbstandardisierten Leitfadeninterviews einflossen (Bogner et al., 2014, S. 72). Das Experteninterview wurde auf der Grundlage eines halbstandardisierten Leitfadens geführt und ermöglichte einen offenen sowie fachlich fundierten Austausch (Bogner et al., 2014, S. 27). Das Interview wurde im Anschluss transkribiert, jedoch nicht systematisch ausgewertet. Einzelne Aussagen fanden Eingang in den Theorie- und Diskussionsteil der vorliegenden Studie.

Während das Experteninterview der fachlichen Einordnung des Untersuchungsgegenstandes diente, stand in den anschliessenden Leitfadeninterviews die Erfahrungen und Perspektiven der befragten Sozialarbeitenden im Mittelpunkt. Diese ermöglichten eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Fachpersonen im Kontext von Policy Practice und bilden den Schwerpunkt der vorliegenden Studie.

5.3.2 Halbstandardisierte Leitfadeninterviews

Zur Erfassung und Rekonstruktion der Erfahrungen sozialarbeitender Fachpersonen im Kontext ihres Engagements im Sinne der Policy Practice wurde eine Datenerhebung in Form einmaliger Befragungen durchgeführt (Döring, 2023, S. 361). Die Befragungen erfolgten anhand halbstandardisierter Leitfadeninterviews. Die Halbstandardisierung der Interviews besteht darin, dass ein Leitfaden die thematischen Schwerpunkte sowie die ungefähre Reihenfolge der zu stellenden Fragen vorgibt, während der interviewenden Person gleichzeitig

die Möglichkeit eingeräumt wird, situativ vom Leitfaden abzuweichen und vertiefende oder ergänzende Fragen einzubringen (Döring, 2023, S. 367). Diese Interviewform wurde gewählt, da sie eine flexible Anpassung an die jeweilige Interviewsituation ermöglicht und gleichzeitig eine gewisse Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Interviews gewährleistet (Döring, 2023, S. 367). Als spezifische Ausprägung des halbstandardisierten Leitfadeninterviews kam das problemzentrierte Interview nach Andreas Witzel zur Anwendung (Döring, 2023, S. 372; Witzel, 1985, S. 236). Gemäss Witzel ist das dem Interview zugrunde liegende «Problem» nicht als individuelles Defizit zu verstehen, sondern als gesellschaftlich relevante Problemstellung, an der sich das Interview orientiert. Dieses Problem bildet den Ausgangspunkt der Untersuchung und dient dazu, die subjektiven Deutungen sowie die Handlungsweisen der Befragten im Umgang mit der jeweiligen gesellschaftlichen Problemlage zu erfassen. In der vorliegenden Arbeit wurde die sozial- und gesellschaftspolitische Situation der offenen Drogenszene in Chur als eine solche Problemlage definiert (Witzel, 1985, S. 230).

Der Interviewleitfaden wurde offen und explorativ formuliert und umfasste gesamthaft 14 Fragen (siehe Anhang B). Die Fragen orientierten sich an der Forschungsfrage der vorliegenden Studie, den Teilfragestellungen sowie den theoretischen Grundlagen der Policy Practice. Nach der Durchführung der ersten beiden Interviews wurde der Leitfaden geringfügig angepasst. Dieses Vorgehen ist methodisch legitim, da keine grundlegenden Veränderungen vorgenommen wurden und die konsequente Orientierung an der Forschungsfrage bestehen blieb (Krell & Lamnek, 2024, S. 337). Eine besondere Herausforderung stellte das Verständnis des Begriffs Policy Practice dar, da nicht vorausgesetzt werden konnte, dass dieser Begriff den Interviewpartner:innen bekannt ist. Aus diesem Grund wurde der Begriff zu Beginn der Interviews kurz erläutert und im weiteren Verlauf in alltagssprachlicher Form umschrieben, um ein gemeinsames Verständnis sicherzustellen. Hierbei wurden Formulierungen wie «Engagement auf struktureller Ebene» oder «Tätigkeiten, die über den Einzelfall hinausgehen» verwendet. Die sechs Interviews wurden persönlich und in den von den Befragten gewählten Räumlichkeiten durchgeführt. Die Gesprächssituation war durchgehend von einer offenen und entspannten Atmosphäre geprägt, was sich positiv auf die Qualität der Gespräche auswirkte (Krell & Lamnek, 2024, S. 340). Die Interviews dauerten jeweils zwischen 36 und 52 Minuten und wurden mittels Audioaufnahmen dokumentiert, um eine möglichst präzise Transkription zu gewährleisten (Krell & Lamnek, 2024, S. 341). Im Anschluss an die Interviews wurde entsprechend den Vorgaben des problemzentrierten Interviews jeweils ein

Interviewprotokoll in Form eines Postskriptums erstellt. Dieses diente der Festhaltung besonderer Auffälligkeiten, etwa von Gesprächsthemen vor oder nach dem eigentlichen Interview sowie nonverbale Reaktionen der Befragten (Witzel, 1985, S. 238). Die Tabelle 5 bietet einen Überblick über die Zusammensetzung der Stichprobe anhand ausgewählter Merkmale wie Geschlecht, Arbeitsfeld, Bekanntheit von Policy Practice sowie der subjektiven politischen Selbstwahrnehmung. Die Darstellung dient der Kontextualisierung der erhobenen Daten und ermöglicht eine differenzierte Einordnung der Erfahrungen der Interviewpartner:innen.

Tabelle 5. Interviewpartner:innen der halbstandardisierten Leitfadeninterviews

Interviewte Person	Geschlecht	Arbeitsfeld	Zuvor von Policy Practice gehört?	Empfinden Sie sich als politisch aktiv?
IP1	weiblich	Wohnsetting	Nein	Nein
IP2	weiblich	Stationäres Gesundheitssetting	Nein	Nein
IP3	weiblich	Wohnsetting	Ja	Nein
IP4	männlich	Aufsuchende Soziale Arbeit	Ja	Nein
IP5	männlich	Staatliche Beratung und Begleitung	Nein	Nein
IP6	weiblich	Ambulantes Gesundheitssetting	Ja	Ja

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

Die Leitfadeninterviews bildeten die zentrale Grundlage für die Beantwortung der Forschungsfrage und ermöglichten die Erfassung vielfältiger Erfahrungen und Perspektiven der befragten Fachpersonen. Zur weiteren Einordnung und Validierung der gewonnenen Erkenntnisse wurde anschliessend ein Workshop durchgeführt.

5.3.3 Validierungsworkshop

Zum Abschluss der Datenerhebung wurde ein Validierungsworkshop mit Fokusgruppencharakter ergänzt, um die gewonnenen Erkenntnisse gemeinsam zu reflektieren und einzuordnen

(Krell & Lamnek, 2024, S. 389). In diesem Erhebungsformat steht ein Thema von gemeinsamem Interesse im Zentrum, zu dem sich alle Teilnehmenden äussern und in Interaktion miteinander diskutieren können (Döring, 2023, S. 356). Die Methode wurde in Kombination mit den zuvor durchgeführten Einzelinterviews eingesetzt. David L. Morgan beschreibt dieses Vorgehen als «nützlich, um die Interpretationen von Ergebnissen früherer Studien von den Teilnehmenden zu erhalten» (Morgan, 1988, S. 11). Der Workshop diente somit der Validierung und Plausibilisierung der zuvor erhobenen Interviewergebnisse. Ziel war es, die aus den Interviews gewonnenen Annahmen zu überprüfen, mit der Praxis rückzukoppeln sowie durch fachliche Einordnung zu bestätigen, zu differenzieren oder zu widerlegen (Krell & Lamnek, 2024, S. 410). Der Workshop fand nach den sechs durchgeführten Leitfadeninterviews statt und dauerte eine Stunde. An der Diskussion nahmen drei Sozialarbeitende teil, die nicht Teil der ursprünglichen Stichprobe waren, jedoch denselben Auswahlkriterien unterlagen und aus unterschiedlichen Institutionen stammten (Morgan, 1988, S. 48). Durch die Einbeziehung neuer Teilnehmender sollten zusätzliche Perspektiven erschlossen und eine unabhängige Einschätzung der bisherigen Ergebnisse ermöglicht werden (Morgan, 1988, S. 73). Gleichzeitig wurden Sozialarbeitende aus vergleichbaren institutionellen Kontexten berücksichtigt, um die spezifischen strukturellen Rahmenbedingungen im Raum Chur weiterhin adäquat abzubilden (Krell & Lamnek, 2024, S. 405–406). Als Grundreiz der Diskussion dienten vier Hypothesen, die aus der Auswertung des Datenmaterials der halbstandardisierten Leitfadeninterviews mit explorativem Forschungsansatz abgeleitet wurden (Döring, 2023, S. 194). Diese Hypothesen ermöglichten eine verdichtete Darstellung zentraler Ergebnisse und dienten der strukturierten Überprüfung ihrer inhaltlichen Tragfähigkeit sowie ihrer Erweiterung im Austausch mit den Teilnehmenden (Krell & Lamnek, 2024, S. 395). Der Validierungsworkshop fand in den Büroräumlichkeiten der Forscherin statt und umfasste zunächst einen kurzen inhaltlichen Input zu Policy Practice sowie zum Forschungsstand, gefolgt von einer moderierten Diskussion der Hypothesen. Die Moderation erfolgte durch die Forscherin, die ausschliesslich die Gesprächsführung übernahm und, abgesehen von der Herleitung der Hypothesen, nicht an der Diskussion beteiligt war (Krell & Lamnek, 2024, S. 395). Die Diskussion wurde mittels Audioaufnahme aufgezeichnet und anschliessend transkribiert. Da der Validierungsworkshop vorwiegend der Überprüfung und Ergänzung der bereits erhobenen Ergebnisse diente, erfolgte die Auswertung des Validierungsworkshops in Anlehnung an die zusammenfassende Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2022, S. 64; Morgan, 1988, S. 68). Die Auswertung

erfolgte dabei unabhängig vom zuvor entwickelten Codierleitfaden der halbstandardisierten Interviews, da eine Übertragung zu methodischen Verzerrungen geführt hätte, weil der Workshop auf den bereits gewonnenen Ergebnissen aufbaut. Die Ergebnisse des Validierungsworkshops werden gemeinsam mit den Resultaten der halbstandardisierten Leitfadeninterviews im Ergebnisteil der vorliegenden Studie zusammenfassend dargestellt. Analog zur Tabelle 5 bietet Tabelle 6 einen Überblick über die drei Teilnehmenden des Validierungsworkshops anhand derselben Merkmale.

Tabelle 6. Interviewpartner:innen des Validierungsworkshops

Interviewte Person	Geschlecht	Arbeitsfeld	Zuvor von Policy Practice gehört?	Empfinden Sie sich als politisch aktiv?
VW1	männlich	Wohnsetting	Ja	Ja
VW2	weiblich	Stationäres Gesundheitssetting	Nein	Nein
VW3	weiblich	Staatliche Beratung und Begleitung	Nein	Nein

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

Die verschiedenen Erhebungsformen ermöglichten die Gewinnung vielfältiger Daten zur Beantwortung der Forschungsfrage. Die im Rahmen der Datenerhebung gewonnenen Informationen entfalten ihren wissenschaftlichen Erkenntniswert jedoch erst durch eine systematische Auswertung. Nachfolgend wird daher die Vorgehensweise bei der Aufbereitung der erhobenen Daten erläutert.

5.4 Datenaufbereitung

Zur Aufbereitung der erhobenen Daten wurden unterschiedliche digitale Werkzeuge eingesetzt. Die Audioaufnahmen der Interviews wurden mithilfe der Open-Source-Software NoScribe der Pädagogischen Hochschule Bern transkribiert[1]. Die anschliessende Auswertung erfolgte mit der Software MAXQDA[2], die eine strukturierte qualitative Datenanalyse unterstützt (Kuckartz & Rädiker, 2024, S. 441). Für die Transkription wurden einheitliche

[1] https://kbss.site.phbern.ch/db/noscribe
[2] https://www.maxqda.com/de/

Transkriptionsregeln festgelegt, um eine systematische und vergleichbare Datenbasis zu gewährleisten. Die Transkripte wurden in einem moderaten Detailiertheitsgrad erstellt und orientierten sich an den Transkriptionsregeln nach Kuckartz und Rädiker (2024, S. 200). Dabei wurde bewusst auf eine Erfassung nonverbaler Merkmale wie Mimik, Pausen oder parasprachliche Elemente verzichtet, da diese für den gewählten Analyseansatz nicht zentral waren. Stattdessen lag der Fokus auf der inhaltlichen Ebene der Aussagen (Kuckartz & Rädiker, 2024, S. 200). Die Transkription erfolgte wörtlich und überwiegend in Schriftsprache, um eine gute Lesbarkeit und Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten. Ausdrucksstarke Äusserungen wurden vereinzelt in Mundart belassen, sofern dies für das Verständnis der Aussagen relevant erschien. Auf die Einfügung von Zeitmarken am Ende jedes Sprechbeitrags wurde verzichtet, da diese für die Auswertung ebenfalls nicht erforderlich waren (Kuckartz & Rädiker, 2024, S. 200). Durch dieses Vorgehen konnte eine ausgewogene Balance zwischen Genauigkeit und analytischer Handhabbarkeit der Daten erreicht werden, die die Grundlage für die anschliessende qualitative Inhaltsanalyse bildete.

Durch die strukturierte Aufbereitung des Datenmaterials wurde eine analysierbare Datengrundlage geschaffen. Auf dieser Grundlage konnten die Transkripte der Interviews im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet und interpretiert werden.

5.5 Datenauswertung nach Kuckartz und Rädiker

Die Auswertung der halbstandardisierten Leitfadeninterviews erfolgte anhand der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz und Rädiker (2024, S. 129). Dieses Verfahren ermöglicht eine systematische und regelgeleitete Analyse von Datenmaterial mit dem Ziel, zentrale Themen und Zusammenhänge herauszuarbeiten sowie die Daten entlang eines Kategoriensystems zu strukturieren. Der gesamte Analyseprozess orientierte sich am von Kuckartz und Rädiker (2024, S. 129–130) beschriebenen siebenphasigen Ablaufmodell (siehe Abbildung 5).

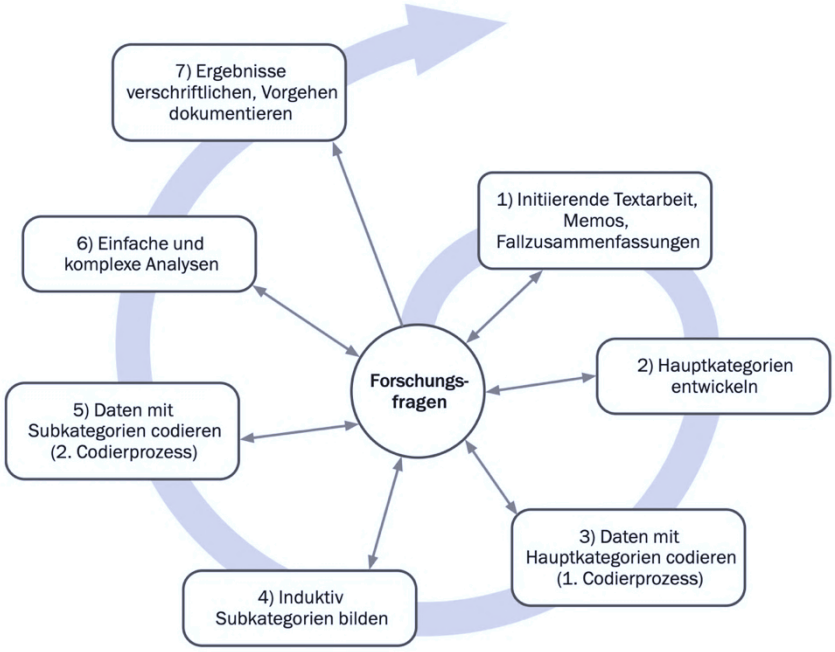


Abbildung 5. Ablauf einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse
Quelle: Kuckartz & Rädiker, 2024, S. 132

In der ersten Phase erfolgte eine Auseinandersetzung mit dem Datenmaterial in Form wiederholten Lesens der Transkripte, Markieren von wichtigen Textpassagen sowie dem Festhalten von Notizen und Überlegungen. Aufgrund der übersichtlichen Anzahl der Interviews wurde auf das Schreiben einer Fallzusammenfassung verzichtet (Kuckartz & Rädiker, 2024, S. 132–133). Anschliessend wurden 13 Hauptkategorien in einem deduktiven Vorgehen direkt aus der Forschungsfrage sowie den theoretischen Grundlagen zur Policy Practice abgeleitet. Die vier Teilforschungsfragen dienten als Strukturierung, auf der die Hauptkategorien aufbauten (Kuckartz & Rädiker, 2024, S. 133). Als erster Codierprozess wurden zwei Interviews sequenziell den Hauptkategorien zugeteilt. Nicht sinntragende Textstellen, die für die Forschungsfrage nicht relevant waren, blieben uncodiert (Kuckartz & Rädiker, 2024, S. 134). Basierend auf dem ersten Codierdurchgang wurden in der nächsten Phase induktiv Subkategorien direkt aus dem Datenmaterial entwickelt und den jeweiligen Hauptkategorien untergeordnet. Die Kategorien und Subkategorien wurden als Codierleitfaden tabellarisch dargestellt und für jede Subkategorie wurde eine Definition formuliert sowie ein Ankerbeispiel ausgesucht (Kuckartz & Rädiker, 2024, S. 138). Die erarbeitete Tabelle 8 ist im Anhang C zu finden. Das gesamte Datenmaterial wurde unter Berücksichtigung dieses ausdifferenzierten Kategoriensystems anschliessend erneut codiert. Dabei wurde die Möglichkeit der Mehrfachcodierung genutzt, sodass Textstellen mehreren inhaltlich relevanten Kategorien zugeordnet

werden konnten. Im Verlauf der Analyse zeigte sich, dass einzelne Subkategorien angepasst und präzisiert werden mussten, um eine bessere Passung zum Datenmaterial zu gewährleisten. Die Hauptkategorien blieben dabei unverändert bestehen, während die Formulierung und Differenzierung der Subkategorien überarbeitet wurden (Kuckartz & Rädiker, 2024, S. 142). Nachdem das gesamte Datenmaterial codiert worden war, erfolgte die Auswertung im Sinne einer kategorienbasierten Analyse entlang der Hauptkategorien (Kuckartz & Rädiker, 2024, S. 148). Dabei wurden die einzelnen Kategorien unabhängig voneinander betrachtet, um zentrale Inhalte, Gemeinsamkeiten, Unterschiede sowie auffällige Muster innerhalb der Daten herauszuarbeiten. Zur weiteren Analyse und Strukturierung der Ergebnisse wurden Visualisierungen in Form von Mindmaps eingesetzt. Diese dienten dazu, Zusammenhänge sowie mögliche Widersprüche zwischen Kategorien sichtbar zu machen und analytisch zu verdichten (Kuckartz & Rädiker, 2024, S. 148–154). Für die Zusammenfassung der Forschungsergebnisse wurde sich an den vier Teilforschungsfragen orientiert, um einen resümierenden Bogen zur ursprünglichen Forschungsfrage zu schlagen (Kuckartz & Rädiker, 2024, S. 155). Als Essenzen der Forschungsergebnisse wurden vier Hypothesen formuliert. Diese bildeten im weiteren Schritt zur Überprüfung der Validität die Grundlage des Validierungsworkshops (Morgan, 1988, S. 11). Die Ergebnisse des Validierungsworkshops wurden abschliessend mit den bereits vorhandenen Ergebnissen vereint und gemeinsam diskutiert.

Durch die systematische Auswertung des Datenmaterials konnten zentrale Themen, Zusammenhänge und Deutungsmuster im Hinblick auf die Forschungsfrage herausgearbeitet werden. Für die Einordnung der Aussagekraft der Ergebnisse ist vorerst eine kritische Würdigung des methodischen Vorgehens erforderlich.

5.6 Reflexion der Methodik

Die vorliegende Untersuchung orientierte sich an einem qualitativen Forschungsdesign, das darauf abzielte, subjektive Erfahrungen von Sozialarbeitenden im Kontext der Policy Practice zu erfassen (Strübing, 2024, S. 3). Dieses Vorgehen erwies sich als geeignet, da es ermöglichte, komplexe soziale Phänomene in ihrem jeweiligen Kontext differenziert zu rekonstruieren und neue Erfahrungsdimensionen sichtbar zu machen. Zur Sicherstellung der Qualität der Erkenntnisgewinnung orientierte sich die Studie an den zentralen Gütekriterien qualitativer Sozialforschung (Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2024, S. 21). Zur Gewährleistung der Nachvollziehbarkeit wurde der gesamte Forschungsprozess systematisch dokumentiert. Die Interviews

wurden aufgezeichnet und vollständig transkribiert (Döring, 2023, S. 8). Auf eine Intercoder-Übereinstimmung wurde bewusst verzichtet, da der Fokus auf der interpretativen Erschliessung der subjektiven Erfahrungen liegt (Döring, 2023, S. 557). Stattdessen erfolgten eine wiederholte Überprüfung und eine Überarbeitung der Kategorien im Kontext der Interviews sowie losgelöst von den Interviews. Ein weiterer qualitätssichernder Aspekt lag in der Rückkopplung der Ergebnisse an das Praxisfeld. Der Validierungsworkshop ermöglichte es, die gewonnenen Erkenntnisse gemeinsam mit Fachpersonen zu reflektieren, einzuordnen und zu differenzieren. Dadurch konnten sowohl die Plausibilität der Ergebnisse geprüft als auch deren Praxisrelevanz gestärkt werden (Morgan, 1988, S. 11). Ergänzend wurden zentrale forschungsethische Prinzipien berücksichtigt. Die Teilnahme an der Studie erfolgte freiwillig und auf Basis informierter Einwilligung (Döring, 2023, S. 122). Bei der Erstellung der Transkripte wurde besonders auf die Wahrung der Anonymität der befragten Sozialarbeitenden geachtet. Die Transkripte wurden weder veröffentlicht noch an Dritte weitergegeben (Döring, 2023, S. 126). Auf eine Rückmeldung der Transkripte an die Interviewpartner:innen wurde verzichtet, da dies im Verhältnis zum erwarteten Nutzen sowie unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Aspekte als nicht erforderlich erachtet wurde.

Die eigene berufliche Tätigkeit der Forscherin als Berufsbeiständin in der Stadt Chur ermöglichte eine Nähe zum Untersuchungsfeld, ein vertieftes Kontextverständnis sowie einen erleichterten Feldzugang. Gleichzeitig wurde die Forscherin von den Interviepartner:innen nicht ausschliesslich als Forscherin, sondern auch als «Kollegin des eigenen Handlungsfeldes» wahrgenommen. Dies könnte die Datenerhebung beeinflusst haben, etwa indem bestimmte Aspekte nicht explizit benannt werden, da sie als bekannt vorausgesetzt werden. Zudem bestand die Möglichkeit, dass die Interpretation der Daten durch eigene Erfahrungen mitgeprägt ist, was potenzielle Verzerrungen mit sich bringen kann (Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2014, S. 76). Auch auf Ebene der Datenerhebung zeigten sich methodische Herausforderungen. Der Begriff Policy Practice war im Praxisfeld nicht durchgehend etabliert, was zu unterschiedlichen Verständnissen und Interpretationsspielräumen führen kann. Trotz alltagssprachlicher Umschreibungen und einer Einführung zu Beginn der Interviews blieb ein gewisses Risiko bestehen, dass Aussagen unterschiedlich verstanden wurden. Darüber hinaus könnte die politische Sensibilität des Themas dazu geführt haben, dass Antworten zurückhaltend oder sozial erwünscht formuliert worden sind (Döring, 2023, S. 155). Im Analyseprozess wurden die Daten systematisch ausgewertet. Dabei wurde ein vergleichsweise hoher Aufwand in die

Ausarbeitung von kategorienbezogener Codierregeln investiert, was sich stärker an einem Vorgehen nach Mayring orientierte und über die Aufforderungen nach Kuckartz und Rädiker hinausgeht (Mayring, 2023, S. 102; Kuckartz & Rädiker, 2024, S. 138). Dieses Vorgehen erwies sich zwar als hilfreich für die Strukturierung, wurde jedoch aus zeitlichen Gründen nicht in vollem Umfang in der finalen Version des Codierleitfadens weitergeführt.

Das methodische Vorgehen zeichnete sich durch eine systematische, transparente und reflexive Herangehensweise aus, die den Anforderungen qualitativer Sozialforschung entspricht und eine fundierte Analyse des Forschungsgegenstandes ermöglichte. Auf dieser Grundlage konnten zentrale Erkenntnisse zu den Erfahrungen von Sozialarbeitenden mit Policy Practice im Kontext der offenen Drogenszene gewonnen werden. Diese werden im folgenden Kapitel dargestellt.

6 Darstellung der Ergebnisse

Die empirischen Erkenntnisse zu den Erfahrungen von Sozialarbeitenden mit Policy Practice im Kontext der offenen Drogenszene in Chur werden nachfolgend entlang der vier Teilforschungsfragen dargestellt. Grundlage bilden die sechs leitfadengestützten Interviews sowie der Validierungsworkshop. Durch die Zusammenführung der verschiedenen Erhebungsformen wird eine mehrperspektivische Betrachtung des Untersuchungsgegenstandes ermöglicht. Zur besseren Lesbarkeit werden die Interviewpartner:innen im Folgenden als Fachpersonen bezeichnet.

6.1 Verständnis des politischen Auftrags

Das Verständnis des politischen Auftrags hat eine prägende Wirkung auf das politische Handeln von Sozialarbeitenden. Nachfolgend wird dargestellt, wie die befragten Fachpersonen ihren politischen Auftrag im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit verstehen und wahrnehmen.

Zu Beginn des Interviews wurden die sechs Fachpersonen befragt, ob sie als Sozialarbeitende im Rahmen ihrer bezahlten Arbeit einen politischen Auftrag sehen. Alle sechs Fachpersonen bejahten diese Frage eindeutig. Die Fachpersonen mussten bei der Beantwortung dieser Frage nicht lange nachdenken, ihre Antworten fielen eindeutig aus. Dennoch zeigten die Interviews, dass der politische Auftrag in unterschiedlichen Aspekten der Arbeit wahrgenommen wurde. Aufgrund der medialen und politischen Aktualität der offenen Drogenszene in Chur äusserte

IP1 die Wahrnehmung, dass gerade in der aktuellen Situation ein gesellschaftlicher und politischer Fokus auf ihre Institution gerichtet sei, was ihr Handeln sehr klar politisch werden liess (IP1, Pos. 24). IP2 sah ihren politischen Auftrag in der Schnittstelle ihrer Arbeit zwischen der Gesellschaft und den Adressat:innen, um ihnen eine Integration zu ermöglichen (IP2, Pos. 16). Der politische Auftrag wurde dabei nicht nur auf der Ebene der direkten Fallarbeit wahrgenommen, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene. So erwähnte IP6: «Der politische Auftrag ist natürlich auch, den öffentlichen Raum zu schützen, damit nicht wieder eine offene Drogenszene entsteht» (IP6, Pos. 21). Die Aussagen der Fachpersonen verdeutlichen, dass der politische Auftrag sowohl im direkten Kontakt mit Adressat:innen als auch in einem gesellschaftsbezogenen Verantwortungsverständnis verortet wird und von den Fachpersonen als fester Bestandteil der Profession der Sozialen Arbeit und ihres beruflichen Alltags verstanden wird. Zudem zeigen die Aussagen der interviewten Fachpersonen, dass ihre politischen Haltungen durch unterschiedliche Einflussfaktoren geprägt werden. Besonders hervorgehoben wurden das Studium, institutionelle Rahmenbedingungen sowie die Haltung der jeweiligen Leitungsperson. IP3 beschrieb, dass die Dozierenden im Studium die Auseinandersetzung mit politischen Themen der Sozialen Arbeit nachdrücklich vermittelt hätten. Diese Erwartungen versuche sie heute in ihrer beruflichen Praxis zu integrieren (IP3, Pos. 13). Vor allem die institutionelle Haltung sowie die Unterstützung durch Leitungspersonen erwiesen sich als zentrale Einflussfaktoren für das Verständnis und die Umsetzung des politischen Auftrags. Vier Fachpersonen (IP1, IP4, IP5 und IP6) berichteten, dass politisches Engagement im Sinne der Policy Practice innerhalb ihres Anstellungsverhältnisses grundsätzlich begrüsst werde (IP1, Pos. 448; IP4, Pos. 290; IP5, Pos. 399; IP6, Pos. 291-292). Demgegenüber schilderte IP2 eine wenig unterstützende Haltung der Leitungsebene gegenüber politischem Engagement (IP2, Pos. 383-384) und IP3 äusserte Unsicherheit darüber, inwiefern ein über die fallzentrierte Arbeit hinausgehendes Engagement vonseiten der Institution von ihr erwünscht sei (IP3, Pos. 93). Dabei ist zu berücksichtigen, dass einige Interviewteilnehmende eine Führungs- oder Bereichsleitungsfunktion innehaben. Aufgrund der zugesicherten Anonymität wird auf eine genauere Positionsbeschreibung verzichtet. Zwei Fachpersonen berichteten zudem, dass strukturelles beziehungsweise politisches Engagement innerhalb ihrer Institution primär auf Leitungsebene verortet werde, während Mitarbeitenden dafür kaum zeitliche oder personelle Ressourcen zur Verfügung stünden. Als Ursache hierfür wurde ein personeller Ressourcenmangel

genannt, wodurch sich die institutionelle Kapazität vielfach auf die Sicherstellung des laufenden Betriebs beschränkte.

Obwohl alle sechs Fachpersonen einen politischen Auftrag der Sozialen Arbeit grundsätzlich anerkannten, zeigten sich bei IP2, IP3 und IP4 Unsicherheiten hinsichtlich der konkreten Umsetzung politischen Engagements. Vor allem die aktive Beteiligung an politischen Prozessen wurde teilweise als herausfordernd beschrieben. IP2 schilderte, dass politische Themen zwar im Arbeitsalltag reflektiert und innerhalb des Teams diskutiert würden, die konkrete Umsetzung politischen Handelns jedoch häufig ausbleibe:

> Ich denke viel mit und tausche mich zum Beispiel im Team mit anderen Sozialarbeitenden aus, aber nachher, wenn es konkret darum geht Vorstösse zu machen, mich politisch wirklich zu engagieren […], genau dann fehlt mir vielleicht die Motivation oder die zeitlichen Ressourcen, oder die Connections, oder es ist mir doch zu wenig Priorität. (IP2, Pos. 24-19)

In der Aussage von IP2 werden unterschiedliche hemmende Faktoren sichtbar. Genannt werden fehlende zeitliche Ressourcen, mangelnde Vernetzung sowie eine geringe Priorisierung politischen Engagements im Berufsalltag. Auch IP3 betonte, dass politisches Engagement stärker institutionell legitimiert und explizit als Auftrag formuliert werden müsste, damit Mitarbeitende entsprechendes Engagement wahrnehmen (IP3, Pos. 274).

Die Ergebnisse zeigen, dass alle befragten Fachpersonen einen politischen Auftrag der Sozialen Arbeit anerkennen und diesen als Bestandteil ihrer professionellen Tätigkeit verstehen. Gleichzeitig wird deutlich, dass die konkrete Ausgestaltung politischen Engagements von individuellen, institutionellen und strukturellen Rahmenbedingungen beeinflusst wird. Daraus richtet sich der Fokus nun darauf, wie Fachpersonen ihren politischen Auftrag wahrnehmen und welche Strategien der Policy Practice zur Anwendung kommen.

6.2 Erfahrungen mit Strategien und Methoden der Policy Practice

Die Anerkennung eines politischen Auftrags bedeutet nicht zwangsläufig dessen aktive Umsetzung. Daher wird nachfolgend erläutert, mit welchen Strategien und Methoden die befragten Fachpersonen politische und strukturelle Einflussnahme im Sinne der Policy Practice ausüben.

Der Begriff Policy Practice war zu Beginn der Interviews nur IP3, IP4 und IP6 bekannt (siehe Tabelle 5). Daher erfolgte vor dem Interview jeweils eine kurze Einführung in das Begriffsverständnis sowie in mögliche Strategien und Methoden der Policy Practice. Im Verlauf des Interviews zeigte sich jedoch, dass verschiedene Formen politischen und strukturellen Handelns unabhängig von einer expliziten Begriffserklärung beschreiben und reflektiert wurden. Als besonders wirksam beschrieben alle Fachpersonen institutionsübergreifende Vernetzungs- und Fachgespräche. IP1, IP2, IP4, IP5 und IP6 berichteten von konkreten institutionsübergreifenden Austauschgefässen, die im Berufsalltag als unterstützend und gewinnbringend wahrgenommen werden. IP4 schilderte den Austausch mit einer anderen Institution folgendermassen: «Wir haben uns mit einer anderen Institution getroffen und ausgetauscht. Davor kannten wir uns noch gar nicht gut und erst vor Ort, als sie erzählen konnten, eröffnete es sehr viel» (IP4, Pos. 343-345). Die Aussage von IP4 verdeutlicht, dass institutionsübergreifende Vernetzung dazu beiträgt, unterschiedliche Perspektiven und fachliche Zugänge sichtbar zu machen. Gerade im Kontext der offenen Drogenszene in Chur wurde dabei der Austausch mit unterschiedlichen Professionen und Institutionen als bedeutsam beschreiben (IP4, Pos. 66). So betonte IP6 die Wichtigkeit der Zusammenarbeit des Gesundheitswesens, der psychiatrischen und sozialen Dienste, der Berufsbeistandschaft und der Polizei (IP6, Pos. 113-116). Darüber hinaus wurde Vernetzungsarbeit nicht nur als fachlicher Austausch verstanden, sondern vielmehr als Voraussetzung gemeinsamer politischer und struktureller Handlungsfähigkeit. Die Fachpersonen erklärten, dass ein institutionsübergreifendes Auftreten die eigene politische Wirksamkeit stärken könne. So wurde erwähnt, dass Fachpersonen gemeinsam in politischen Prozessen «stärker» sei (IP6, Pos. 194) beziehungsweise eine «stärkere Stimme» erhalte (IP4, Pos. 237-239). Zusätzlich wurden institutionelle Vernetzungsstrukturen als förderlich für die praktische Zusammenarbeit beschrieben. Bereits bestehende Kontakte und gegenseitiges Vertrauen würden Kommunikations- und Vereinbarungsprozesse vereinfachen und beschleunigen. IP5 beschrieb hierzu: «Es gibt ein gegenseitiges Vertrauen, eine gegenseitige Akzeptanz vom jeweiligen Auftrag, dass man auch auf einer gemeinsamen Flughöhe nach Lösungen zugunsten dieser Person suchen kann» (IP5, Pos. 77-79). Die Aussagen der Fachpersonen deuten darauf hin, dass institutionsübergreifende Vernetzung sowohl für fachliche Kooperationen als auch für strukturelle Einflussnahme und politisches Auftreten als bedeutsam wahrgenommen wird. Gleichzeitig wird Vernetzungsarbeit als förderlich für die Unterstützung der Adressat:innen beschreiben.

Im Zusammenhang mit Vernetzungsstrategien wurde in den Interviews zudem die Rolle des Berufsverbands AvenirSocial thematisiert. Die Aussagen der Fachpersonen zeigten dabei unterschiedliche Einschätzungen hinsichtlich der Bedeutung und Wirksamkeit des Berufsverbands. Während grundsätzlich alle Fachpersonen Potenzial in institutionsübergreifender Vernetzung sahen, wurde der konkrete Nutzen von AvenirSocial unterschiedlich bewertet. IP2 und IP3 thematisierten die geringe Sichtbarkeit des Berufsverbands im Kanton Graubünden. IP2 erklärte, dass ihr zwar bekannt sei, dass AvenirSocial im Kanton vertreten sei, die Präsenz des Verbands jedoch als gering wahrgenommen werde (IP2, Pos. 468-469). Ähnlich äusserte sich IP3, die Berufsverbände grundsätzlich positiv bewerte, bislang jedoch keine eigenen Erfahrungen mit Veranstaltungen von AvenirSocial gemacht habe: «Eigentlich hört es sich cool an, aber im Kanton Graubünden, habe ich gehört, scheinen nicht so viele Leute teilzunehmen» (IP3, Pos. 110-112). Zudem zeigten die Aussagen unterschiedliche Erwartungen hinsichtlich der Funktion eines Berufsverbands. IP5 beschrieb Zusammenschlüsse wie AvenirSocial als wenig gewinnbringend. Kritisch hervorgehoben wurde dabei, dass sich innerhalb sozialer Netzwerke primär Personen mit ähnlichen Haltungen austauschen würden:

> Man kann sich gemeinsam gut fühlen, gemeinsam einer Aufgabe verpflichtet fühlen. Aber die Partner, die nicht auf derselben Linie sind, die sind ja eben gerade nicht dabei. […] Man geht nicht den harten Weg, man geht nicht raus zu den Gegnern. (IP5, Pos. 190-193)

Im Gegensatz dazu berichteten andere Fachpersonen von positiven Erfahrungen mit dem Berufsverband. So verwies IP4 darauf, dass AvenirSocial sich während seines Studiums politisch erfolgreich für den Studiengang eingesetzt habe und aktuell eine praxisrelevante Fachgruppe finanziell unterstütze sowie deren Sichtbarkeit fördere (IP4, Pos. 173-175). Auch IP6 beschrieb den Berufsverband als unterstützend und verwies in diesem Zusammenhang auf ihre Teilnahme an einer nationalen Tagung zur Sozialen Arbeit in der Suchthilfe. Anders als von IP5 wurde der Berufsverband als wichtige Grundlage wahrgenommen, um gemeinsam mit politischen Akteur:innen Lösungsansätze zu entwickeln (IP6, Pos. 184). Zusammenfassend deuten die Aussagen der Fachpersonen darauf hin, dass Berufsverbände unterschiedlich hinsichtlich ihrer politischen Wirksamkeit, regionalen Sichtbarkeit sowie ihrer Funktion als Vernetzungsgefäss bewertet werden.

Eine weitere zentrale Strategie im Sinne der Policy Practice war die Nutzung von Ermessensspielräumen. Die Fachpersonen beschrieben dabei situationsabhängige Anpassungen

institutioneller Handlungsregeln, flexible Vereinbarungen sowie individuelle Handlungsspielräume im Umgang mit Adressat:innen. IP4 erklärte: «Gewisse Regeln musst du sicher haben, aber die sind nicht in den Stein gemeisselt, es ist dann auch situationsabhängig» (IP4, Pos. 456-457). Die Aussagen der Fachpersonen deuten darauf hin, dass institutionelle Vorgaben im Berufsalltag nicht ausschliesslich starr umgesetzt, sondern teilweise an die jeweilige Situation und die Bedürfnisse der Adressat:innen angepasst werden. So berichtete IP1, dass sie schon Institutionsregeln haben, diese jedoch immer wieder individuell angepasst werden (IP1, Pos. 141). Ermessensspielräume werden dabei vornehmlich als Möglichkeit beschrieben, institutionelle Rahmenbedingungen zugunsten individueller Lösungsansätze flexibel zu gestalten. IP2 schilderte beispielsweise, dass durch eine gemeinsame Vereinbarung für eine Adressatin ein Platz in einer Institution organisiert werden konnte, obwohl diese grundsätzlich abstinenzorientiert geführt werde und die Adressatin nicht abstinent gewesen sei (IP2, Pos. 111-112). Die Aussagen zeigen, dass Ermessensspielräume als bedeutsame Grundlage professionsgeleiteten Handelns wahrgenommen werden. Dabei betonten die Fachpersonen die Bedeutung professioneller Werte, der Orientierung am Wohl der Adressat:innen sowie gegenseitigen Vertrauens im Umgang mit institutionellen Handlungsspielräumen. Um strukturelle Veränderungen zu vollbringen, ist teilweise eine öffentliche Reichweite angebracht und hilfreich. Die Aussagen der Fachpersonen deuten darauf hin, dass Öffentlichkeitsarbeit als bedeutsame Strategie gesellschaftlicher und politischer Einflussnahme wahrgenommen wird. Öffentlichkeitsarbeit wird dabei mit der Schaffung gesellschaftlicher Sichtbarkeit, der Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie der Mobilisierung finanzieller und politischer Unterstützung verbunden. IP3 berichtete beispielsweise, ein Öffentlichkeitskonzept für ihre Institution entwickelt zu haben. Hintergrund sei die Wahrnehmung gewesen, dass viele Einwohner:innen der Stadt Chur die Institution kaum kennen würden. Durch eine stärkere öffentliche Präsenz verfolgt IP3 das Ziel, die Adressat:innen sichtbar als Teil der Gesellschaft wahrnehmbar zu machen sowie zusätzlich finanzielle Unterstützung zu gewinnen (IP3, Pos. 182-184). Zudem beschrieben IP1, IP3 und IP6 Öffentlichkeitsarbeit, sprich Arbeit mit der Gesellschaft als Bestandteil ihres gesellschaftspolitischen Auftrags (IP1, Pos. 24-25; IP3, Pos. 153-154; IP6, Pos. 140-141). IP6 beschrieb Medienarbeit als besonders wichtig: «Tu Gutes und sprich darüber» (IP6, Pos. 140-141). Sie verdeutlicht, dass Öffentlichkeitsarbeit nicht ausschliesslich als Kommunikationsstrategie verstanden werden solle, sondern zugleich als Möglichkeit, gesellschaftliche Problemlagen sichtbar zu machen und politische Prozesse zu

beeinflussen. So erklärte sie, dass durch mediale Aufmerksamkeit auf Versorgungslücken hingewiesen und gleichzeitig mögliche Lösungsansätze öffentlich thematisiert werden könnten. Öffentlichkeitsarbeit könne dadurch genutzt werden, um politischen Druck aufzubauen und beispielsweise Finanzierungen zu fördern (IP6, Pos. 247-251). Gleichzeitig wurde Öffentlichkeitsarbeit von den Fachpersonen als ambivalente Strategie beschrieben. Vor allem im direkten Zusammenhang mit Adressat:innen könne mediale Berichterstattung zu Verunsicherung führen. IP4 schilderte dies folgendermassen: «Sie [die Adressat:innen] lesen auch regelmässig Zeitung und es gibt eine Menge an Schlagzeilen und Berichten [über die aktuelle Situation in Chur], und wenn irgendeine Falschaussage gemacht wurde, gibt es ganz grosse Verunsicherungen bei den Einzelpersonen im Stadtpark» (IP4, Pos. 361-365). Im Zusammenhang möglicher Verunsicherungen sowie institutionell sensibler Situationen berichtete IP1, dass sie sich institutionell gegen weitere mediale Äusserungen entschieden haben (IP1, Pos. 170-173). Obwohl Öffentlichkeitsarbeit als wichtige Strategie gesellschaftlicher Einflussnahme betrachtet wird, kann sie zugleich auch als belastender Faktor für Adressat:innen wahrgenommen werden.

Nebst öffentlichkeitsbezogenen Strategien beschrieben die Fachpersonen die Nutzung von Dokumentationen und gesammelten Fakten als bedeutsame Form struktureller Einflussnahme. Die Aussagen der Fachpersonen deuteten darauf hin, dass Dokumentationen nicht ausschliesslich administrative Zwecke erfüllen, sondern ebenso als Grundlage zur Legitimation sozialer Problemlagen sowie institutioneller und politischer Anliegen genutzt werden. IP1 berichtete, dass für die Finanzierung einer Erweiterung ihrer Institution vor allem dokumentierte Leistungen und Verlaufsberichte zentral gewesen seien. Weniger argumentative Überzeugungsarbeit als vielmehr nachvollziehbare Dokumentationen hätten dabei zur Legitimation des zusätzlichen Bedarfs beigetragen (IP1, Pos. 364-365). Auch IP4 beschrieb die regelmässige Erstellung monatlicher Berichte: «Da kommen nicht nur Zahlen rein, sondern auch Fliesstexte» (IP4, Pos. 104). Die Berichte würden neben quantitativen Daten ebenfalls Beobachtungen aus der Praxis, wahrgenommene Befürchtungen sowie Hinweise auf bestehende Angebotslücken dokumentieren (IP4, Pos. 98, Pos 103-106). Die Aussagen der Fachpersonen zeigen, dass Dokumentationen dazu genutzt werden können, soziale Problemlagen sichtbar zu machen und bestehende Bedarfe nachvollziehbar festzuhalten. Zudem beschrieben die Fachpersonen Dokumentationen als langfristige Grundlage für politische und institutionelle Entscheidungsprozesse. Auch wenn Berichte nicht unmittelbare Wirkung

entfalten würden, sei die kontinuierliche Dokumentation wichtig, um zu einem späteren Zeitpunkt auf konkrete Fakten und Bedarfe verweisen zu können. IP6 beschrieb dies folgendermassen: «…damit endlich irgendjemand sieht, dass der Bedarf vorhanden ist» (IP6, Pos. 68-69).

Im Verlauf der Interviews wurde deutlich, dass von den Fachpersonen nicht nur die Wahl bestimmter Strategien und Methoden als bedeutsam beschrieben wird, sondern auch die Art und Weise ihrer Umsetzung. Besonders deutlich wurde, dass beispielsweise Beziehungsgestaltung, Partizipation, Niederschwelligkeit sowie langfristige Stabilität als zentrale Voraussetzungen wirksamer Policy Practice wahrgenommen werden. IP1, IP3, IP4, IP5 und IP6 betonten die Bedeutung eines vertrauensvollen Beziehungsaufbaus im Umgang mit Adressat:innen. Vertrauen wurde dabei als wichtige Grundlage beschrieben, um gemeinsame Prozesse zu gestalten und Veränderungen anstossen zu können. IP4 formulierte: «Wenn du eine gute Beziehung oder ein gutes Vertrauen hast, kannst du Prozesse auch mit ihnen eingehen» (IP4, Pos. 242-243). Adressat:innen sollten nicht ausschliesslich Empfänger:innen von Massnahmen sein, sondern aktiv an Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen beteiligt werden (IP1, Pos. 142-144). Auch IP2 betonte, dass die Bedürfnisse und Perspektiven der Adressat:innen im Zentrum des Handelns stehen sollten (IP2, Pos. 255-256). Gleichzeitig beschrieben die Fachpersonen Niederschwelligkeit und Realismus als wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Angebote und strukturelle Veränderungen. IP1 verwies in diesem Zusammenhang auf den bestehenden Mangel an Wohnangeboten und beschrieb, dass zunächst kleinere Wohnformen geschaffen werden sollten, anstatt unmittelbar grosse Einrichtungen zu planen. Denn auch kleinere Angebote könnten bereits einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung einzelner Adressat:innen leisten (IP1, Pos. 93-95). Zusätzlich wurde eine langfristige Stabilität als bedeutsame Grundlage nachhaltiger Veränderungsprozesse beschrieben. Hierbei hoben die Fachpersonen die Bedeutung von Regelmässigkeit, Verlässlichkeit und kontinuierlicher Präsenz im Kontakt mit Adressat:innen hervor. IP4 berichtete diesbezüglich aus der Praxis: «Wir müssen regelmässig Präsenz zeigen, für sie da sein und zeigen, was wir machen können. […] und jetzt sind wir mega Vertrauenspersonen» (IP4, Pos. 194-197). Die Aussage verdeutlicht, dass langfristige Präsenz und verlässliche Beziehungen als zentrale Voraussetzung für vertrauensvolle Zusammenarbeit wahrgenommen werden. Gleichzeitig beschreiben die Fachpersonen politische und strukturelle Veränderungsprozesse als langwierig. Sowohl im Kontakt mit Adressat:innen als auch im Zusammenhang mit

politischen Entscheidungsprozessen werden Geduld und Ausdauer als wichtige Voraussetzungen beschrieben. IP6 berichtete beispielsweise, dass es nahezu zehn Jahre gedauert habe, bis eine Kontakt- und Anlaufstelle mit Konsumraum realisiert werden konnte (IP6, Pos. 43-44). Auch IP2 beschrieb politische Prozesse als zeitintensiv: «Es braucht wirklich zeitliche Ressourcen und Kapazität, damit neue Sachen entstehen können» (IP2, Pos. 387-389). Zudem wird deutlich, dass langfristige strukturelle Veränderungen nicht nur Ausdauer vonseiten der Sozialarbeitenden, sondern auch gesellschaftliche Geduld voraussetzen (IP6, Pos. 207-208).

Die Interviews mit den Fachpersonen lassen erkennen, dass Policy Practice im Berufsalltag nicht ausschliesslich als explizit politisches Handeln verstanden wird, sondern sich in unterschiedlichen Formen struktureller Einflussnahme zeigt. Gleichzeitig weisen die Fachpersonen darauf hin, dass in der Umsetzung nicht nur die Strategie oder Methode relevant ist, sondern ebenso die Art und Weise, wie das politische und strukturelle Engagement angegangen wird. Das Handeln von Sozialarbeitenden erscheint nicht in jedem Kontext gleich wirksam. Nachfolgend wird daher auf die von den Fachpersonen wahrgenommene Wirksamkeit sowie Grenzen von Policy Practice eingegangen.

6.3 Wahrgenommene Wirksamkeit und Grenzen der Policy Practice

Neben den konkreten Strategien und Methoden politischer und struktureller Einflussnahme ist auch die Wahrnehmung der eigenen Wirksamkeit sowie der Grenzen an Relevanz. Da die Wirksamkeit von Policy Practice im Rahmen qualitativer Forschung nicht eindeutig messbar und nur teilweise von weiteren Einflussfaktoren abgrenzbar ist, stehen die subjektiven Einschätzungen der befragten Fachpersonen im Mittelpunkt. Betrachtet werden jene Wirkungen und Veränderungen, die die Fachpersonen selbst mit ihrem politischen und strukturellen Handeln in Verbindung bringen.

Die Aussagen der Fachpersonen deuten darauf hin, dass strukturelles Engagement vor allem mit dem Ziel verbunden wird, die Lebensbedingungen von Adressat:innen nachhaltig zu verbessern. Wahrgenommene Wirksamkeit zeigt sich dabei besonders in konkreten Veränderungen der materiellen und sozialen Lebenslage von Adressat:innen. Alle Fachpersonen beschrieben Verbesserungen im Bereich Wohnen und finanzielle Absicherung als bedeutsame Auswirkungen ihres Engagements. IP1 berichtete beispielsweise, dass es durch ihr strukturelles Engagement einigen Adressat:innen gelungen sei, die Obdach- und

Wohnungslosigkeit zu verlassen und Stabilität in einer eigenen Wohnung zu finden (IP1, Pos. 43). Gleichzeitig verwies IP1 auf bestehende Versorgungslücken: «Wir haben sicher einen gewissen Anteil dazu beitragen können, dass wir gewissen Personen ein Angebot gehen konnte, aber wir haben noch immer 30 obdachlose Personen» (IP1, Pos. 43-44).

Besonders deutlich wird, dass gerade der Zugang zu Wohnraum eng mit finanzieller Absicherung verbunden wird. In diesem Zusammenhang beschrieben IP1, IP3, IP4 und IP5 die Unterstützung beim Zugang zu wirtschaftlicher Sozialhilfe oder zu einer Invalidenrente als wichtige Form wahrgenommener Wirksamkeit:

> Dann hat er Sozialhilfe erhalten, oder im besten Fall sogar eine IV und wenn er mehr finanzielle Mittel zur Verfügung hat, um wieder eine Wohnung zu suchen, ist das sehr prägend. Diese Unterstützung vergessen sie nicht und schätzen es sehr. (IP4, Pos. 207-209)

Diese Form von Hilfeleistung kann grundsätzlich als eine individuelle Unterstützung verstanden werden, dennoch beschrieb IP5, wie er sich gegenüber städtischen Behörden für ein stärker sensibilisiertes Verständnis gegenüber Adressat:innen mit Mehrfachproblematiken eingesetzt habe. Er verwies darauf, dass gewisse Adressat:innen aufgrund ihrer Belastungssituation nicht sämtlichen administrativen Anforderungen nachkommen könnten, wie dies in theoretischen Vorgaben vorausgesetzt werde. IP5 erklärte, dass strukturelles Engagement dazu beitragen könne, sozialarbeiterische Perspektiven in institutionellen Entscheidungs- und Handlungspraxen einzubringen: «Auf der Ebene der Klientel hat dies die Auswirkung, dass die Sichtweise aus der Profession der Sozialen Arbeit aufgenommen und umgewandelt wird in die Handlungsmaxime von denen, die einen anderen Auftrag haben» (IP5, Pos. 278-280). In dem Sinne zeigt die Aussage von IP5, dass durch politisches und strukturelles Engagement der Zugang zu Unterstützungsleistungen sowie die Sensibilisierung institutioneller Akteur:innen ermöglicht werden kann.

Als weitere Form wahrgenommener Wirksamkeit beschrieben IP2, IP3 und IP5 die gesellschaftliche Integration von Adressat:innen (IP2, Pos. 18; IP3, Pos. 174-175; IP5, Pos. 53-54). Die Aussagen deuten darauf hin, dass sozialarbeiterisches Engagement besonders dann als wirksam wahrgenommen wird, wenn es Adressat:innen ermöglicht, gesellschaftliche Teilhabe, Selbstwirksamkeit und Anerkennung zurückzugewinnen. In den Interviews wurde dabei wiederholt auf die gesellschaftliche Stigmatisierung von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen hingewiesen. IP1 schilderte die gesellschaftliche Ablehnung betroffener Personen

folgendermassen: «Immer wieder hören wir Aussagen wie: das huara Saupack, und jetzt haben wir es hier» (IP1, Pos. 283). Mit dieser Aussage unterstreicht IP1, dass gesellschaftliche Ausgrenzung und Stigmatisierung die Lebenssituation und Selbstwahrnehmung der Adressat:innen wesentlich beeinflussen. So sah IP5 die gesellschaftspolitische Verantwortung der Sozialen Arbeit nicht nur in der Unterstützung einzelner Personen, sondern ebenfalls in der kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Umgangsweisen gegenüber Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen: «Fachpersonen müssen nicht nur auf die Symptome der Suchtmittelabhängigkeit eingehen, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene hinterfragen, was wir als Gesellschaft mit diesen betroffenen Menschen machen» (IP5, Pos. 55-57).

Gleichzeitig beschrieben die Fachpersonen sozialarbeiterisches Engagement als Möglichkeit, Adressat:innen durch Bestärkung, Empowerment und enge Begleitung wieder stärker in gesellschaftliche Prozesse einzubinden. IP1 erzählte, dass Adressat:innen teilweise darin unterstützt würden, eigene Ansprüche und Handlungsmöglichkeiten wieder wahrzunehmen, die sie sich aufgrund gesellschaftlicher Ablehnung selbst nicht mehr zutrauten (IP1, Pos. 416-420). Diese Aussagen deuten darauf hin, dass kontinuierliche Begleitung zu einer stärkeren gesellschaftlichen Reintegration sowie zu mehr Selbstständigkeit beitragen kann. Darüber hinaus beschrieb IP1 positive Rückmeldungen der Adressat:innen als Hinweis auf die wahrgenommene Wirkung ihres Engagements (IP1, Pos. 187–188). Insgesamt waren sich die Fachpersonen einig, dass Wirksamkeit vornehmlich dann wahrgenommen werde, wenn sozialarbeiterisches Engagement zu verbesserten Lebensumständen, mehr gesellschaftlicher Teilhabe, Anerkennung und Selbstbestimmung der Adressat:innen beiträgt.

Des Weiteren zeigen die Interviews, dass die Umsetzung von Strategien und Methoden der Policy Practice nicht ausschliesslich positive Auswirkungen mit sich bringt. Strukturelle Veränderungsprozesse werden von den Fachpersonen teilweise mit Unsicherheiten, Irritationen und Widerständen verbunden. Diese Auswirkungen betreffen dabei nicht nur Adressat:innen, sondern ebenso Teams sowie die Gesellschaft und politische Akteur:innen. Gerade am Beispiel der Einführung eines Konsumraums in der Stadt Chur wird deutlich, dass strukturelle Veränderungen bei einzelnen Beteiligten Skepsis und Unsicherheit auslösen können. IP3 erklärte, dass die geplanten Veränderungen neue Formen der Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Institutionen und Behörden erforderlich machen würden. Gleichzeitig werde erwartet, dass die Polizei restriktiver gegenüber der offenen Drogenszene vorgehen

könnte, was für die Adressat:innen mit zusätzlichen Belastungen und Unsicherheiten verbunden sein könne (IP3, Pos. 125). Darüber hinaus schilderten die Fachpersonen unterschiedliche Reaktionen innerhalb der Drogenszene auf das neue Angebot. Während einzelne Adressat:innen den zusätzlichen Schutz und die erhöhte Sicherheit positiv wahrnehmen würden, beschrieben IP3, IP4 und IP6 bei anderen Adressat:innen ablehnende Haltungen gegenüber dem Konsumraum (IP3, Pos. 128-129; IP4, Pos. 395; IP6, Pos.274-275). Die Interviews verdeutlichen, dass strukturelle Veränderungen innerhalb der Adressat:innengruppe unterschiedlich bewertet werden und bestehende Routinen sowie Sicherheitsgefühle verändern können. Im Umgang mit diesen Unsicherheiten nannten die Fachpersonen Transparenz und frühzeitige Kommunikation als wichtige Strategien. Regelmässige Gespräche mit den Adressat:innen könnten dazu beitragen, Veränderungen nachvollziehbar zu machen und Verunsicherungen zu reduzieren. IP6 erklärte diesbezüglich folgenden Umgang: «Wir haben dafür ein Gefäss, wo wir uns mit dem Klientel versammeln und über Veränderungen auf dem Platz Chur informieren. Nicht dass sie plötzlich aus der Zeitung erfahren, dass es einen Konsumraum gibt und eine abwehrende Haltung entwickeln» (IP6, Pos. 161-163). Transparente Kommunikation und partizipativer Austausch dienen damit als wichtige Voraussetzung, um Widerstände und Unsicherheiten innerhalb von Veränderungsprozessen zu reduzieren und werden von den Fachpersonen als zentral wahrgenommen.

Die wahrgenommene Wirksamkeit beschrieben die Fachpersonen nicht nur auf der Ebene der Adressat:innen, sondern auch auf institutioneller Ebene. Dabei wurden langfristige Finanzierungen, politische Anerkennung sowie Vertrauen und Kooperationsbereitschaft zwischen Institutionen als Ausdruck erfolgreicher struktureller Einflussnahme wahrgenommen. IP1 erkannte die Weiterführung bestehender Finanzierungen als wichtige Form institutioneller Bestätigung (IP1, Pos. 31-32). Die Aussage verdeutlicht, dass finanzielle Unterstützung sowohl als materielle Ressource als auch als Zeichen gesellschaftlicher und politischer Anerkennung der geleisteten Arbeit verstanden wird. Gleichzeitig zeigte sich, dass langfristige Finanzierungen dazu beitragen können, Angebote dauerhaft abzusichern. So erwähnten die Fachpersonen, dass aus zunächst zeitlich begrenzten Pilotprojekten dauerhafte Angebote entstehen würden oder bestehende Finanzierungen von der kommunalen auf die kantonale Ebene übergehen könnten. IP4 erzählte in diesem Zusammenhang, dass die Stadt Chur neuen Angeboten gegenüber generell offener erscheine als der Kanton Graubünden, gleichzeitig jedoch eine langfristige Finanzierung auf kantonaler Ebene angestrebt werde (IP4, Pos. 189). Ein

weiterer wahrgenommener Wirksamkeitsindikator wurde in institutionellem Vertrauen sowie der Bereitschaft zur Kooperation gesehen. Die Aussagen der Fachpersonen deuten darauf hin, dass strukturelle Veränderungsprozesse häufig mit Unsicherheiten verbunden sind und deren Verlauf nicht vollständig vorhersehbar erscheint. Wenn politische Akteur:innen, Behörden oder andere Institutionen dennoch bereit seien, solche Prozesse gemeinsam anzutreten, würden diese von den Fachpersonen als Ausdruck von Vertrauen in das eigene Engagement und die bisherigen Bemühungen wahrgenommen. So benannte IP6 gegenseitige Bestärkung innerhalb von Kooperationen als wichtige Grundlage, um Veränderungsprozesse aktiv anzustossen und neue Entwicklungen nicht ausschliesslich abzuwarten (IP6, Pos. 352-353). Die Interviews zeigen, dass institutionelle Anerkennung, langfristige Finanzierung sowie vertrauensvolle Kooperationen als zentrale Formen wahrgenommener Wirksamkeit von Policy Practice verstanden werden.

Zugleich wurde deutlich, dass die Umsetzung von Policy Practice mit verschiedenen strukturellen und institutionellen Begrenzungen verbunden ist. Dabei lassen sich fehlende finanzielle Mittel, begrenzte Ressourcen sowie institutionelle Rahmenbedingungen als zentrale Einschränkungen strukturellen Engagements erkennen. Die Fachpersonen berichteten, dass strukturelles Engagement teilweise bereits zu Beginn aufgrund einer fehlenden Finanzierung scheitert oder bestehende Angebote dauerhaft um finanzielle Absicherung kämpfen müssten. IP6 berichtete, dass sie oft der Finanzierung «hinterher springen» muss (IP6, Pos. 248). Zusätzlich wurden fehlende zeitliche, personelle und institutionelle Ressourcen als zentrale Herausforderung beschrieben. IP2 erklärte, dass strukturelles Engagement häufig durch mangelnde Angebote oder fehlende institutionelle Strukturen begrenzt werde und es teilweise Situationen gebe, in denen Adressat:innen aufgrund fehlender Unterstützungsangebote keine angemessene Hilfe vermittelt werden könne (IP2, Pos. 102-103). Diesbezüglich stellte IP2 die Notwendigkeit heraus, strukturelle Ursachen solcher Problemlagen gegenüber den Adressat:innen sichtbar zu machen: «Das nimmt hoffentlich ein bisschen auch die Verantwortung, […] die die Person hat. Es ist nicht einfach sein Versagen, es ist auch ein gesellschaftliches Versagen» (IP2, Pos. 309-312). So werden fehlende Angebote von den Fachpersonen der Sozialen Arbeit nicht ausschliesslich als individuelle Problemlagen der Adressat:innen verstanden, sondern als Ausdruck struktureller Defizite. Ein weiterer Begrenzungsfaktor wird in der Haltung von Leitungspersonen beziehungsweise Institutionen beschrieben. Die Aussagen der Fachpersonen weisen darauf hin, dass politisches und strukturelles Engagement stark

von institutioneller Unterstützung abhängig ist. Werden Möglichkeiten zur Vernetzung eingeschränkt oder fehlen zeitliche und personelle Ressourcen für strukturelles Engagement, reduzieren sich die Handlungsmöglichkeiten der Fachpersonen im Sinne der Policy Practice erheblich.

Schliesslich beschrieben die Fachpersonen unterschiedliche Strategien im Umgang mit den wahrgenommenen Grenzen und Begrenzungen ihres strukturellen Engagements. Dabei wurde die Orientierung am eigenen professionellen Auftrag als wichtige Form der Abgrenzung und Bewältigung beschrieben. IP1, IP2, IP3, IP4 und IP5 berichteten, dass sie sich in belastenden Situationen bewusst auf ihre Rolle als Sozialarbeitende sowie auf ihren professionellen Auftrag beziehen würde. IP1 erklärte: «Wir haben eine gewisse Vorstellung, dass wir die Welt retten können, das müssen wir gar nicht. Für das sind wir nicht verantwortlich» (IP1, Pos. 486-488). Diese Aussage verdeutlicht, dass professionelle Abgrenzung als wichtige Voraussetzung wahrgenommen wird, um mit strukturellen Begrenzungen und ausbleibenden Veränderungen umgehen zu können. Gleichzeitig beschrieb IP5 diese Form der Abgrenzung als Lernprozess, der helfen könne, in belastenden Situationen nicht ausschliesslich emotional zu reagieren (IP5, Pos. 303).

Die Ergebnisse zur Wirksamkeit verdeutlichen, dass Engagement im Sinne der Policy Practice von den Fachpersonen unterschiedlich wahrgenommen wird und zugleich an verschiedene Grenzen stösst. Diese Erfahrungen beeinflussen nicht nur das subjektive Wirksamkeitsempfinden, sondern stehen auch in engem Zusammenhang mit der Motivation, sich politisch zu engagieren. Im folgenden Kapitel werden daher die Beweggründe der Fachpersonen sowie förderliche und hemmende Bedingungen für ein Engagement im Sinne der Policy Practice dargestellt.

6.4 Motivation und förderliche Bedingungen

In den Interviews wird deutlich, dass die Motivation für Engagement im Sinne der Policy Practice häufig mit dem Wunsch verbunden ist, die Lebensbedingungen von Adressat:innen nachhaltig zu verbessern. Im Vordergrund stehen vor allem gesellschaftliche Teilhabe sowie die Verbesserung sozialer und materieller Lebenssituationen von abhängigkeitserkrankten Personen. IP6 erklärte ihre Motivation wie folgt: «Ich kann sie nicht retten, aber ich kann vielleicht helfen, Bedingungen zu schaffen, die ihre Lebensumstände verbessern» (IP6, Pos. 334-

335). Mehrere Fachpersonen verbanden ihr Engagement zudem mit dem Anliegen, Adressat:innen zu stärken. IP1 erklärte beispielsweise, dass es sie motiviere, Adressat:innen wieder Hoffnung vermitteln zu können (IP1, Pos. 399-400). IP4 sah seine Motivation darin, Adressat:innen innerhalb gesellschaftlicher Prozesse wieder mehr Sichtbarkeit und eine Stimme zu geben (IP4, Pos. 16). Ähnlich formulierte IP3: «Das Einstehen für Leute, die es gerade nicht können, ich glaube, das ist so die grösste Motivation» (IP3, Pos. 247-248). Überdies verdeutlichen die Aussagen der Fachpersonen, dass politisches beziehungsweise strukturelles Engagement als stark personenbezogen wahrgenommen wird. Die Beweggründe für das Engagement wurden individuell beschrieben und unterschieden sich teilweise deutlich zwischen den Fachpersonen. IP2, IP3 und IP5 betonten, dass nicht alle Sozialarbeitenden gleichermassen Interesse oder Motivation für politisches Engagement mitbringen würden. IP5 erachtete dies als individuelle persönliche Haltung, die vorhanden sein könne, aber nicht zwingend vorhanden sein müsse (IP5, Pos. 128). IP2 äusserte sich ähnlich: «Ich glaube, es gibt in allen Teams Leute, die vom Wesen her Freude daran haben, über Strukturen nachzudenken und auf eine Metaebene zu gehen, und dann gibt es die Leute, denen spricht das nicht zu» (IP2, Pos. 433-435). Des Weiteren wurden positive Rückmeldungen und Wertschätzung vonseiten der Adressat:innen als motivierend beschrieben. Dieser Aspekt nimmt innerhalb der Aussagen der Fachpersonen jedoch eine weniger zentrale Rolle ein.

Die Aussagen der befragten Fachpersonen zeigen zudem, dass strukturelles beziehungsweise politisches Engagement nicht nur mit motivierenden, sondern ebenfalls mit belastenden und demotivierenden Erfahrungen verbunden sein kann. Dabei wurden fehlende zeitliche Ressourcen, bürokratische Anforderungen sowie langwierige politische Prozesse als hemmende Faktoren beschrieben. Das innovative Denken auf struktureller Ebene wurde zudem als kreativer Prozess beschrieben, der Zeit und Freiräume für Reflexion und Entwicklung voraussetzt. Fehlende zeitliche Ressourcen würden jedoch häufig dazu führen, dass solche Prozesse im Berufsalltag nur begrenzt möglich seien. Zudem wurde der hohe bürokratische Aufwand als zusätzliche Belastung wahrgenommen. Vor allem die umfangreiche Dokumentation alltäglicher Arbeitsprozesse wurde von einzelnen Fachpersonen als demotivierend beschrieben. IP5 bewertete diesen zusätzlichen Arbeitsaufwand als «schrecklich» (IP5, Pos. 386-387). Als weitere demotivierende Faktoren wurden langwierige institutionelle Entscheidungsprozesse wahrgenommen. Die Aussagen der Fachpersonen verdeutlichten, dass strukturelle Veränderungen häufig viel Ausdauer sowie wiederholte Anstösse benötigen, bevor konkrete

Entwicklungen sichtbar werden. IP6 benannte diese Prozesse zwar als hemmend, betonte jedoch gleichzeitig die Bedeutung einer professionellen Haltung, um die Motivation für strukturelles Engagement trotz ausbleibender Veränderungen aufrechtzuerhalten (IP6, Pos. 340-341). Zusätzlich wurden fehlende institutionelle und strukturelle Angebote als belastend beschrieben. Die Fachpersonen schilderten Situationen, in denen weder sie selbst noch die Adressat:innen die bestehenden Rahmenbedingungen unmittelbar verändern konnten. Dies wurde teilweise mit Gefühlen von Frustration und Resignation verbunden (IP2, Pos. 270-271). Die Aussagen der Fachpersonen deuten somit darauf hin, dass besonders fehlende Ressourcen, bürokratische Anforderungen und begrenzte strukturelle Handlungsmöglichkeiten das Engagement im Sinne der Policy Practice erschweren können.

In den Interviews mit den sechs Fachpersonen wurde zudem thematisiert, unter welchen Bedingungen Sozialarbeitende stärker zu Engagement im Sinne der Policy Practice motiviert werden könnten. Aus den Aussagen der Fachpersonen lassen sich dabei zwei zentrale Ansatzpunkte herausarbeiten: einerseits die Bedeutung kollektiver Zusammenschlüsse und gegenseitiger Aktivierung, andererseits die institutionelle Verankerung von Policy Practice im beruflichen Auftrag. IP1, IP2, IP3 und IP4 betrachteten Vernetzungs- und Fachgespräche nicht nur als fachlich wertvoll, sondern auch als motivationsfördernd (IP1, Pos. 36-38; IP2, Pos. 485; IP3, Pos. 217-218; IP4, Pos. 340). Die Aussagen deuten darauf hin, dass gemeinschaftliche Austauschformen das Gefühl kollektiver Handlungsfähigkeit stärken und sozialarbeiterisches Engagement fördern können. Im Gegensatz zu isoliertem Engagement wird innerhalb von Gruppen das Gefühl vermittelt, Herausforderungen gemeinsam bewältigen zu können. Darüber hinaus beschrieben die Fachpersonen gemeinsame Austausche als förderlich für die Entwicklung neuer Ideen und konkreter Lösungsansätze. IP2 beschrieb derartig förderliche Austausche wie folgt: «Einfach nur rein dadurch, dass man zusammenkommt, sich austauscht und Projekte in Angriff nimmt» (IP2, Pos. 494-495). Als mögliche Form gegenseitiger Bestärkung und politischer Aktivierung wurden zudem Zusammenschlüsse innerhalb des Berufsverbands AvenirSocial genannt (IP3, Pos. 108; IP4, Pos. 174; IP6, Pos. 184-185).

Die Aussagen der Fachpersonen weisen darauf hin, dass kollektive Strukturen und professionelle Netzwerke nicht nur fachliche Unterstützung bieten, sondern zusätzlich Motivation und politische Sichtbarkeit stärken können. Gleichzeitig betonen mehrere Fachpersonen die Bedeutung institutioneller Rahmenbedingungen für strukturelles Engagement. Vor allem IP2 und

IP3 beschrieben die explizite Verankerung von Policy Practice im beruflichen Arbeitsauftrag als wichtige Voraussetzung für verstärktes Engagement im Berufsalltag. Damit strukturelles Engagement mit den alltäglichen Arbeitsanforderungen vereinbar sei, brauche es jedoch entsprechende zeitliche Ressourcen und klar definierte Stellenprozente für politische beziehungsweise strukturelle Aufgaben (IP2, Pos. 399-400). Darüber hinaus wird deutlich, dass Policy Practice von den Fachpersonen primär als Bestandteil professioneller Tätigkeit verstanden wird und weniger als Aufgabe, die dauerhaft in der Freizeit übernommen werden könne. IP2 erklärte, dass langfristiges politisches Engagement ausserhalb des Arbeitsalltags nur von wenigen Personen dauerhaft aufrechterhalten werde (IP2, Pos. 486-489). Damit zeigt sich, dass vor allem kollektive Unterstützung sowie institutionell abgesicherte zeitliche Ressourcen als zentrale Voraussetzungen verstärkten Engagements im Sinne der Policy Practice wahrgenommen werden.

Die Ergebnisse der Leitfadeninterviews liefern differenzierte Einblicke in die Erfahrungen der befragten Fachpersonen mit Policy Practice im Kontext der offenen Drogenszene in Chur. Zur Reflexion und Validierung dieser Erkenntnisse wurden die zentralen Befunde anschliessend im Rahmen eines Workshops diskutiert. Die daraus gewonnenen Ergebnisse werden nachfolgend dargestellt.

6.5 Ergebnisse des Validierungsworkshops

Zur Reflexion und Validierung der im Rahmen der Leitfadeninterviews gewonnenen Erkenntnisse wurde ein Workshop mit Fokusgruppencharakter durchgeführt. Dabei wurden die zentralen Ergebnisse der Untersuchung der Teilnehmenden anhand von vier Hypothesen vorgestellt und gemeinsam diskutiert. Die nachfolgende Darstellung zeigt auf, inwiefern die Befunde bestätigt, ergänzt oder differenziert wurden und welche zusätzlichen Perspektiven sich aus dem Austausch ergeben haben.

Aus der Beobachtung, dass alle interviewten Fachpersonen den politischen Auftrag der Sozialen Arbeit grundsätzlich anerkannten, dessen konkrete Umsetzung im Berufsalltag jedoch teilweise begrenzt bleibt, wurde für den Validierungsworkshop folgende Hypothese formuliert:

Sozialarbeitende erkennen den politischen Auftrag ihrer Profession an, setzen diesen jedoch im Berufsalltag nur begrenzt um, insbesondere wenn politisches Engagement nicht explizit Teil ihres institutionellen Arbeitsauftrags ist.

Die Diskussion im Validierungsworkshop griff diese Annahme auf und vertiefte die Frage nach institutionellen Rahmenbedingungen politischen Engagements. Die Teilnehmenden des Workshops teilten die Einschätzung, dass der politische Auftrag der Sozialen Arbeit grundsätzlich anerkannt werde, dessen Umsetzung jedoch häufig von organisationalen Vorgaben und institutionellen Haltungen abhängig sei. Überdies wurde deutlich, dass politisches Engagement in einzelnen Institutionen nicht nur unzureichend unterstützt, sondern teilweise aktiv eingeschränkt werde. VW3 berichtete, dass Fachpersonen, die sich politisch engagieren, teilweise kritisch wahrgenommen würden. Begründet werde dies durch die Erwartung institutioneller Neutralität (VW3, Pos. 86-87). VW1 schilderte, dass vonseiten der Leitung argumentiert werde, soziale Institutionen müssten «neutral» bleiben, weshalb politisches Engagement nicht mit dem institutionellen Auftrag vereinbar sei (VW1, Pos. 93). Im Zusammenhang mit diesem Neutralitätsverständnis entstand im Workshop eine Diskussion darüber, inwiefern bereits die Entscheidung gegen politisches Engagement selbst als politische Haltung verstanden werden könne. So stellte VW3 die Frage, ob es ebenfalls als politisch betrachtet werden müsse, wenn sich eine Institution bewusst gegen politisches Engagement positioniere (VW3, Pos. 94). Ein weiterer Diskussionspunkt bezog sich auf das Verständnis des politischen Auftrags der Sozialen Arbeit. Die Aussagen der Fachpersonen deuteten darauf hin, dass politisches Handeln teilweise primär mit parteipolitischem Engagement oder formellen politischen Funktionen verbunden wurde. Kleinere strukturelle Einflussnahmen innerhalb der Institution oder des Berufsalltags wurden hingegen weniger als politisches Handeln wahrgenommen. VW2 beschrieb dies folgendermassen:

> Ich glaube, man erkennt schon, dass man politisch einen Auftrag hat, aber ich habe das Gefühl, manchmal hat man die spezifische Idee, dass es irgendwie einfach mit einer Partei zu tun hat oder mit einem Amt und gar nicht so die kleinen Schachen, die man auch innerhalb einer Institution schon machen könnte, dass es die Klientel besser gehen würde. (VW2, Pos. 48-52)

Die Aussagen im Validierungsworkshop deuteten darauf hin, dass institutionelle Rahmenbedingungen sowie unterschiedliche Verständnisse politischen Handelns die Umsetzung des politischen Auftrags beeinflussen. Die Anerkennung des politischen Auftrags allein führt

jedoch nicht zwangsläufig zu politischem Handeln. Für die praktische Umsetzung von Policy Practice scheinen vielmehr konkrete Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten von Bedeutung zu sein. Anhand der zweiten Hypothese wurde der Fokus im Validierungsworkshop auf die förderlichen Faktoren politischen Engagements und dessen Wirksamkeit geleitet:

> *Ein hohes Mass an interinstitutioneller Vernetzung und Kooperation erhöht die wahrgenommene Wirksamkeit von Policy Practice und wirkt zugleich motivationsfördernd für politisches Engagement von Sozialarbeitenden.*

Die Diskussion im Validierungsworkshop griff diese Annahme auf und vertiefte die Bedeutung kollektiver Handlungsfähigkeiten. Mehrere Fachpersonen beschrieben, dass Sozialarbeitende innerhalb von Gruppen und Netzwerken mehr Sichtbarkeit und Gehör erhalten würden als Einzelpersonen. VW2 äusserte ihr Empfinden folgendermassen: «Allein bist du wie ein Fisch im Wasser, du weisst gar nicht, wo anfangen» (VW2, Pos. 192-193). Ihre Aussage verdeutlicht das Gefühl begrenzter Handlungsmöglichkeiten bei fehlender Vernetzung und Zusammenarbeit. Gleichzeitig erachteten die Fachpersonen kollektive Strukturen als motivationsfördernd für politisches Engagement. So berichtete VW3, dass gegenseitige Unterstützung innerhalb von Gruppen dazu beitragen könne, auch nach politischen Rückschlägen erneut Vorstösse zu initiieren und länger an politischen Anliegen festzuhalten. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass im Berufsalltag häufig zeitliche und personelle Ressourcen fehlen würden, um solche Fachgruppen dauerhaft aufzubauen und zu pflegen (VW3, Pos. 169-173). Im Zusammenhang mit begrenzten Ressourcen wurde zudem die Mitgliedschaft im Berufsverband AvenirSocial als mögliche Form kollektiver Interessenvertretung thematisiert. VW3 nannte den Berufsverband dabei als Möglichkeit, politische Sichtbarkeit und Einflussnahme gemeinschaftlich zu stärken: «Je mehr Mitglieder dabei sind, desto mehr Gehör kann sich der Berufsverband verschaffen» (VW3, Pos. 177).

Ein weiterer Diskussionspunkt im Validierungsworkshop bezog sich auf die konkrete Ausgestaltung von Vernetzungsarbeit. Die Aussagen der Fachpersonen deuten darauf hin, dass Vernetzung nicht ausschliesslich über formale Kontakte oder Institutionsbesichtigungen hergestellt werden kann, sondern vor allem vom persönlichen Austausch und gegenseitigen Verständnis zwischen Fachpersonen lebt. VW2 betonte in diesem Zusammenhang, dass Vernetzungsarbeit vor allem dazu dienen sollte, unterschiedliche Arbeitsaufträge und Perspektiven kennenzulernen, um gegenseitiges Verständnis aufzubauen (VW2, Pos. 243).

Darüber hinaus wurde deutlich, dass Herausforderungen der Zusammenarbeit nicht nur zwischen Institutionen, sondern teilweise bereits innerhalb der eigenen Organisation bestehen. VW1 berichtete, dass sich Fachpersonen mit unterschiedlichen Arbeitsaufträgen oder aus verschiedenen Fachrichtungen in gewissen Institutionen auch institutionsintern stärker austauschen und vernetzen sollten (VW1, Pos. 271-272). Zugleich führte VW1 die Bedeutung von Regelmässigkeit für wirksame Vernetzungsarbeit an. Er berichtete diesbezüglich über persönliche Erfahrungen: «Wir haben eine Vernetzung, da treffen wir uns einmal im Jahr. Alle kennen die Problemlage, aber wir können im Moment nichts machen, weil halt irgendwelche Entscheidungen fehlen oder Gelder oder Leistungsvereinbarungen» (VW1, Pos. 220-223). Damit verdeutlicht er, dass, wenn strukturelle Ressourcen oder konkrete Handlungsmöglichkeiten fehlen, gemeinsame Problemwahrnehmungen allein nicht ausreichen. Gleichzeitig beschrieb dieselbe Fachperson eine weitere Fachgruppe, die sich zwei- bis viermal jährlich treffe. Durch die regelmässigen Kontakte werde es einfacher, konkrete Anliegen gemeinsam zu bearbeiten, da bereits persönliche Beziehungen sowie gegenseitiges Vertrauen zwischen den Fachpersonen bestehen (VW1, Pos. 227-229). So wird in der Diskussion des Validierungsworkshops ersichtlich, dass wirksame Vernetzung vornehmlich durch Austausch, gegenseitiges Verständnis sowie regelmässigen Kontakt gefördert wird. Gleichzeitig zeigt sich, dass fehlende Ressourcen und institutionelle Rahmenbedingungen die praktische Umsetzung gemeinsamer Handlungsmöglichkeiten begrenzen können. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen wurde anhand der dritten Hypothese im Validierungsworkshop diskutiert, inwiefern Sozialarbeitende aufgrund gesellschaftlicher, politischer und organisationaler Rahmenbedingungen an ihre Grenzen stossen.

> *Policy Practice kann sowohl individuelle als auch strukturelle Verbesserungen für die Klientel bewirken, stösst jedoch aufgrund gesellschaftlicher Widerstände, politischer Rahmenbedingungen und organisationaler Begrenzungen an ihre Grenzen.*

Die Diskussion im Validierungsworkshop griff vornehmlich die Bedeutung struktureller und politischer Rahmenbedingungen auf. VW2 war der Ansicht, dass fachlich als notwendig erachtete Veränderungen in der Praxis häufig von Personen entschieden würden, die nicht im Bereich der Sozialen Arbeit tätig seien und andere institutionelle oder fachliche Zielsetzungen verfolgen würden (VW2, Pos. 56-59). Die Aussagen der Fachperson deuten darauf hin, dass sozialarbeiterisches Fachwissen in solchen Situationen nur begrenzten Einfluss auf

Entscheidungsprozesse erhält. Zusätzlich beschrieb VW2, dass trotz seit Jahren bestehendem Bedarf im Bereich Wohnen für abhängigkeitserkrankte Personen ein neues Angebot entstanden sei, dieses den tatsächlichen Bedarf jedoch erneut nur begrenzt abdecke, da Abstinenz weiterhin Voraussetzung für die Nutzung des Angebots sei (VW2, Pos. 305-307). Diese Aussagen veranschaulichen, dass bestehende Unterstützungsangebote immer noch ausgrenzende Strukturen reproduzieren können. Gleichzeitig wurde im Validierungsworkshop thematisiert, dass Adressat:innen bei fehlenden Angeboten häufig ausserkantonal platziert würden. VW3 berichtet in diesem Kontext, dass diese ausserkantonalen Platzierungen bei politischen Bedarfserhebungen teilweise nicht berücksichtigt würden, wodurch innerhalb des Kantons der Eindruck entstehen könne, es bestehe kein entsprechender Bedarf (VW3, Pos. 324-329). So bleiben teilweise bestehende Versorgungslücken politisch unsichtbar. Zudem bestätigten VW1 und VW2 die bereits in den Interviews beschriebenen institutionellen Begrenzungen strukturellen Engagements. Sozialarbeiterische Empfehlungen würden zwar eingebracht, führten jedoch nicht zwangsläufig zu konkreten politischen oder institutionellen Veränderungen (VW1, Pos. 249; VW2, Pos. 346-347). Gleichzeitig werde die Umsetzung neuer Angebote teilweise an private Institutionen delegiert, die eigenständig Strukturen aufbauen und Finanzierungen sichern müssten, während politische Akteur:innen Projekte und Angebote lediglich punktuell unterstützen würden (VW3, Pos. 342). Als mögliche Erklärung für die unzureichende Wahrnehmung bestehender Bedarfe verwies VW2 auf gesellschaftliche Stigmatisierung und Schuldzuschreibungen gegenüber abhängigkeitserkrankten Personen, die teilweise auch innerhalb professioneller Kontexte bestehen bleiben würden (VW2, Pos. 302-303). Zusätzlich bestätigten alle drei Fachpersonen die bereits in den Interviews beschriebenen institutionellen Begrenzungen. Speziell wenn Leitungspersonen strukturelles Engagement nicht unterstützen oder entsprechende Ressourcen nicht zur Verfügung stellen, werden die Handlungsmöglichkeiten der Fachpersonen im Sinne der Policy Practice erheblich eingeschränkt.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass politische und strukturelle Veränderungsprozesse oftmals mit erheblichem Aufwand, Unsicherheiten und Widerständen verbunden sind. Daraus ergibt sich die Frage, inwiefern solche Erfahrungen dazu beitragen, dass politisches Engagement zugunsten von Stabilität und Konfliktvermeidung zurückgestellt wird. Aus diesen Überlegungen wurde für den Validierungsworkshop folgende Hypothese formuliert:

Policy Practice wird im Berufsalltag häufig zugunsten von Stabilität und Konfliktvermeidung zurückgestellt, da strukturelle Veränderungen mit Aufwand, Widerständen und Unsicherheiten verbunden sind.

Die Diskussion im Validierungsworkshop griff zunächst die konfliktbelasteten Rahmenbedingungen sozialarbeiterischer Praxis auf. Die Fachpersonen beschrieben den Berufsalltag der Sozialen Arbeit als von unterschiedlichen Spannungen und Konflikten geprägt. Diese würden sowohl innerhalb von Teams und interdisziplinären Zusammenarbeiten als auch im Kontakt mit Adressat:innen sowie auf struktureller und politischer Ebene auftreten. In Bezug dessen erklärte VW2, dass zusätzliche politische oder strukturelle Auseinandersetzungen teilweise bewusst vermieden würden, um im Berufsalltag zumindest ein gewisses Mass an Stabilität und Entlastung aufrechterhalten zu können (VW2, Pos. 465-468). So wurde im Validierungsworkshop deutlich, dass Strategien der Konfliktvermeidung teilweise als Bewältigung im Umgang mit bereits belastenden Arbeitsbedingungen verstanden werden können. Darüber hinaus wurde deutlich, dass grössere strukturelle Veränderungsprozesse auch innerhalb von Teams mit Konflikten, Unsicherheiten, Widerständen und Meinungsverschiedenheiten verbunden sein können. VW2 beschrieb in diesem Zusammenhang, dass bei einzelnen Mitarbeitenden, die sich wiederholt strukturell engagiert hätten, teilweise eine gewisse Resignation wahrnehmbar sei: «Es ist nicht, dass sie kein Interesse haben, es ist einfach, dass sie müde sind, weil es nie funktioniert hat» (VW2, Pos. 441). Die Aussagen der Fachpersonen verdeutlichen, dass ausbleibende Veränderungen und wiederholte Widerstände langfristig zu Erschöpfung und Demotivation führen können. Gleichzeitig wird betont, dass diese Formen von Resignation nicht mit dem Alter oder der Dauer des Arbeitsverhältnisses zusammenhängen, sondern unabhängig von Generation oder Berufserfahrung auftreten können.

Die im Rahmen der Interviews und des Validierungsworkshops gewonnenen Ergebnisse bilden die Grundlage für die Beantwortung der Forschungsfrage. Im nächsten Schritt werden die zentralen Erkenntnisse aufgegriffen, mit den theoretischen Grundlagen in Beziehung gesetzt und diskutiert.

7 Diskussion der Forschungsergebnisse

Zur Einordnung der Befunde werden die Ergebnisse nachfolgend im Lichte der theoretischen Grundlage und des bestehenden Forschungsstandes diskutiert. Die Diskussion orientiert sich

an den zentralen Aspekten des politischen Auftrags der Sozialen Arbeit, der Umsetzung von Policy Practice, der wahrgenommenen Wirksamkeit sowie der förderlichen und hemmenden Einflussfaktoren. Die Erkenntnisse werden theoretisch verortet und Zusammenhänge werden herausgearbeitet, um einen Beitrag zur Beantwortung der übergeordneten Forschungsfrage zu leisten.

7.1 Politischer Auftrag und Verständnis von Policy Practice

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass die befragten Fachpersonen den politischen Auftrag der Sozialen Arbeit anerkennen und als integralen Bestandteil professionellen Handelns sowie als Teil ihrer beruflichen Tätigkeit verstehen. Diese Erkenntnis steht im Einklang mit dem Berufskodex von AvenirSocial (2026, S. 9–11), der die Förderung sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Veränderungen als zentrale Aufgabe der Profession definiert. Wie auch der Berufskodex festhält, zeigen die Ergebnisse der vorliegenden Studie, dass die Fachpersonen ihren sozialpolitischen Auftrag nicht ausschliesslich auf den Einzelfall beziehen, sondern diesen ebenfalls auf struktureller und gesellschaftlicher Ebene wahrnehmen. Obwohl das Bewusstsein für den politischen Auftrag vorhanden ist, bleibt das tatsächliche politische Engagement tendenziell zurückhaltend. So hat sich gezeigt, dass sich die befragten Sozialarbeitenden selbst nur in geringem Ausmass als politisch aktiv wahrnehmen. Diese Erkenntnis deckt sich mit den Ergebnissen der Studie von Burzlaff et al. (2025), die sich mit dem Engagement von Sozialarbeitenden in der Policy Practice in Deutschland und der Schweiz auseinandersetzt. Auch in dieser Studie betrachtet die Mehrheit der Befragten politisches Engagement als Teil des professionellen Auftrags der Sozialen Arbeit. Gleichzeitig zeigt die Untersuchung, dass das Engagement von Sozialarbeitenden im Bereich der Policy Practice sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz insgesamt eher schwach ausgeprägt ist (Burzlaff et al., 2025, S. 1900).

Eine mögliche Erklärung für diese Ergebnisse kann im individuellen Verständnis politischer Aktivität liegen. Obwohl sich Sozialarbeitende teilweise selbst nicht als politisch wahrnehmen, wird auf Nachfrage deutlich, dass sie sich auf struktureller Ebene in unterschiedlicher Weise engagieren. Politisches Handeln wird teilweise im Verständnis Sozialarbeitender eng gefasst und primär mit formalen politischen Prozessen assoziiert (VW2, Pos. 48-52). Demgegenüber werden alltägliche Einflussnahmen im Berufsalltag oftmals nicht als politisches Handeln erkannt oder benannt. Diese Erkenntnis deutet auf eine gewisse «Unsichtbarkeit» von Policy

Practice hin. Politisches Handeln findet statt, wird jedoch nicht ausdrücklich als solches reflektiert. Dieser Befund ist theoretisch bedeutsam, da er eine mögliche Erklärung dafür liefert, weshalb politisches Engagement trotz vorhandener Handlungsmöglichkeiten als gering wahrgenommen wird. Gleichzeitig verweist er auf eine professionsinterne Herausforderung, nämlich auf die Notwendigkeit, ein erweitertes Politikverständnis zu entwickeln, das auch informelle und alltägliche Praktiken einschliesst. Eine Möglichkeit, mit dieser Unsicherheit im Verständnis des politischen Auftrags umzugehen, sieht Kindler in der Ausarbeitung ergänzender Kommentare zum Berufskodex (Kindler, Pos. 609-610). Die allgemeine Definition der Sozialen Arbeit ist sehr allgemein formuliert. Gesellschaftliche Veränderungen und Entwicklungen zu fördern sowie sich dabei an Prinzipien wie sozialer Gerechtigkeit zu orientieren, gibt Sozialarbeitenden nur begrenzt konkrete Vorgaben dafür, wie politisches Handeln in der Praxis ausgestaltet und umgesetzt werden kann (AvenirSocial, 2026, S. 8). Der politische Auftrag der Sozialen Arbeit muss daher präziser formuliert und klarer benannt werden, damit dessen konkrete und praxisnahe Umsetzung bereits in der Ausbildung vermittelt werden kann (Kindler, Pos. 600-604).

Eine weitere Komplexität des politischen Auftrags der Sozialen Arbeit ergibt sich aus der Vielschichtigkeit ihrer Auftraggebenden. Sozialarbeiterische Aufträge werden überwiegend durch gesellschaftliche und staatliche Akteur:innen erteilt, wodurch die Tätigkeit bereits eine sozialpolitische Dimension erhält. Gleichzeitig handeln Sozialarbeitende im Sinne sozialer Gerechtigkeit für das Wohl ihrer Adressat:innen sowie auf Grundlage ihres professionellen Wissens, wie es das Konzept des dreifachen Mandats beschreibt (AvenirSocial, 2010, S. 7). Diese Vielschichtigkeit des politischen Auftrags setzt eine intensive Auseinandersetzung mit der eigenen professionellen Rolle und Identität voraus (AvenirSocial, 2010, S. 13). Vor diesem Hintergrund spielen die staatliche und institutionelle Haltung eine zentrale Rolle für das individuelle Verständnis des politischen Auftrags von Fachpersonen der Sozialen Arbeit. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass Institutionen einen massgeblichen Einfluss auf das politische Engagement von Sozialarbeitenden ausüben. Fördern Institutionen und Leitungspersonen das politische Engagement ihrer Mitarbeitenden aktiv, zeigt sich auch das Verantwortungsgefühl von Sozialarbeitenden auf struktureller Ebene ausgeprägter. Wird politisches Engagement hingegen durch institutionelle Haltungen oder durch Leitungspersonen gehemmt, sehen sich die Sozialarbeitenden vergleichsweise weniger im Auftrag politischen Engagements. Basierend auf ihren Untersuchungen weisen Burzlaff et al. (2025) darauf hin,

dass politisches Engagement an vielen Arbeitsstellen kaum aktiv gefördert wird. Darin sieht sie eine mögliche Erklärung für das insgesamt geringe politische Engagement von Sozialarbeitenden (Burzlaff et al., 2025, S. 1900). Obwohl Sozialarbeitende häufig politisch handeln möchten, können oder dürfen sie dies oftmals nur eingeschränkt. Eine mögliche Erklärung für diese Zurückhaltung auf institutioneller Ebene lässt sich aus den Ergebnissen der vorliegenden Studie ableiten. Demnach führen institutionelle Vorgaben sowie Neutralitätsansprüche dazu, dass Sozialarbeitende politisch vorsichtig agieren oder bewusst auf weitergehendes Engagement verzichten. Wie die Ergebnisse zeigen, weisen gewisse Institutionen eine politische Neutralität auf. Dies impliziert, dass sowohl die Institution selbst als auch die angestellten Fachpersonen im beruflichen Kontext keine politische Haltung einnehmen oder keine politischen Meinungen äussern sollen. Diese institutionellen Vorgaben lassen sich unter anderem auf das Bestreben zurückführen, eine politische Instrumentalisierung oder Bevormundung von Adressat:innen zu vermeiden (Borstel & Fischer, 2018, S. 21). Ebenso dürften mögliche politische Meinungsverschiedenheiten mit Entscheidungsträger:innen eine Rolle spielen, speziell im Zusammenhang mit Finanzierungsfragen und institutionellen Abhängigkeiten. Gleichzeitig zeigt sich jedoch, dass gerade dieser Anspruch auf Neutralität dazu führen kann, dass der politische Auftrag von Sozialarbeitenden eingeschränkt oder unterdrückt wird. Dadurch besteht die Gefahr, dass Sozialarbeitende in der Umsetzung ihres berufsethischen Auftrags gemäss Berufskodex behindert werden (AvenirSocial, 2026, S. 8). Darüber hinaus stellt sich kritisch die Frage, ob eine vermeintlich neutrale Haltung von Institutionen tatsächlich auf politischer Neutralität beruht oder ob durch die Einschränkung von Meinungsäusserungen vielmehr bestehende gesellschaftliche und politische Machtverhältnisse reproduziert werden.

7.2 Strategien und Handlungsmöglichkeiten

Als zentraler Bestandteil der Forschungsfrage und der daraus gewonnenen Erkenntnisse gilt die Auseinandersetzung mit den Strategien und Methoden, die im Rahmen der Policy Practice angewendet werden. Die Ergebnisse lassen sich dabei weitgehend mit der theoretischen Verortung der Strategien nach Gal und Weiss-Gal verknüpfen (2014, S. 193–199). Besonders bedeutsam erscheint die Strategie der Vernetzung über Verbände und Netzwerke. Dabei handelt es sich um eine Form politischer Einflussnahme, bei der Sozialarbeitende sich selbst aktiv innerhalb von Organisationen und Netzwerken politisch beteiligen (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 196–197). Besonders interdisziplinäre und organisationsübergreifende Fachgespräche

werden von den Befragten als unterstützend und wirksam wahrgenommen (IP1, Pos. 36-38; IP4, Pos. 79-81; IP5, Pos. 179-180; IP6, 117-118). Diese kollektive Form politischen Handelns ermöglicht es, durch Kooperationen und Zusammenschlüsse Informationen auszutauschen, Ressourcen zu bündeln, gemeinsame Positionen zu entwickeln und die eigene Durchsetzungskraft durch koordinierte Zusammenarbeit zu stärken. Auch Burzlaff (2025b) kommt in ihren Untersuchungen zu ähnlichen Ergebnissen. Demnach werden Vernetzungen mit Organisationen sowie mit Adressat:innen im Rahmen politischen Engagements besonders häufig genutzt (Burzlaff, 2025b, S. 30). Auch die aktive Beteiligung in Berufsverbänden kann als Teil dieser Strategie verstanden werden. In der Praxis setzt die Teilnahme an Veranstaltungen von Berufsverbänden jedoch häufig zusätzliches Engagement in der Freizeit voraus. Dies hängt damit zusammen, dass im Berufsalltag oftmals weder ausreichende zeitliche Ressourcen vorhanden sind, noch institutionelle Rahmenbedingungen bestehen, die es erlauben würden, sich im Rahmen der bezahlten Arbeitszeit in Berufsverbänden politisch zu engagieren. Angesichts dieser begrenzten Ressourcen beschreiben Gal und Weiss-Gal (2014) die Möglichkeit, über Mitgliedschaften im Sinne der Strategie «Policy Practice über Gesellschaften» eine indirekte Form politischer Teilhabe zu ermöglichen und politische Aktivitäten teilweise an Dritte auszulagern (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 195–196). Diese Strategie eröffnet jedoch Raum für eine kritische Betrachtung. Es stellt sich die Frage, ob die finanzielle Beteiligung an der Mitgliedschaft bereits als politisches Engagement im Sinne der Policy Practice verstanden werden darf. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass solche Mitgliedschaften in der Regel durch Sozialarbeitende privat finanziert werden und nicht, wie Gal und Weiss-Gal definieren, als Teil der bezahlten Arbeit geschieht (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 32). Die Ergebnisse der vorliegenden Studie lassen hierzu jedoch kaum eindeutige Rückschlüsse zu. Während der Datenerhebung wurde diese Form indirekten politischen Engagements weder bewusst als politische Aktivität wahrgenommen noch explizit diskutiert. Die Strategie der Policy Practice über die Zivilgesellschaft zeigt sich hingegen in den Ergebnissen der vorliegenden Studie. Gal und Weiss-Gal (2014) beschreiben diese Strategie als Form politischer Einflussnahme unter Einbezug zivilgesellschaftlicher Strukturen (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 198). Zwar wurde im Rahmen der Erhebung keine direkte Beteiligung an Protestbewegungen erwähnt, jedoch verweisen die Befragten auf gesellschaftlichen Aktivismus in Form medialer Öffentlichkeitsarbeit. Diese Form politischer Aktivität wird genutzt, um Informationen zu verbreiten, gesellschaftliche Aufmerksamkeit zu erzeugen, Sichtbarkeit herzustellen oder durch das Offenlegen von Missständen politischen

Druck aufzubauen. Öffentlichkeitsarbeit kann somit als Instrument verstanden werden, um soziale Problemlagen sichtbar zu machen und gesellschaftliche sowie politische Diskurse zu beeinflussen. Gleichzeitig zeigt sich, dass mit dieser Strategie der Policy Practice sensibel umgegangen werden muss. Öffentlichkeitsarbeit kann nicht nur positive Auswirkungen für Adressat:innen haben, sondern unter Umständen Unruhe, Irritationen oder zusätzliche Benachteiligungen auslösen. Des Weiteren ist die Nutzung öffentlicher Reichweite häufig an instrumentelle Rahmenbedingungen gebunden. Entscheiden sich Arbeitgebende gegen öffentliche Stellungnahmen oder mediale Präsenz, sind die Handlungsmöglichkeiten von Sozialarbeitenden im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit entsprechend eingeschränkt. Als weitere Strategie der Policy Practice beschreiben Gal und Weiss-Gal (2014) die Rolle als «Insider». Diese Form politischer Einflussnahme bezeichnet die Mitgestaltung politischer Prozesse innerhalb institutioneller Strukturen aus einer Innenperspektive (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 198–199) heraus. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie lassen darauf schliessen, dass Sozialarbeitende ihre Praxis detailliert dokumentieren, um für spätere Argumentationen belastbare Fakten, Berichte und Erfahrungswerte bereitstellen zu können. Die erfassten Informationen können zu einem geeigneten Zeitpunkt für die Ausarbeitung von Berichten, Stellungnahmen oder Positionspapieren genutzt werden. Gemäss den Ergebnissen der vorliegenden Studie wird die Nutzung von Dokumentationen und Berichten im politischen Sinn jedoch eher von Leitungspersonen erwartet. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass gewisse dokumentarische und konzeptionelle Tätigkeiten nicht zum unmittelbaren Aufgabenbereich vieler Fachpersonen gezählt werden und oftmals keine ausreichenden zeitlichen Ressourcen zur Verfügung stehen. Als letzte Strategie nach Gal und Weiss-Gal (2014) gilt die Policy Practice über den akademischen Weg (S. 197–198). Auch diese Strategie wurde im Rahmen der Erhebung kaum thematisiert. Die Möglichkeit politischer Einflussnahme über die Wissenschaft und Lehre wird von den Befragten nur selten als Bestandteil der beruflichen Praxis wahrgenommen und, wenn überhaupt, eher der Leitungsebene zugeschrieben. Neben fehlenden zeitlichen Ressourcen spielen dabei mangelnde wissenschaftliche Kompetenzen sowie fehlende institutionelle Anreize eine Rolle. Gleichzeitig verweist dieser Befund auf ein bislang wenig genutztes Potenzial, sozialarbeiterische Perspektiven evidenzbasiert in politische Diskurse einzubringen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass nicht alle fünf Strategien der Policy Practice nach Gal und Weiss-Gal (2014, S. 193–199) in der alltäglichen Praxis von Sozialarbeitenden im

Handlungsfeld der offenen Drogenszene wahrgenommen oder genutzt werden. Dennoch zeigen die Ergebnisse der vorliegenden Studie eine deutliche Übereinstimmung mit den theoretischen Grundlagen.

Eine zusätzliche Form politischen Engagements im Sinne der Policy Practice lässt sich in der Nutzung von Ermessensspielräumen erkennen. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, wie Sozialarbeitende im Rahmen bestehender Möglichkeiten organisationsinterne Flexibilität oder institutionenübergreifende Vereinbarungen nutzen, um strukturelle Veränderungen zum Wohl ihrer Adressat:innen zu bewirken. Dieses wahrgenommene Engagement lässt sich nicht unmittelbar einer der Strategien nach Gal und Weiss-Gal zuordnen. Vielmehr kann es mit dem theoretischen Ansatz der «Street-Level-Bureaucracy» nach Michael Lipsky (2010) beschrieben werden. Lipsky argumentiert, dass Politik nicht ausschliesslich durch Regierungen gestaltet wird, sondern vor allem durch sogenannte «Street-Level-Bureaucrats». Darunter versteht er Fachkräfte mit Entscheidungsspielräumen, die in direktem Kontakt mit Bürger:innen stehen. Dazu zählen Sozialarbeitende, Lehrpersonen, Polizist:innen oder Fachpersonen sozialer Dienste (Lipsky, 2010, S. 4, S. 18). Gemäss Lipsky (2010) setzen diese Fachpersonen Gesetze und politische Vorgaben nicht lediglich um, sondern interpretieren und gestalten diese im beruflichen Alltag aktiv mit. Dadurch beeinflussen sie unmittelbar die Lebensbedingungen ihrer Adressat:innen. Die eigentliche Entstehung von Politik ist Lipsky folgend daher als Prozess zu verstehen, der im direkten Kontakt zwischen Verwaltung und Adressat:innen stattfindet. In diesem Sinne verfügen Sozialarbeitende über Ermessensspielräume, praktische Entscheidungsmacht und alltägliche Routinen, durch die sie Politik in der Praxis mitgestalten. Im Zusammenhang mit den Erkenntnissen der vorliegenden Studie verdeutlicht der Ansatz von Lipsky (2010), dass nicht ausschliesslich politische Entscheidungsträger:innen, sondern gleichfalls Fachpersonen der Sozialen Arbeit durch die Nutzung von Entscheidungsspielräumen Einfluss auf politische Prozesse haben (Lipsky, 2010, S. 18–19). Gleichzeitig macht diese Perspektive deutlich, dass die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben niemals vollständig neutral erfolgt und politische Regelungen in der Praxis bis zu einem gewissen Grad flexibel interpretiert und angepasst werden können.

Ob eine Methode oder Strategie der Policy Practice in ihrer Umsetzung förderlich oder wirkungslos ist, hängt allerdings nicht allein von der jeweiligen Methode oder Strategie ab, sondern wesentlich davon, wie sie ausgeübt wird. Eine zentrale Erkenntnis der vorliegenden

Studie besteht darin, dass sich die konkrete Form der Umsetzung häufig auf klassische Werte und Prinzipien der Sozialen Arbeit zurückführen lässt (AvenirSocial, 2026, S. 12–17). So sind gerade Werte wie Partizipation von Adressat:innen, Transparenz, Niederschwelligkeit, Interdisziplinarität, Verlässlichkeit sowie der Aufbau von Vertrauensverhältnissen zu Adressat:innen oder anderen Institutionen entscheidende Faktoren. Darüber hinaus spielen Ausdauer und das Durchhaltevermögen von Sozialarbeitenden eine zentrale Rolle bei der Ausübung von Policy Practice. Denn Veränderungsprozesse gestalten sich teilweise langwierig und komplex. Dies ist nicht zuletzt auf das vielschichtige politische System der Schweiz sowie auf den Einbezug zahlreicher Akteur:innen in strukturelle Veränderungsprozesse zurückzuführen (Kindler, 2024, S. 447–448).

Die diskutierten Strategien und Methoden zeigen auf, wie Fachpersonen politische und strukturelle Einflussnahme in ihrem Berufsalltag gestalten. Für eine umfassende Einordnung von Policy Practice ist zudem die Betrachtung der Einflussfaktoren von Bedeutung.

7.3 Einflussfaktoren auf Engagement in Policy Practice

Auch Gal und Weiss-Gal (2023) beschreiben Einflussfaktoren, die die Ausübung und Umsetzung von Policy Practice wesentlich prägen. Gemäss dem «Policy Engagement Conceptual Framework» unterscheiden sie die vier Einflussfaktoren Environments, Opportunity, Facilitation und Motivation (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 11). Die Ergebnisse der vorliegenden Studie lassen sich differenziert entlang dieser Einflussfaktoren einordnen und verdeutlichen das Zusammenspiel struktureller, organisationaler und individueller Bedingungen. Auf der Ebene des Umfelds (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 41) zeigt sich, dass das politische System der Schweiz mit seinem Föderalismus, dem Subsidiaritätsprinzip und der Konsensorientierung sowohl Chancen zur politischen Teilnahme und Mitsprache für Sozialarbeitende bietet als auch Herausforderungen mit sich bringt, beispielsweise durch erhöhten Aufwand und komplexe politische Prozesse (Kindler, 2024, S. 447–448) oder unklare Zuständigkeiten (vgl. Kapitel 2.4). Wie durch Waal et al. (2014) hervorgehoben wurde, hat zudem die parteipolitische Zusammensetzung politischer Entscheidungsgremien einen wesentlichen Einfluss auf die Handlungsspielräume der Sozialen Arbeit, besonders im Bereich der Drogenpolitik. Je nach politischer Konstellation kann es zu widersprüchlichen politischen Vorhaben kommen, was, wie in der Stadt Chur wahrnehmbar ist, Versorgungslücken begünstigen kann (Kanton Graubünden, 2023, S. 39–41). Spezifisch in Bezug auf das schweizerische Politiksystem beschreibt

Kindler (2024), wie Sozialarbeitende politische Prozesse aktiv durch Policy Practice beeinflussen können. Gemäss seinen Untersuchungen bieten die direkte Demokratie, der Föderalismus und das Konsenssystem der Schweiz wichtige Voraussetzungen und Handlungsmöglichkeiten für die Policy Practice (Kindler, 2024, S. 447). Durch direktdemokratische Instrumente wie Volksinitiativen und Referenden erhalten Sozialarbeitende die Möglichkeit, sozialpolitische Anliegen aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzubringen und politische Veränderungen mitzugestalten. Der föderalistische Aufbau der Schweiz eröffnet zusätzlich Handlungsspielräume auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene, wodurch Sozialarbeitende sowohl innerhalb staatlicher Institutionen als auch über fachliche Netzwerke und Organisationen Einfluss auf sozialpolitische Entwicklungen nehmen können. Ergänzend dazu fördert das schweizerische Konsenssystem die Beteiligung von Fachverbänden, Interessengruppen und NGO's an politischen Aushandlungsprozessen. Dadurch entstehen formelle und informelle Zugänge, über die Sozialarbeitende ihr Fachwissen in politische Entscheidungsprozesse einbringen, und sozialpolitische Entwicklungen mitgestalten können (Kindler, 2024, S. 447–448). Vor diesem Hintergrund sollen Sozialarbeitende in der Schweiz verstärkt die Rolle politischer Mitgestalter:innen einnehmen, indem sie beispielsweise Stellungnahmen verfassen, politische Forderungen formulieren oder sich an Vernehmlassungsverfahren beteiligen (Kindler, 2025, S. 5). Zusätzlich betont Kindler (2025), dass Sozialarbeitende direktdemokratische Instrumente nutzen sollen, indem sie Referenden unterstützen, Initiativen mittragen, Abstimmungskampagnen begleiten oder die politische Mobilisierung fördern. Dabei sollen hauptsächlich fachliches Wissen sowie praxisnahe Erfahrungen mit sozialen Problemlagen aktiv in politische Prozesse eingebracht werden (Kindler, 2025, S. 6–10).

Wie Gal und Weiss-Gal (2023) im Zusammenhang mit dem Einflussfaktor Umwelt festhalten, beeinflusst auch die gesellschaftliche und institutionelle Anerkennung der Profession Sozialer Arbeit die Durchsetzung sozialarbeiterischer Perspektiven (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 41). Dabei verdichtet sich die Erkenntnis der vorliegenden Studie, dass besonders die Haltung von Leitungspersonen sowie die institutionelle Kultur massgeblich darüber entscheiden, ob politisches Engagement von Sozialarbeitenden anerkannt, gefördert oder eingeschränkt wird. Institutionelle Rahmenbedingungen beeinflussen somit nicht nur die Wirksamkeit politischen Engagements, sondern bereits die Frage, ob Sozialarbeitende politisches Engagement überhaupt aufnehmen können oder nicht. Dabei werden die politischen Dimensionen «Interessensvertretung» und «Politische Bildung» durch organisationale Strukturen teilweise

erheblich eingeschränkt (Benz & Rieger, 2015, S. 46). Obwohl beispielsweise politische Bildung als Teil des professionellen Auftrags verstanden wird (Benz & Rieger, 2015, S. 47–48), hier vor allem im Sinne der Befähigung von Adressat:innen zur gesellschaftlichen Teilhabe, verzichten gewisse Institutionen aufgrund von Unsicherheiten und eines ausgeprägten Neutralitätsanspruchs auf entsprechende politische Bildungsarbeit mit Adressat:innen. Auch die Interessenvertretung (Benz & Rieger, 2015, S. 47) wird durch organisationale Strukturen begrenzt, indem die Teilnahme an politischen Prozessen oder Lobbying als Bestandteil des bezahlten beruflichen Auftrags kaum anerkannt wird oder lediglich auf der Leitungsebene erwünscht ist. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass politisches Engagement auf der Ebene der Zugangsmöglichkeiten stark von institutionellen Rahmenbedingungen abhängig ist (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 61–62). Ist Policy Practice im Arbeitsauftrag verankert und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet, steigt die Wahrscheinlichkeit aktiver politischer Beteiligung. Fehlen diese Voraussetzungen, verlagert sich politisches Handeln in informelle Bereiche.

Als letzten Einflussfaktor beschreiben Gal und Weiss-Gal (2023) die individuelle Ebene. Auch diese Ebene spiegelt sich deutlich in den Ergebnissen der vorliegenden Studie wider (Gal & Weiss-Gal, 2023, S. 102–103). Es zeigt sich, dass die Motivation für politisches Engagement stark von persönlichen Faktoren abhängt. Als zentral werden der intrinsische Wunsch nach Veränderung und Verbesserung der Lebenssituationen von Adressat:innen, die Entstigmatisierung sowie die Reintegration von Adressat:innen in die Gesellschaft genannt. Gleichzeitig zeigt sich jedoch, dass nicht jede sozialarbeiterische Fachperson persönlich dazu bereit ist, sich politisch zu engagieren. In Anlehnung an wissenschaftliche Forschungen zu Policy Practice untersuchte Schwartz-Tayri (2021) Faktoren, die die Bereitschaft von Studierenden der Sozialen Arbeit beeinflussen, sich sozialpolitisch zu engagieren. Dabei werden politische Fähigkeiten, politisches Wissen und politisches Interesse als stark mit der Bereitschaft zu politischem Engagement verbunden beschrieben. Auch Persönlichkeitsmerkmale spielen eine bedeutende Rolle. Dabei wirken sich Extraversion, Offenheit für Erfahrungen und Gewissenhaftigkeit positiv auf politisches Engagement aus (Schwartz-Tayri, 2021, S. 2390). Als wichtigster Indikator wird das subjektive Gefühl beschrieben, über politische Kompetenzen zu verfügen. Studierende, die sich politisch kompetent fühlen, zeigen eine deutlich höhere Bereitschaft, sich sozialpolitisch zu engagieren (Schwartz-Tayri, 2021, S. 2390). Daraus lässt sich ableiten, dass politische Handlungskompetenzen gezielt durch Ausbildung gefördert werden können. Diese

politischen Handlungskompetenzen werden als entscheidend dafür angesehen, ob Sozialarbeitende im Berufsalltag tatsächlich sozialpolitisch aktiv werden. Die Untersuchung von Schwartz-Tayri (2021) verdeutlicht somit, dass politisches Engagement nicht ausschliesslich von Idealen oder Werten abhängt, sondern wesentlich davon beeinflusst wird, ob Personen überzeugt sind, politisch wirksam handeln zu können (Schwartz-Tayri, 2021, S. 2390). Daher fordert Schwartz-Tayri eine stärkere politische Bildung in der Ausbildung von Sozialarbeitenden, eine intensivere Förderung praktischer politischer Kompetenzen sowie mehr Möglichkeiten für Studierende, politische Einflussnahme konkret einzuüben (Schwartz-Tayri, 2021, S. 2393–2394).

In diesem Zusammenhang untersuchte die vorliegende Studie auch, welche Faktoren im Kontext der Policy Practice als demotivierend wahrgenommen werden. Genannt werden hauptsächlich fehlende zeitliche und personelle Ressourcen sowie mangelnde institutionelle Angebote, die das politische Handeln von Sozialarbeitenden im Berufsalltag einschränken. Darüber hinaus werden langwierige politisch Entscheidungsprozesse als belastend und teilweise abschreckend erlebt. Für ein umfassendes Verständnis der Erfahrungen von Sozialarbeitenden in der Umsetzung von Policy Practice ist zudem die Betrachtung der wahrgenommenen Wirksamkeit sowie der Grenzen politischen Handelns von Bedeutung.

7.4 Wirksamkeit und Förderung der Policy Practice

In Bezug auf die Wirksamkeit lassen sich bislang nur wenige theoretische Bezüge herstellen, da bisher keine umfassenden Studien vorliegen, die sich vertieft mit der Effektivität von Policy Practice auseinandersetzen. Dennoch lassen sich die Ergebnisse der vorliegenden Studie differenziert zusammenfassen. Die befragten Sozialarbeitenden nehmen politische Wirksamkeit im Berufsalltag nur selten in grösserem Ausmass wahr. Dies kann unter anderem auf die zu Beginn des Kapitels beschriebene «Unsichtbarkeit» der Policy Practice sowie auf ein teilweise unklar ausgeprägtes Verständnis davon zurückgeführt werden, was politisches Handeln im Berufsalltag konkret bedeutet und umfasst. Die Wirksamkeit von Policy Practice lässt sich am ehesten anhand von Indikatoren beschreiben, die auf eine Verbesserung sozialer Problemlagen hinweisen. Solche Verbesserungen können sowohl materieller als auch struktureller Natur sein, beispielsweise durch die Bereitstellung von Wohnraum, finanzielle Absicherung, die Stabilisierung von Lebensumständen oder die Entwicklung neuer institutioneller Angebote zur Schliessung bestehender Versorgungslücken. Gemäss den subjektiven Einschätzungen der

Befragten werden hauptsächlich Fachverbände, Netzwerke sowie institutionenübergreifende Kooperationen und Vereinbarungen als wirksam wahrgenommen. Dabei scheint das Gemeinschaftsgefühl unter Fachpersonen einen wichtigen Einfluss auf das subjektive Wirksamkeitsempfinden auszuüben. Zusätzlich spielt der Aufbau von Vertrauen und tragfähigen Beziehungen zu Adressat:innen, anderen Institutionen sowie gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsträger:innen eine zentrale Rolle. Der Beziehungsaufbau selbst wird von den Sozialarbeitenden teilweise bereits als Form politischer Wirksamkeit verstanden. Ähnlich wie bei den beschriebenen hemmenden Faktoren stossen Sozialarbeitende auch hinsichtlich ihres Wirksamkeitsempfindens aufgrund begrenzter Ressourcen an Grenzen. Fehlende finanzielle, personelle, zeitliche oder institutionelle Ressourcen erschweren die Umsetzung politischer Aktivitäten erheblich und wirken sich negativ auf die wahrgenommene Wirksamkeit aus. Die eingeschränkte Wirksamkeit politischer Einflussnahme lässt sich daher oftmals weniger auf individuelles Versagen zurückführen als vielmehr auf strukturelle und gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Als letzte Teilfragestellung befasste sich die vorliegende Studie mit der Frage, was Sozialarbeitende motiviert und wie sie in ihrem politischen Engagement im Sinne der Policy Practice gefördert werden können. Dabei zeigt sich, dass ein zentraler Ansatzpunkt in der Entwicklung entsprechender Kompetenzen der Fachpersonen liegt. Sozialarbeitende sollen lernen und Sicherheit darin gewinnen, sich in politischen Diskussionen zu positionieren sowie mit unterschiedlichen Meinungen und Konflikten professionell umzugehen. Wie Kindler ausführt, erfordert politisches Engagement spezifische Kompetenzen. Sozialarbeitende müssen «Hands-on» lernen, wie beispielsweise einen Lesebrief geschrieben wird, damit sie das Gefühl bekommen, in der Praxis wirklich etwas bewirken zu können (Kindler, Pos. 271, Pos. 288). Gemäss den Erkenntnissen der vorliegenden Studie können solche Fähigkeiten beispielsweise Argumentationsfähigkeit, strategisches Denken und Konfliktfähigkeit sein. Das Studium beeinflusst die Entwicklung entsprechender Kompetenzen, die einen wesentlichen Einfluss darauf haben, ob sich Sozialarbeitende in ihrem politischen Handeln als wirksam erleben (Kindler, Pos. 270-272). Wie Kindler weiter ausführt, können solche Fähigkeiten sowohl im Studium als auch über spezifische Bildungsangebote und Weiterbildungsmodule von Berufsverbänden gefördert werden (Kindler, Pos. 276-277). Auch Schwartz-Tayri (2021) fordert in diesem Bezug eine stärkere politische Bildung im Rahmen der Ausbildung von Sozialarbeitenden sowie eine intensive Förderung praktischer politischer Kompetenzen und konkrete Möglichkeiten für

Studierende, politisch Einfluss zu nehmen (Schwartz-Tayri, 2021, S. 2394). Ebenso betonen Burzlaff et al. die Notwendigkeit, politische Bildung, organisationale Unterstützung sowie ein professionspolitisch reflektiertes Selbstverständnis innerhalb der Sozialen Arbeit zu stärken (Burzlaff et al., 2025, S. 1901).

Ein weiterer zentraler Ansatz zur Förderung von Policy Practice liegt in der stärkeren Verankerung politischen Engagements im Berufsalltag der Sozialen Arbeit. Der professionsethische politische Auftrag sollte deutlicher und konkreter in die alltägliche Praxis Sozialer Arbeit integriert werden. Soziale Problemlagen entstehen häufig im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und politischen Entscheidungen. Deshalb reicht eine ausschliessliche Fokussierung auf Einzelfallhilfe oftmals nicht aus (Burzlaff, 2022, S. 231). Eine stärkere Verankerung politischer Handlungsmöglichkeiten im Berufsalltag von Sozialarbeitenden könnte dazu beitragen, zusätzliche Ressourcen bereitzustellen, wissenschaftliche Perspektiven stärker einzubeziehen, strukturelle Missstände sichtbarer zu machen, die Interessen betroffener Personen nach aussen zu vertreten sowie professionelle Handlungsspielräume zu erweitern. Zusätzlich würde eine stärkere professionelle Verankerung politischen Engagements im praxisnahen und beruflichen Kontext Organisationen dazu verpflichten, sich bewusster politisch zu positionieren, anstatt sich hinter einer vermeintlichen Neutralität zu verbergen. Institutionen und Organisationen müssten dadurch zu gesellschaftlichen und sozialpolitischen Fragestellungen aktiver Stellung beziehen, anstatt durch passive Haltungen bestehende restriktive oder repressive Strukturen indirekt zu reproduzieren.

Die diskutierten Ergebnisse liefern wichtige Erkenntnisse zu den Erfahrungen von Sozialarbeitenden mit Policy Practice. Ihre Interpretation und Übertragbarkeit sind jedoch an die methodischen Voraussetzungen der Untersuchung gebunden. Daher werden im folgenden Kapitel die zentralen Limitationen der vorliegenden Studie erläutert.

7.5 Limitationen der vorliegenden Studie

Neben den methodischen Überlegungen sind für die Einordnung der Ergebnisse übergeordnete Limitationen der Studie zu berücksichtigen, die die Aussagekraft, Übertragbarkeit und Interpretation der Befunde beeinflussen.

Eine zentrale Einschränkung betrifft die begrenzte Generalisierbarkeit der Ergebnisse (Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2014, S. 32). Die Untersuchung ist bewusst auf ein spezifisches

lokales Setting, die Stadt Chur, ausgerichtet und bildet damit einen stark kontextgebundenen Ausschnitt sozialarbeiterischer Praxis ab. Politische, institutionelle und gesellschaftliche Rahmenbedingungen unterscheiden sich jedoch regional teilweise erheblich. Vor allem das politische System der Schweiz mit seinen föderalistischen Strukturen, direktdemokratischen Elementen, dem Subsidiaritätsprinzip und dem Milizsystem stellt einen spezifischen Kontext dar, der die Möglichkeiten von Policy Practice wesentlich mitprägt (Kindler, 2024, S. 447–448). Die Ergebnisse können daher nicht ohne Weiteres auf andere Städte, Kantone oder nationale Kontexte übertragen werden, sondern sind primär als fallbezogene und kontextspezifische Erkenntnisse zu verstehen. Überdies ist die Studie durch eine einseitige Perspektivierung des Forschungsgegenstands gekennzeichnet. Es wurden ausschliesslich Sozialarbeitende befragt, wodurch andere relevante Perspektiven unberücksichtigt bleiben. Gerade im Kontext struktureller Veränderungen sowie politischer Entscheidungsprozesse wäre eine multiperspektivische Betrachtung, beispielsweise unter Einbezug politischer Entscheidungsträger:innen oder der Polizei, von besonderer Bedeutung gewesen. Die Ergebnisse bilden somit primär die Selbstwahrnehmung und Deutungen der Profession Sozialer Arbeit ab, nicht jedoch das Zusammenspiel unterschiedlicher Akteur:innen innerhalb politischer Prozesse.

Eine weitere Limitation liegt in der Diskrepanz zwischen normativer Haltung und tatsächlichem Handeln. Die Ergebnisse basieren auf Selbstauskünften der Befragten und erfassen somit primär subjektive Einschätzungen und Reflexionen. Besonders bei einem wertbezogenen Thema wie dem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit besteht die Möglichkeit, dass die Antworten durch soziale Erwünschtheit beeinflusst sind (Döring, 2023, S. 155). Fachpersonen könnten ihre Haltung stärker an professionellen Idealen orientieren, während tatsächliche Handlungspraktiken weniger sichtbar werden. Dadurch entsteht eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich der Frage, inwiefern die dargestellten Einstellungen tatsächlich im Berufsalltag umgesetzt werden. Eng damit verbunden ist die Limitation des Begriffsverständnisses von Policy Practice. Die Untersuchung zeigt, dass der Begriff im Praxisfeld nicht einheitlich etabliert ist und unterschiedlich interpretiert wird. Trotz einführender Erläuterungen im Interview besteht die Möglichkeit, dass die Befragten von unterschiedlichen Bedeutungen ausgegangen sind. Dies kann dazu führen, dass bestimmte Formen politischen Handelns nicht als solche erkannt oder benannt wurden, wodurch das tatsächliche Ausmass von Policy Practice potenziell verzerrt dargestellt wird. Auch hinsichtlich der Erfassung von Wirksamkeit bestehen Einschränkungen. Die Studie erlaubt keine objektive Bewertung der tatsächlichen politischen

Einflussnahme oder der langfristigen Effekte von Policy Practice. Aussagen zur Wirksamkeit basieren ausschliesslich auf subjektiven Wahrnehmungen der Fachpersonen. Strukturelle Veränderungen oder politische Entscheidungsprozesse lassen sich dadurch nur indirekt erfassen. Die Wirkung von Policy Practice bleibt somit teilweise spekulativ und kann empirisch nicht im engeren Sinne überprüft werden.

Eine weitere Limitation ergibt sich aus der zeitlichen Dimension der Untersuchung. Die Studie stellt eine Momentaufnahme dar und bildet einen bestimmten Stand von Erfahrungen und Einschätzungen ab. Politische Prozesse sowie organisationale Rahmenbedingungen sind jedoch dynamisch und können sich im Zeitverlauf deutlich verändern. Entwicklungen wie politische Reformen, institutionelle Veränderungen oder gesellschaftliche Diskurse könnten die Ergebnisse künftig relativieren oder verändern. Zudem ist zu berücksichtigen, dass ein Teil der verwendeten Literatur nicht dem aktuellen Forschungsstand entspricht (Bieri & Fischer, 2023, S. 14; Kanton Graubünden, 2023, S. 39). Gerade in dynamischen Feldern wie der offenen Drogenszene können bereits wenige Jahre einen relevanten Unterschied ausmachen. Da nur begrenzt aktuelle wissenschaftliche Literatur verfügbar war, wurden ergänzend Informationen direkt bei zuständigen Institutionen eingeholt, um eine möglichst hohe Aktualität und Praxisnähe der Darstellung zu gewährleisten.

Schliesslich ist die Abhängigkeit von individuellen Faktoren zu berücksichtigen. Die Ergebnisse zeigen, dass Policy Practice stark von persönlichen Einstellungen, Motivation und Persönlichkeitsmerkmalen abhängt (Schwartz-Tayri, 2021, S. 2390). Dies führt dazu, dass einzelne besonders engagierte Fachpersonen einen überproportionalen Einfluss auf die Wahrnehmung des Forschungsgegenstandes ausüben können. Gleichzeitig bleiben weniger aktive oder politisch distanzierte Perspektiven möglicherweise unterrepräsentiert. Zudem ist anzumerken, dass im Rahmen des Samplings beziehungsweise der Akquirierung der Fachpersonen nur begrenzt Einfluss auf den Grad der politischen Aktivität der interviewten Person genommen werden konnte. Dies verstärkt die Möglichkeit einer verzerrten Darstellung, da besonders leicht zugängliche und zur Teilnahme bereite Personen in die Untersuchung einbezogen wurden.

Die genannten Limitationen verdeutlichen, dass die Ergebnisse dieser Studie als explorative und kontextspezifische Erkenntnisse zu verstehen sind. Dennoch liefert sie wertvolle Einblicke in die Praxis im Zusammenhang mit der offenen Drogenszene in der Stadt Chur sowie der

Ausübung von Policy Practice. Gleichzeitig eröffnen die identifizierten Einschränkungen wichtige Ansatzpunkte für zukünftige Forschung, vor allem im Hinblick auf vergleichende Studien, multiperspektivische Ansätze sowie die Untersuchung tatsächlicher Wirkungszusammenhänge. Aufbauend auf der Diskussion werden nachfolgend die zentralen Erkenntnisse zusammengeführt und die Forschungsfrage beantwortet.

8 Fazit

Den Abschluss der vorliegenden Studie bilden die Zusammenführung und Einordnung der zentralen Erkenntnisse der Untersuchung. Ausgehend von den empirischen Ergebnissen und deren Diskussion wird die Forschungsfrage beantwortet und reflektiert. Darüber hinaus wird der Beitrag der gewonnenen Erkenntnisse für die Praxis der Sozialen Arbeit und die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Policy Practice aufgezeigt. Abschliessend werden weiterführende Perspektiven und Handlungsempfehlungen für Forschung, Politik und Soziale Arbeit formuliert.

Im Zentrum der vorliegenden Masterarbeit stand folgende Forschungsfrage: Welche Erfahrungen machen Sozialarbeitende bei der Anwendung und Umsetzung von Policy Practice im Umgang mit abhängigkeitserkrankten Adressat:innen der offenen Drogenszene in Chur? Ziel der Arbeit war es, einen vertieften Einblick in die praktische Umsetzung der Policy Practice innerhalb eines spezifischen sozialarbeiterischen Handlungsfeldes zu gewinnen und sichtbar zu machen, wie politische Handlungsmöglichkeiten im Berufsalltag erlebt, genutzt und begrenzt werden. Mit Blick auf die Ergebnisse kann die Forschungsfrage fundiert beantwortet werden. Die Studie zeigt, dass Sozialarbeitende im Handlungsfeld der offenen Drogenszene in Chur Policy Practice grundsätzlich als Teil ihres professionellen Auftrags verstehen, die praktische Umsetzung jedoch von individuellen, organisationalen und strukturellen Faktoren beeinflusst wird. Politisches Handeln erfolgt häufig informell und bleibt dadurch teilweise unsichtbar. Gleichzeitig besteht ein Spannungsverhältnis zwischen dem professionellen Auftrag der Sozialen Arbeit und dem institutionellen Anspruch beruflicher Neutralität. Hinsichtlich der wahrgenommenen Wirksamkeit wirken vor allem Vernetzung, organisationale Unterstützung sowie politische Kompetenzen und Sicherheit in der eigenen Rolle als förderlich. Obwohl eine stärkere Präsenz der Sozialen Arbeit in politischen Entscheidungsprozessen wünschenswert erscheint, zeigt die Studie zugleich, dass bereits im beruflichen Alltag wirksame Einflussmöglichkeiten bestehen. Durch fachliches Wissen, Vernetzung sowie Zusammenschlüsse mit

Institutionen und Adressat:innen können sozialpolitische Anliegen sichtbar gemacht und Veränderungen angestossen werden.

8.1 Reflexion des theoretischen Rahmens

Die in der vorliegenden Studie verwendeten theoretischen Ansätze ermöglichten eine differenzierte Analyse politischen Handelns in der Sozialen Arbeit und erwiesen sich als hilfreiche Grundlage zur Einordnung von Policy Practice. Dadurch wurde deutlich, wie eng professionelles Selbstverständnis, institutionelle Rahmenbedingungen und politische Handlungsmöglichkeiten miteinander verknüpft sind. Gleichzeitig zeigte sich jedoch, dass viele theoretische Konzepte stark normativ geprägt sind und politische Beteiligung der Sozialen Arbeit häufig als selbstverständlichen Bestandteil professionellen Handelns voraussetzen. Die empirischen Ergebnisse verdeutlichen hingegen, dass zwischen diesem theoretischen Anspruch und der konkreten Umsetzung im Berufsalltag eine deutliche Diskrepanz besteht. Zwar bieten die Theorien wichtige Orientierungspunkte, sie erfassen die Komplexität konkreter Praxisrealitäten jedoch nur teilweise. Insgesamt erwiesen sich die verwendeten Theorien dennoch als geeigneter analytischer Rahmen zur Erfassung politischer Handlungsmöglichkeiten im Sinne der Policy Practice sowie deren Grenzen und Spannungsfelder im Handlungsfeld der Sozialen Arbeit.

8.2 Beitrag der Ergebnisse für Praxis, Wissenschaft und Politik

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass Sozialarbeitende in der Praxis bereits politisch handeln, da die Soziale Arbeit grundsätzlich in gesellschaftspolitische Strukturen eingebettet ist. Gleichzeitig zeigt sich die Relevanz eines strukturellen und gesellschaftlichen Grundverständnisses dafür, dass politisches Handeln von Sozialarbeitenden nicht nur optional, sondern als Teil des professionellen Auftrags der Sozialen Arbeit vorgesehen ist. Die Studie zeigt, dass die Fachpersonen der Sozialen Arbeit bereits zahlreiche Elemente von Policy Practice anwenden, ohne diese explizit als politische Einflussnahme wahrzunehmen. Daraus ergibt sich ein bisher teilweise ungenutztes Potenzial bewusster politischer Einflussnahme. In der Anwendung der Policy Practice erscheinen sozialarbeiterische Werte und professionelle Grundhaltungen als besonders relevant, da diese einen wesentlichen Einfluss auf die Qualität und Wirksamkeit politischen Handelns haben. Zudem verdeutlichen die Ergebnisse, dass politische Veränderungen häufig langfristige Prozesse darstellen und politisches Engagement nachhaltig aufrechterhalten werden muss. Gegenseitige Motivation und Vernetzung innerhalb der

Profession fördern das Engagement und die Wirksamkeit langfristiger sozialpolitischer Prozesse sowie die Ausdauer der Sozialarbeitenden. Auf der organisationalen Ebene zeigen die Ergebnisse, dass Institutionen einen erheblichen Einfluss auf die Möglichkeiten politischer Einflussnahme ihrer Mitarbeitenden ausüben. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines stärkeren Bewusstseins dafür, dass soziale Organisationen selbst politische Akteurinnen darstellen, unabhängig davon, ob sie sich explizit als solche verstehen. Förderlich erscheinen daher organisationale Kulturen, die politisches Engagement anerkennen, strukturell unterstützen und Mitarbeitende in ihrer politischen Tätigkeit stärken. Die Unterdrückung politischer Einflussnahme widerspricht hingegen dem professionellen Auftrag der Sozialen Arbeit und kann bestehende Handlungsspielräume einschränken. Für die Politik verdeutlichen diese Ergebnisse die Notwendigkeit, Sozialarbeitende verstärkt als fachliche Expert:innen wahrzunehmen und ihre Perspektiven aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Auch für die Ausbildung Sozialer Arbeit ergibt sich wichtiger Handlungsbedarf. So hat sich gezeigt, dass politische Handlungsmöglichkeiten und das Verständnis von politischer Aktivität im Studium stärker thematisiert werden sollten. Zudem erscheint die Vermittlung praxisnaher Kompetenzen im Argumentieren, Diskutieren oder Verfassen von Stellungnahmen zentral. Dadurch könnte die professionelle Selbstsicherheit gestärkt und Sozialarbeitende dazu befähigt werden, sich auf struktureller Ebene aktiver einzubringen.

Schliesslich leistet die vorliegende Studie einen Beitrag zum bestehenden Forschungsstand, indem sie einen qualitativen Einblick in die Wahrnehmung und Umsetzung von Policy Practice durch Sozialarbeitende bietet. Besonders deutlich werden konkrete Erfahrungen aus der beruflichen Praxis sichtbar gemacht und mit dem theoretischen Konzept der Policy Practice, politischen Dimensionen sowie relevanten Einflussfaktoren verknüpft. Dadurch ermöglicht die Studie eine praxisnahe Perspektive auf politische Handlungsmöglichkeiten in der Sozialen Arbeit. Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit bestätigen in wesentlichen Punkten bestehende Forschungserkenntnisse wie die Befunde von Burzlaff, Kindler, Schwartz-Tayri (2025) sowie Gal und Weiss-Gal (2014; 2023). Gleichzeitig erweitert die Arbeit bestehende Forschungsperspektiven durch die stärkere Berücksichtigung von Ermessensspielräumen im Berufsalltag. Die Ergebnisse veranschaulichen, dass politische Einflussnahme häufig nicht ausschliesslich über

formale politische Aktivitäten erfolgt, sondern zugleich innerhalb alltäglicher professioneller Handlungsspielräume stattfindet.

Zusätzlich liefern die Erkenntnisse der vorliegenden Studie einen Beitrag für die sozialpolitischen Entwicklungen im Kanton Graubünden sowie in der Stadt Chur. Es wird deutlich, dass die fachliche Expertise der Sozialen Arbeit bislang nur begrenzt systematisch in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einbezogen wird. Sozialarbeitende verfügen aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zu sozialen Problemlagen allerdings über wertvolles Praxiswissen, das stärker berücksichtigt und genutzt werden könnte. Die Ergebnisse legen nahe, dass die Profession der Sozialen Arbeit in politischen und öffentlichen Diskursen häufig noch zu wenig sichtbar ist und nicht durchgehend als eigenständige fachliche Expertin wahrgenommen wird. Vor diesem Hintergrund erscheint die Rolle des Berufsverbands bedeutsam. Eine stärkere öffentliche Präsenz sowie eine aktivere Nutzung durch Sozialarbeitende könnten dazu beitragen, berufspolitische Anliegen sichtbarer zu machen und die gesellschaftliche Position der Sozialen Arbeit zu stärken. Gleichzeitig könnte eine stärkere Vernetzung innerhalb der Profession dazu beitragen, mehr Fachpersonen für berufspolitisches Engagement zu gewinnen und sozialarbeiterische Perspektiven im Kanton Graubünden sowie in der Stadt Chur verstärkt in politische Diskussionen einzubringen.

8.3 Ausblick und weiterer Forschungsbedarf

Die vorliegende Arbeit zeigt verschiedene offene Fragestellungen und Entwicklungspotenziale für Forschung, Praxis und Politik auf. Weiterer Forschungsbedarf besteht vor allem hinsichtlich der Frage, wie Vernetzungsarbeit innerhalb der Sozialen Arbeit sowie zwischen Sozialer Arbeit, Politik und Institutionen wirksam gestaltet werden kann. Ebenso erscheint die Frage relevant, wie sich Sozialarbeitende stärker in das schweizerische Milizsystem integrieren und politische Beteiligungsmöglichkeiten realistischer in den Berufsalltag eingebunden werden können. Darüber hinaus bleibt die tatsächliche Wirksamkeit von Policy Practice bislang nur begrenzt wissenschaftlich untersucht. Weitere Forschung könnte deshalb vertieft überprüfen, welche Formen politischer Einflussnahme besonders wirksam sind und wie politische Kompetenzen gezielt im Studium vermittelt werden können. Auch die Rolle von Berufsverbänden sowie die Frage, wie Organisationen Policy Practice aktiv fördern und strukturell verankern können, erscheinen als relevante Forschungsfelder.

Für die Praxis und Politik verdeutlichen die Ergebnisse die Notwendigkeit einer stärkeren institutionellen Verankerung von Policy Practice innerhalb sozialer Organisationen. Dazu gehören unter anderem die Bereitstellung zeitlicher und organisatorischer Ressourcen für politisches Engagement sowie der Ausbau praxisnaher Weiterbildungsangebote zur Förderung politischer Kompetenzen. Eine gewinnbringende Ergänzung der vorliegenden Ergebnisse könnte zusätzlich die Arbeit von Lea Hollenstein (2020) bieten. Hollenstein zeigt auf, wie die Professionalität der Sozialen Arbeit durch organisationale Strukturen geprägt wird. Professionalität in der Sozialen Arbeit entsteht demnach nicht isoliert durch einzelne Fachpersonen, sondern stets innerhalb organisationaler und gesellschaftlicher Strukturen. Organisationslogiken haben somit einen massgeblichen Einfluss, nicht nur auf die Ausübung von Policy Practice, sondern auf die Professionalität der Sozialen Arbeit insgesamt (Hollenstein, 2020, S. 174–176). Die Arbeiten von Hollenstein bieten Anknüpfungspunkte für eine weiterführende Auseinandersetzung mit Policy Practice und könnten in zukünftigen Untersuchungen vertieft in Beziehung gesetzt werden. Zudem erscheint eine stärkere Vernetzung zwischen Sozialer Arbeit und politischen Akteur:innen als zentral. Die vorliegende Studie zeigt die Bedeutung einer grösseren politischen Anerkennung sozialarbeiterischer Expertise sowie einer stärkeren Berücksichtigung sozialer Problemlagen in kommunalen und kantonalen Politiken auf.

Abschliessend zeigt die vorliegende Studie, dass politische Einflussnahme nicht ausschliesslich in grossen politischen Entscheidungen oder öffentlichen Debatten stattfindet. Vielmehr passiert Policy Practice im beruflichen Alltag, in kleinen Handlungen, durch Vernetzung, das Sichtbarmachen sozialer Problemlagen oder das konsequente Einbringen fachlicher Perspektiven in strukturelle und politische Prozesse. Auch wenn politische Veränderungen oft nur über die Zeit sichtbar werden und strukturelle Einflussnahme mit Herausforderungen verbunden ist, verdeutlichen die Ergebnisse dieser Studie das vorhandene Potenzial sozialarbeiterischen Handelns. Sozialarbeitende verfügen über wertvolles Erfahrungs- und Fachwissen sowie über eine unmittelbare Nähe zu gesellschaftlichen Problemlagen und davon betroffenen Personen. Gerade deshalb kommt ihrer Stimme eine wichtige Bedeutung zu. Die Ergebnisse zeigen, dass politisches und strukturelles Engagement Mut, Ausdauer und gegenseitige Unterstützung innerhalb der Profession erfordert. Dabei können bereits kleine Schritte langfristig bedeutsame Veränderungen anstossen. Besonders treffend bringt dies die Aussage von IP6 zum Ausdruck: «Sei mutig und bleib dran, du kannst so viel bewirken» (IP6, Pos. 357).

Literaturverzeichnis

Addams, J. (1905). *Democracy And Social Ethics*. New York: The Macmillan Company.

Amann, K. & Kindler, T. (2021). Einleitende Gedanken zum parteipolitischen Engagement von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz. In K. Amann & T. Kindler (Hrsg.), *Sozialarbeitende in der Politik. Biografien, Projekte und Strategien parteipolitisch engagierter Fachpersonen der Sozialen Arbeit* (S. 15–19). Berlin: Frank & Timme.

AvenirSocial. (2010). *Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz. Ein Argumentarium für die Praxis der Professionellen*. Bern: AvenirSocial. Verfügbar unter: https://www.quali-tool.ch/files/DOJ/Texte/do_berufskodex_web_d_gesch.pdf

AvenirSocial. (2026). *Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz. Ein Argumentarium für die Praxis*. Bern: AvenirSocial. Verfügbar unter: https://avenirsocial.ch/app/uploads/2025/12/berufskodex_ de_2026-01.pdf

Bänziger, P.-P. (2022). Alltag und Aktivismus, alte und neue Szenen. In P.-P. Bänziger, M. Herzig, C. Koller, J.-F. Savary & F. Zobel (Hrsg.), *Die Schweiz auf Drogen. Szenen, Politik und Suchthilfe, 1965-2022* (S. 193–226). Zürich: Chronos.

Benz, B. & Rieger, G. (2015). *Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.

Bieri, O. & Fischer, D. (2023). *Wohnen in Notlagen in der Stadt Chur. Analyse zuhanden der Dienststelle Gesellschaft, Stadt Chur*. Luzern: Interface. Verfügbar unter: https://www.chur.ch/_docn/4902862/B_Wohnen_in_Notlagen_2023_10_16_Interface_final.pdf

Bogner, A., Littig, B. & Menz, W. (2014). *Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung*. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19416-5

Borstel, D. & Fischer, U. (2018). *Politisches Grundwissen für die Soziale Arbeit.* Stuttgart: W. Kohlhammer. https://doi.org/10.17433/978-3-17-030596-0

Bundesamt für Gesundheit BAG. (2015). *Nationale Strategie Sucht 2017-2024 verlängert bis 2028*. Verfügbar unter: https://www.bag.admin.ch/dam/de/sd-web/amLEy1X1k-NU/stategie-sucht.pdf

Bundesamt für Gesundheit BAG. (2022). *Zum Begriff Sucht*. Verfügbar unter: https://www.bag.admin.ch/de/zum-begriff-sucht

Bundesamt für Gesundheit BAG. (2024). *Massnahmenplan 2025-2028 zur Nationalen Strategie Sucht*. Verfügbar unter: https://www.bag.admin.ch/de/massnahmenplan-zur-nationalen-strategie-sucht

Bundi, A., Caminada, P. G., Kaufmann, M. & Rudin, D. (2020). *Bündner Programm Sucht (BPS). Verlängerung des Bündner Programm Alkohol (BPA). Konzept 2021–2024.* Chur: Kanton Graubünden. Verfügbar unter: https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/djsg/ga/fgf/Documents/Bündner-Programm-Sucht-Konzept-2021-2024.pdf

Burzlaff, M. (2022). *Selbstverständnisse Sozialer Arbeit. Individualisierungen – Kontextualisierungen – Policy Practice. Eine Curriculaanalyse* (2., aktualisierte Aufl.). Weinheim: Beltz Juventa.

Burzlaff, M. (2025a). *Policy Practice*. Verfügbar unter: https://www.socialnet.de/ lexikon/Policy-Practice

Burzlaff, M. (2025b). Soziale Arbeit als Gestalterin gesellschaftlicher Transformationsprozesse: Professionelles Selbstverständnis, empirische Befunde und offene Fragen. In S. Borrmann, A. van Riessen & C. Steckelberg (Hrsg.), *Soziale Arbeit als Akteurin im Kontext gesellschaftlicher Transformation. Wissensbestände und Erkenntnisse aus Profession und Disziplin* (S. 21–37). Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Burzlaff, M., Kindler, T. & Schwartz-Tayri, T. (2025). The engagement in policy practice of social workers in Germany and Switzerland—A comparative study. *The British Journal of Social Work*, *55*(4), 1889–1906. https://doi.org/10.1093/bjsw/bcaf010

Döring, N. (2023). *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften* (6., vollständig überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Aufl.). Berlin: Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-662-64762-2

Einwohnerdienste. (2026). *Wohnbevölkerung*. Verfügbar unter: https://www.chur.ch/_docn/6991543/EWD_Einwohnerzahl_Aktuell.pdf

Fagetti, A. & Schmalz, S. (2021, Februar 25). Churs offene Drogenszene. *WOZ – Die Wochenzeitung*. Verfügbar unter: https://www.woz.ch/!V91BH2MKGQWR

Figueira-McDonough, J. (1993). Policy Practice: The Neglected Side of Social Work Intervention. *Social Work*, *38*(2). 179–188. https://doi.org/10.1093/sw/38.2.179

Gal, J. & Weiss-Gal, I. (2014). Policy practice in social work: an introduction. In J. Gal & I. Weiss-Gal (Hrsg.), *Social workers affecting social policy. An international perspective on policy practice* (S. 1–16). Bristol: Policy Press.

Gal, J. & Weiss-Gal, I. (2023). *When social workers impact policy and don't just implement it. A framework for understanding policy engagement*. Bristol: Policy Press.

Graubünden Ferien. (n. d.). *Altstadt Chur.* Verfügbar unter: https://www.graubuenden.ch/de/ausflugsziele/altstadt-chur

Grob, P. J. (2012). *Zürcher „Needle-Park". Ein Stück Drogengeschichte und -politik, 1968-2008* (2. Aufl.). Zürich: Chronos Verlag.

Grosser Rat. (2018). *Grossratprotokoll Dezembersession 2018. Session vom 3. Dezember 2018 bis 5. Dezember 2018*. Verfügbar unter: https://cdws-staka-gr.gr.ch/cdws/files/1a231656f8d74c1389a79c872f8f9465-332/1/pdf

Grosser Rat. (2026). *Mitglieder.* Verfügbar unter: https://ris.gr.ch/de/mitglieder

Hollenstein, L. (2020). *Gesellschaft, Organisation, Professionalität. Zur Relevanz von Professionspolitik in der Sozialen Arbeit*. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-29381-9

Kanton Graubünden. (2000). *Ambulatorium für heroingestützte Behandlung erfolgreich gestartet*. Verfügbar unter: https://www.gr.ch/DE/Medien/Mitteilungen/MMStaka/2000/Seiten/DE_14100.aspx

Kanton Graubünden. (2023). *Kantonale Strategie Sucht*. Verfügbar unter: https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/djsg/ga/fgf/Documents/Kantonale-Strategie-Sucht-DE.pdf

Kanton Graubünden. (2024). *Regierungsmitteilung vom 2. Mai 2024*. Verfügbar unter: https://www.gr.ch/DE/Medien/Mitteilungen/MMStaka/2024/Seiten/2024050201.aspx

Kanton Graubünden. (2025). *Regierungsmitteilung vom 19. Juni 2025*. Verfügbar unter: https://www.gr.ch/DE/Medien/Mitteilungen/MMStaka/2025/Seiten/2025061902.aspx

Kantonspolizei. (2026). *BFS Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Jahresbericht Graubünden 2025*. Verfügbar unter: https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/djsg/kapo/aktuelles/medien/2026/Seiten/202603233.aspx

Kindler, T. (2024). Political Institutions and Social Work: How Switzerland's Direct Democracy, Federalist Structure and Consensus System Affect Social Workers' Engagement. *British Journal of Social Work*, *54*(1), 437–455. https://doi.org/10.1093/bjsw/bcad208

Kindler, T. (2025). Social work and policy engagement: a thematic analysis of Swiss social workers' policy strategies. *European Journal of Social Work*, 1–13. https://doi.org/10.1080/13691457.2025.2553855

Kindler, T. & Amann, K. (2022). Strategies of Social Workers' Policy Engagement—a Qualitative Analysis Among Swiss Social Workers Holding Elected Office. *Journal of Policy Practice and Research*, *3*, 302–315. https://doi.org/10.1007/s42972-022-00058-1

Koller, C. (2022a). Auf der Suche nach Auswegen. In P.-P. Bänziger, M. Herzig, C. Koller, J.-F. Savary & F. Zobel (Hrsg.), *Die Schweiz auf Drogen. Szenen, Politik und Suchthilfe, 1965-2022* (S. 159–192). Zürich: Chronos.

Koller, C. (2022b). Zweifel an Prohibitionsregime und die Jugendbewegung. In P.-P. Bänziger, M. Herzig, C. Koller, J.-F. Savary & F. Zobel (Hrsg.), *Die Schweiz auf Drogen. Szenen, Politik und Suchthilfe, 1965-2022* (S. 95–103). Zürich: Chronos.

Krell, C. & Lamnek, S. (2024). *Qualitative Sozialforschung. Mit Online-Material* (7., überarbeitete Aufl.). Weinheim: Beltz.

Kuckartz, U. & Rädiker, S. (2024). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Umsetzung mit Software und künstlicher Intelligenz* (6., überarbeitete und erweiterte Aufl.). Weinheim: Belz Juventa.

Lipsky, M. (2010). *Street-level bureaucracy. Dilemmas of the Individual in Public Services*. New York: Russell Sage Foundation.

Marthaler, M. (2022). *Crack & Freebase. Informationen für Suchtfachpersonen — Faktenblatt.* Bern: Infodrog. Verfügbar unter: https://www.infodrog.ch/files/content/schadensminderung_de/2022-12_infodrog_faktenblatt_crack-freebase_de.pdf

Mayring, P. (2022). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* (13., überarbeitete Aufl.). Weinheim: Beltz.

Mayring, P. (2023). *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken* (7., überarbeitete Aufl.). Weinheim: Beltz.

Meier, K. & Rudin, D. (2024). *Bündner Programm Suchtprävention (BPS). Konzept 2025 – 2028*. Chur: Gesundheitsamt Graubünden. Verfügbar unter: https://www.gr.ch/DE/ institutionen/verwaltung/djsg/ga/fgf/Documents/Konzept%20Bündner%20Programm%20Sucht%202025-2028.pdf

Morgan, D. (1988). *Focus Groups as Qualitative Research*. London: Sage Publications.

Nüssli, M. (2026). *Neuer Konsumraum für Drogensüchtige in Bündner Hauptstadt* [Audio-Podcast]. Verfügbar unter: https://www.srf.ch/audio/regionaljournal-graubuenden/neuer-konsumraum-fuer-drogensuechtige-in-buendnerhauptstadt?id=AUDI20260313_NR_0078

Przyborski, A. & Wohlrab-Sahr, M. (2014). *Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch* (4., erweiterte Aufl.). München: De Gruyter Oldenbourg.

Savary, J.-F. & Zobel, F. (2022). Nach der vermeintlichen Lösung. Die Drogenfrage im beginnenden 21. Jahrhundert. In P.-P. Bänziger, M. Herzig, C. Koller, J.-F. Savary & F. Zobel (Hrsg.), *Die Schweiz auf Drogen. Szenen, Politik und Suchthilfe, 1965-2022* (S. 255–319). Zürich: Chronos.

Schwartz-Tayri, T. M. (2021). The Willingness of Social Work Students to Engage in Policy Practice: The Role of Personality Traits and Political Participation Predictors. *The British Journal of Social Work*, *51*(7), 2381–2398. https://doi.org/10.1093/bjsw/bcaa065

Stadt Chur. (2021, September 02). *Bericht des Stadtrates an den Gemeinderat. «Offene Drogenszene in Chur». 144897 / 312.20.* Verfügbar unter: https://www.chur.ch/_docn/3346505/02_Bericht_zum_Auftrag_Graldine_Danuser_und_Mitunterzeichnende_betreffend_Offene_Drogenszene_in_Chur.pdf

Stadt Chur. (2026a). *Gemeinderat*. Verfügbar unter: https://www.chur.ch/gemeinderat

Stadt Chur. (2026b). *Meilenstein in der Bündner Drogenpolitik*. Verfügbar unter: https://www.chur.ch/aktuellesinformationen/2805685

Stadt Chur. (2026c). *Stadtrat*. Verfügbar unter: https://www.chur.ch/exekutive/11728

Stadtrat Chur. (2022, Mai 31). *Botschaft des Stadtrates an den Gemeinderat. Strategie Sucht- und Drogenpolitik. 139059 / 312.20.* Verfügbar unter: https://www.chur.ch/_docn/ 3760909/01_Botschaft _Strategie_Sucht-_und_Drogenpolitik.pdf

Stadtrat Chur. (2024, Januar 09). *Botschaft des Stadtrates an den Gemeinderat. Gesellschaft, Strategie Sucht- und Drogenpolitik, Finanzierung Liegenschaft Kontakt- und Anlaufstelle mit Konsumraum sowie Genehmigung Rahmenkredit Betrieb Konsumraum. 139059 / 312.20.* Verfügbar unter: https://www.chur.ch/_docn/4937077/Botschaft_Strategie_Sucht-_und_Dro genpolitik_2024.pdf

Standeskanzlei Graubünden. (2026). *Die Regierung 2026*. Verfügbar unter: https://www.gr.ch/DE/institutionen/regierung/BilderReg/2026/Regierungsbroschuere_2026_final_web.pdf

Strübing, J. (2024). *Qualitative Sozialforschung. Eine komprimierte Einführung* (3., überarbeitete und erweiterte Aufl.). Berlin: De Gruyter Oldenbourg.

Sucht Schweiz. (2026). *Schweizer Suchtpanorama 2026. Kurswechsel: Jetzt in die Prävention investieren*. Lausanne: Sucht Schweiz. Verfügbar unter: https://www.suchtschweiz.ch/press/schweizer-suchtpanorama-2026/

Vatter, A. (2024). *Das politische System der Schweiz* (5. Aufl.). Baden-Baden: Nomos. https://doi.org/10.5771/9783748915683

Verein Überlebenshilfe Graubünden. (n. d.). *Notschlafstelle*. Verfügbar unter: https://www.uhg-gr.ch/notschlafstelle

Verein Überlebenshilfe Graubünden. (2026). *Die neue Kontakt- und Anlaufstelle mit Konsumraum ist eröffnet*. Verfügbar unter: https://www.uhg-gr.ch/news/die-neue-kontakt-und-anlaufstelle-mit-konsumraum-ist-erffnet

Waal, H., Clausen, T., Gjersing, L. & Gossop, M. (2014). Open drug scenes: Responses of five European cities. *BMC Public Health*, *14*(853), 1–12. https://doi.org/10.1186/1471-2458-14-853

Witzel, A. (1985). Das problemzentrierte Interview. In G. Jüttemann (Hrsg.), *Qualitative Forschung in der Psychologie: Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder* (S. 227–255). Weinheim: Beltz.

Anhangsverzeichnis

Anhang A: Strategie Sucht – Ziele und Massnahmenplan 100

Anhang B: Erhebungsinstrument Masterthesis 101

Anhang C: Liste der Codes 105

Anhang D: Verzeichnis verwendeter KI-Systeme 121

Anhang E: Persönliche Erklärung Einzelarbeit 122

Anhang A: Strategie Sucht – Ziele und Massnahmenplan

Tabelle 7. Massnahmenplan

	Themenorientierte Handlungsfelder				Steuerungsorientierte Handlungsfelder			
Handlungsfeld	Gesundheitsförderung, Prävention und Früherkennung	Therapie und Beratung	Schadensminderung und Risikominimierung	Regulierung und Vollzug	Koordination und Kooperation	Wissen	Sensibilisierung und Information	Internationale Politik
Ziel	Prävention von Sucht und Früherkennung von Suchtverhalten	Hilfe zur Überwindung oder Kontrolle von Sucht	Förderung der niederschwelligen Hilfe und Verringerung der negativen Auswirkungen von Suchtverhalten	Umsetzung der Gesetze unter Berücksichtigung gesundheitlicher Aspekte	Vernetzung der suchtpolitischen Partner und Stärkung von Kooperationen	Generierung und Weitergabe von Wissen	Sensibilisierung der Bevölkerung für suchtrelevante Themen	Interessenvertretung und Austausch im internationalen Umfeld
Massnahmen	Gesundheitsförderung und Prävention bei Kindern und Jugendlichen, Erwachsenen und älteren Menschen stärken. Früherkennung und Frühintervention über alle Lebensphasen fördern.	Fördern der Weiterentwicklung der psychosozialen Suchthilfe. Fördern der digitalen Prävention und Beratung. Fördern der Qualitätssicherung in der Suchthilfe. Begleiten der Finanzierungs- und Angebotsentwicklung der Suchthilfe	Fördern und weiterentwickeln der Schadensminderung im Suchtbereich.	Verbessern der gesundheitsförderlichen Rahmenbedingung.	Förderung der Vernetzung und Zusammenarbeit der Akteure. Fördern von Dokumentation, Information und Koordination im Bereich der Suchtproblematik durch Infodrog. Finanzieren von Aktivitäten zur Förderung der Tabak-, Nikotin- und Alkoholprävention.	Verbreitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Drogenmärkte verfolgen. Fördern der Weiterbildung im Suchtbereich.	Informieren und sensibilisieren über Risiko und Schutzfaktoren. Förderung der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit und Gesundheitskompetenzen.	Im internationalen Kontext Interessen vertreten sowie Erfahrungen und Wissen austauschen.

Quelle: Eigene Darstellung (Bundesamt für Gesundheit BAG, 2024, S. 11, 15 und 28)

Anhang B: Erhebungsinstrument Masterthesis

Einstiegsphase / Joining

Herzlichen Dank, dass du dich für ein Gespräch mit mir zur Verfügung stellst!
Wie beim Erstkontakt erwähnt, interessiere ich mich im Rahmen meiner Masterthesis für die Erfahrungen von Sozialarbeitenden, die im Zusammenhang mit der offenen Drogenszene in Chur beruflich tätig und auf Grund dessen mit politischen und strukturellen Veränderungsprozessen konfrontiert sind.
Dazu führe ich Interviews mit Sozialarbeitenden in unterschiedlichen Institutionen der Sozialen Arbeit jeweils in Chur, die mit abhängigkeitserkrankten Menschen der offenen Drogenszene arbeiten. **Im Interview sind *deine* persönlichen Erfahrungen wichtig. Ich interessiere mich für *dein* individuelles Handeln und *deine* Meinung.**
Infos zum Gesprächsverlauf: Das Interview ist so gestaltet, dass ich dich bitten werde, möglichst alles zu erzählen, was dir wichtig scheint. Ich werde dich jeweils nicht unterbrechen, höre dir erstmal zu und werde erst danach Nachfragen stellen. Eventuell werde ich mir ein paar schriftliche Notizen machen. Das Interview ist zeitlich nicht begrenzt, in der Regel dauert es ungefähr eine halbe Stunde bis zu einer Stunde, je nachdem wie viel du erzählen magst.
Aufnahme des Interviews: Ich möchte das Interview gerne aufnehmen, damit ich nicht so viel mitschreiben muss und besser zuhören kann. Bist du damit einverstanden? Ich werde die Aufnahme nach Abschluss der Masterthesis löschen.
Anonymisierung: Deine Erzählungen und persönlichen Daten werden von Beginn weg anonymisiert. Die anonymisierten Transkripte zu den Interviews bleiben im Rahmen der Masterthesis und werden vertraulich behandelt. Sie werden der Masterarbeit nicht angehängt und dienen lediglich meiner Auswertung.
Transkription: Bist du damit einverstanden, dass ich das Interview mittels einer datengeschützten Software transkribieren lassen werde?
Offene Fragen klären Hast du noch offene Fragen zum Ablauf des Interviews?

Kurzfragebogen und **Einverständniserklärung**

***

Erklärungsphase

In meiner Masterarbeit schreibe ich über **Policy Practice**. Policy Practice beschreibt das Engagement von Sozialarbeitenden in strukturellen Veränderungen, welche über den Einzelfall hinaus gehen und zu langfristigen Problemlösungen beitragen.
Dabei beziehe ich mich **nicht** auf Aktivitäten im Sinne von politischen Mandaten, sondern Aktivitäten, welche du während deiner bezahlten Arbeit als Sozialarbeiter:in nachgehst, also auch nicht in deiner Freizeit.

Das Engagement kann durch Errichtung von Gesetzen oder Verordnungen geschehen oder auch ganz praxisnah in Form von Hausregeln, Leitbildern, internen Abläufen, Kooperationen mit anderen Institutionen, Öffentlichkeitsarbeit oder auch die Organisation von Arbeitsgruppen. Alles, was strukturelle Veränderung anstösst und somit die Arbeit über den Einzelfall hinaus bedeutet.

Gibt es hierzu Verständnisfragen?

Im Sinn eines experimentellen Rahmens beziehe ich mich auf das Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit mit abhängigkeitserkrankten Menschen, welche sich hier in Chur in der offenen Drogenszene bewegen. Dabei spielt einerseits der Konsum eine Rolle aber zum Beispiel auch Obdachlosigkeit und die politische Lage der Umgebung und die institutionellen Gegebenheiten und Möglichkeiten.

***

Kannst du mir erzählen, in welchem Arbeitsfeld du tätig bis und welchem Auftrag du im Kontakt mit abhängigkeitserkrankten Menschen in Chur nachgehst?

Immanente Nachfragen:

- Seit wann arbeitest du in diesem Bereich?

Findest du, du hast einen politischen Auftrag als Sozialarbeiter:in im Rahmen deiner bezahlten Arbeit?

Immanente Nachfragen:

- …

Wie erlebst du die aktuelle Lage rund um abhängigkeitserkrankte Menschen in der offenen Drogenszene hier Chur?

Immanente Nachfragen:

- Wie schätzt du die Situation im Sinne der sozialen Gerechtigkeit ein?
- Welche Infrastruktur fehlt oder was müsste ausgebaut werden?

In der Arbeit mit abhängigkeitserkrankten Menschen: In welchen Situationen bemerkst du, dass es wiederkehrende Probleme gibt, die eine Lösung auf struktureller Ebene, also über den Einzelfall hinaus, brauchen?

Immanente Nachfragen:

- ...

Welche Strategien oder Methoden nützt du in solchen Situationen, um Einfluss auf strukturelle Rahmenbedingungen/Prozesse zu nehmen?

Immanente Nachfragen:

- Hausregeln
- Abläufen
- Organisationsübergreifenden Zusammenschlüssen
- regionale Arbeitsgruppen
- Lobbygruppen
- Netzwerke, wie AvenirSocial
- Medien
- Erstellung von Gesetzen oder Beschlüssen
- Vernetzungen von Institutionen

Wenn du an schwierige oder aussichtslose Situationen denkst: Welche Strategien hast du entwickelt, um trotzdem handlungsfähig zu bleiben/etwas bewirken zu können?

Immanente Nachfragen:

- …

Aus deiner Sicht: Wie erkennst du eine **Wirkung** aufgrund von deinem Handeln bei Klientel oder in deiner Institution?
Wo kannst du eine konkrete Veränderung der Situation wahrnehmen?

Immanente Nachfragen:

- …

Wo stösst du mit deinem Engagement an Grenzen?

Immanente Nachfragen:

- …

Wie reagieren Klientel, Kolleg:innen, Vorgesetzten, Gemeinden oder Behörden auf dein Engagement/Handeln?

Immanente Nachfragen:

- …

Welche Strategien und Methoden haben sich als besonders wirkungsvoll erwiesen?
Welche Vorgehensweisen haben sich als weniger hilfreich oder hinderlich herausgestellt?

Immanente Nachfragen:

- …

Wie erlebst du die Haltung deiner Institution gegenüber struktureller Gestaltung der Sozialarbeitenden?

Immanente Nachfragen:

- Gibt es explizite Förderung oder Einschränkungen?

In welcher Weise wirken sich vorhandene oder fehlende Ressourcen auf die Möglichkeiten aus, Strukturen oder Rahmenbedingungen mitzugestalten?

Immanente Nachfragen:

- Spezifisch auf **Finanzierungsfragen** hinweisen

Was motiviert dich, über die Einzelfallarbeit hinaus (politisch) aktiv zu werden UND was haltet dich davon ab?

Immanente Nachfragen:

- Warum engagierst du dich auf struktureller Ebene über die Subjektorientiertheit hinaus?

Was könnte Sozialarbeitenden motivieren, sich stärker auf struktureller Ebene, über die Subjektorientiertheit hinaus zu engagieren?

Immanente Nachfragen:

- Welche Ressourcen wären dafür notwendig?
- Welche Strukturen müssten dafür verändert werden?

Schlussteil

Ankündigen: Wir kommen nun langsam zum **Schluss des Interviews.**

Wenn du jetzt auf unser Gespräch zurückblickst - welches Fazit würdest du ziehen? Gibt es etwas, das wir noch nicht angesprochen haben, dir aber wichtig wäre?

Anhang C: Liste der Codes

Tabelle 8. Codierleitfaden aus MAXQDA

Liste der Codes	Memo	Häufigkeit
Codesystem		930
1. Beruflicher Auftrag im Handlungsfeld der Arbeit mit abhängigkeitserkrankten Personen		0
1.1 Aufgabenprofil im Berufsalltag	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen ihre Aufgaben, Tätigkeiten und Zuständigkeiten im beruflichen Alltag beschreiben. Dazu gehören formale Aspekte des Arbeitsauftrages, konkrete Tätigkeiten, Verantwortungsbereiche und praktische Handlungsweisen im Berufsalltag. Im Fokus stehen Beschreibungen des praktischen beruflichen Handelns und der damit verbundene Aufgabenstruktur im Alltag. *Ankerbeispiel:* «Ich arbeite in einem begleiteten Wohnen.»	28
1.2 Institutionelle Zusammenarbeit	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen Zusammenschlüsse, Kooperationen oder die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen im Arbeitskontext beschreiben. Dazu gehören Nennungen von Organisationen, Behörden, Fachstellen oder andere Akteur:innen, mit denen im beruflichen Alltag zusammengearbeitet wird. *Ankerbeispiel:* «Wir arbeiten hauptsächlich mit Beistandschaften zusammen.»	19
2. Verständnis des politischen Auftrags der Sozialarbeit		0
2.1 Zustimmung zum politischen Auftrag als Bestandteil professioneller Praxis	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen den politischen Auftrag der Sozialen Arbeit ausdrücklich bejahen und als Bestandteil ihrer beruflichen Tätigkeit beschreiben. Dazu gehören Aussagen, in denen der	10

	politische Auftrag als integraler Teil des professionellen Selbst-verständnisses anerkannt wird. Im Fokus stehen explizite Zustimmungen und die Einordnung des politischen Auftrags als Teil professioneller sozialarbeiterischen Praxis. *Ankerbeispiel:* «Also den haben wir ganz klar.»	
2.2 Ambivalenz zwischen Zustimmung und Umsetzung	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen den politischen Auftrag der Sozialen Arbeit grundsätzlich bejahen, gleichzeitig jedoch Unsicherheiten, Spannungen oder Hemmnisse in Bezug auf dessen Umsetzung im Berufsalltag beschreiben. Erfasst werden ambivalente, widersprüchliche oder relativierende Aussagen, in denen eine Differenz zwischen Zustimmung und der praktischen Realisierung deutlich wird. Im Fokus stehen Aussagen, die die Spannung zwischen Zustimmung zum politischen Auftrag und dessen eingeschränkte Umsetzung sichtbar gemacht wird. *Ankerbeispiel:* «Ich sage im besten Fall, weil ich denke, viele Sozialarbeitende, oder jetzt ich zum Beispiel, denke viel mit, tausche sich aus, zum Beispiel im Team mit anderen Sozialarbeitenden. Aber nachher, wenn es dann konkret geht, um Vorstösse zu machen, mich politisch wirklich zu engagieren, das, was wir da in der Praxis sehen, dann nachher auch, ich sage es mal, an die Gesellschaft zu bringen… dann, genau, dann fehlt mir vielleicht die Motivation oder die zeitlichen Ressourcen, oder. Ja, genau, oder Connections, oder, genau, dass es mir doch zu wenig Priorität hätte.»	11
3. Wahrnehmung der strukturellen Problemlage in Chur		0
3.1. Beschreibung der prekären Situation	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen die Situation der offenen Drogenszene in Chur sowie die Lebenslage der betroffenen Personen beschreiben. Erfasst werden sachliche Darstellungen der strukturellen Problemlage, insbesondere belastende oder kritische Lebensbedingungen und soziale	24

	Problemlagen. Im Fokus stehen faktische Beschreibungen der aktuellen Situation und ihre Herausforderungen, ohne dass bereits konkrete Handlungsansätze thematisiert werden. *Ankerbeispiel:* «Das sind hochpotente Drogen, die heute gebraucht werden, die die Leute sehr abhängig machen und darum vielleicht auch die Leute… viel Zeit im Stadtgarten verbringen, weil sie gerade dort beim Stoff sein wollen.»	
3.2. Fehlende Institutionen und Angebote	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen auf fehlende Institutionen, Einrichtungen oder Unterstützungsangebote im Kontext der offenen Drogenszene in Chur hinweisen. Erfasst werden konkrete Benennungen von Versorgungslücken, strukturelle Defizite oder unzureichend vorhandene Unterstützungsformen, Im Fokus stehen institutionelle oder strukturelle Mängel sowie unzureichender Unterstützungsangebote im Handlungsfeld. *Ankerbeispiel:* «Ja gut, aber wenn wir eine von den grössten, offenen Drogen-Szenen haben in Chur, dann denke ich, müsste es einfach auch mehr Angebote in die Richtung geben…»	36
3.3. Stigmatisierung und gesellschaftlicher Ausschluss	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen beschreiben, dass abhängigkeitserkrankte Personen aufgrund gesellschaftlicher Stigmatisierung oder Vorurteile ausgegrenzt werden. Erfasst werden Aussagen zu negativer gesellschaftlicher Wahrnehmung sowie struktureller Formen sozialer Ausgrenzung. Im Fokus stehen Beschreibungen von Stigmatisierung und gesellschaftlichem Ausschluss als Teil von strukturellen Problemen im sozialen Kontext. *Ankerbeispiel:* «Also, das hören wir halt viele, oder? Jetzt ist das ‘huara Saupack’ da und jetzt haben wir es hier.»	11
4. Identifikation struktureller Handlungsbedarfe		2

4.1 Voraussetzung zur Identifikation struktureller Handlungsbedarfe	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen Voraussetzungen beschreiben, die notwendig sind, um strukturelle Problemlagen oder Handlungsbedarfe zu erkennen. Erfasst werden Aussagen zu Wissen, Erfahrungen, Reflexionsprozessen, Beobachtungen oder organisationalen Rahmenbedingungen, die die Wahrnehmung und Identifikation struktureller Herausforderungen ermöglichen. Im Fokus stehen Faktoren, die das Erkennen von strukturellem Veränderungsbedarf unterstützen. *Ankerbeispiel:* «wegen dem setzt man es in Relation oder in Vergleich»	67
4.2. Ableitung konkreter Handlungsansätze	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen aus wahrgenommenen strukturellen Problemlagen konkrete Massnahmen, Strategien oder Lösungsansätze ableiten. Erfasst werden konkrete Vorschläge, Forderungen oder Ideen, die darauf abzielen, identifizierte Missstände zu verändern oder strukturelle Verbesserungen herbeizuführen. Im Fokus steht die Benennung konkreter Handlungsansätze oder Lösungsoptionen im Anschluss an erkannte Problemlagen. *Ankerbeispiel:* «, dass man in der Kontakt- und Anlaufstelle, vielleicht auch ein Drug-Checking mitfinanziert.»	29
5. Strategien und Methoden der Policy Practice		9
5.1. Vernetzungs- und Kooperationsstrategien	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen Vernetzungsarbeit und Zusammenarbeit mit anderen Fachpersonen, Institutionen oder Organisationen als angewendete Strategie im Sinne der Policy Practice beschreiben. Erfasst werden sowohl institutionsinterne als auch institutionsübergreifende Formen des Austauschs, wie Arbeitsgruppen, Fachgruppen oder Berufsverbände. Im Fokus stehen strategische Formen der Vernetzung und Kooperation.	67

	Ankerbeispiel: «Also ich bin auch immer immer am runden Tisch dabei, ähm, wo man dann aber wirklich nur spezifisch das Thema Sucht im Stadtpark aufgreift»	
5.2. Öffentlichkeitsarbeit	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen Öffentlichkeitsarbeit im Kontext der beruflichen Tätigkeiten beschreiben. Erfasst werden Aussagen zur Nutzung von Medien, öffentlicher Kommunikation oder andere Formen der Ansprache der Gesellschaft, um auf strukturelle Problemlagen aufmerksam zu machen oder eine Sensibilisierung in der Öffentlichkeit zu erreichen. Im Fokus stehen Aktivitäten der Kommunikation nach aussen, die sich an die Öffentlichkeit richten. *Ankerbeispiel:* «Ich habe auch ein Öffentlichkeits-Arbeitskonzept geschrieben»	27
5.3. Erweiterung des methodischen Repertoires	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen, die bislang wenig genutzten oder ungenutzten Methoden und Vorgehensweisen im Kontext von Policy Practice thematisieren. Erfasst werden Überlegungen, Ideen oder Hinweise darauf, dass zusätzliche methodische Ansätze genutzt werden können oder sollen. *Ankerbeispiel:* «Es ist vielleicht wirklich auch an Demos teilnehmen… Öffentlichkeitsarbeit, sei es jetzt im beruflichen Alltag, aber ich finde eben auch im privaten.»	16
5.4. Prozess- und umsetzungsorientierte Arbeitsweisen	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen prozess- oder umsetzungsorientierte Vorgehensweisen im beruflichen Handeln beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu Planung, Koordination, schrittweiser Umsetzung, Begleitung oder Weiterentwicklung von Vorhaben und Veränderungsprozessen. Im Fokus stehen konkrete Arbeitsweisen und Handlungen, die auf die praktische Umsetzung von Zielen und Anliegen ausgerichtet sind.	57

	Ankerbeispiel: «Gegenüber ihnen ist es so, dass wir immer sagen, was sind die nächsten Schritte, was ist geplant.»	
5.5. Ermessenspielräume innerhalb institutioneller Regelwerke	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen Ermessensspielräume, flexible Auslegungen oder Anpassungen institutioneller Regelwerke beschreiben. Erfasst werden Aussagen, in denen bestehende Vorgaben, Regeln oder organisatorische Strukturen im Rahmen des professionellen Ermessens genutzt oder angepasst werden, um auf die Bedürfnisse der Adressat:innen einzugehen oder strukturelle Anliegen im Arbeitsalltag zu bearbeiten. Im Fokus stehen Handlungsmöglichkeiten innerhalb bestehender institutioneller Rahmenbedingungen. *Ankerbeispiel:* «Aber ich glaube, du musst ja, die Regeln musst du sicher haben, aber ich glaube das ist nicht immer so in Stein gemeisselt. Also, es ist dann auch Situationsabhängig so.»	24
6. Reaktion auf das Engagement in Policy Practice		0
6.1 Bereitschaft zur Kooperation	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit von beteiligten Akteur:innen beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu offenen, unterstützenden und kooperativen Haltungen von Entscheidungsträger:innen, Mitarbeitenden, Adressat:innen oder anderen Institutionen. Im Fokus stehen Vertrauen, Offenheit, Kompromissbereitschaft sowie Vereinbarungen und Abmachungen, die gemeinsame Handlungsprozesse ermöglichen und Handlungsspielräume eröffnen. *Ankerbeispiel:* «Wir haben das auch begleiten lassen über die Hochschule»	42
6.2 Widerstände und hemmende Reaktionen	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen	60

	die interviewten Personen Widerstände oder hemmende Reaktionen im Zusammenhang mit professionellem Handeln beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu ablehnenden Haltungen, fehlender Offenheit, Verzögerungen, Blockaden oder andere erschwerende Faktoren, die die Umsetzung von Anliegen oder Engagement behindern. Im Fokus stehen Reaktionen und Bedingungen, die Handlungsmöglichkeiten einschränken oder Veränderungsprozesse erschweren. *Ankerbeispiel:* «Und dann sind wir natürlich zur Gemeinde und haben die natürlich dort angemeldet und dann ist Gegenwind gekommen.»	
6.3. Reaktionen der Klientel	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen Reaktionen der Adressat:innen auf das professionelle Engagement im Sinne der Policy Practice beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu Rückmeldungen, Verhaltensweisen sowie emotionale oder praktische Reaktionen von betroffenen Personen auf entsprechende Handlungen oder Interventionen. Im Fokus stehen positive, negative oder ambivalente Reaktionen von Adressat:innen, einschliesslich Ausdrucksformen wie Dankbarkeit, Zustimmung, Ablehnung oder Gleichgültigkeit. *Ankerbeispiel:* «also ich sehe eine sehr grosse Wirkung, dass wir mittlerweile so weit sind, dass die Leute uns sagen: danke, gibt es euch. Da sehe ich sehr grosse Wirkung»	17
6.4. Veränderungsbedingte Unruhe und Irritation	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen Unsicherheit, Unruhe oder Skepsis im Zusammenhang mit Veränderungsprozessen beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu Reaktionen, bei denen Engagement oder anstossende Veränderungen vorübergehende Verunsicherung, Zurückhaltung oder Destabilisierung auslösen. Im Fokus stehen die prozessbedingten Irritationen und Spannungen,	15

	die im Zuge von Veränderungen entstehen können. *Ankerbeispiel:* «Ja, wobei er bei den Klienten für Unruhe sorgt. Oder ja, nicht Unwissen, aber skeptisch vielleicht auch ein bisschen.»	
7. Wahrgenommene Wirksamkeit von Policy Practice		0
7.1. Institutionelle Anerkennung und Legitimation	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen interviewte Personen institutionelle Anerkennung oder Legitimation des Engagements beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu formeller Zustimmung, politischer Unterstützung oder institutioneller Rückendeckung durch Entscheidungsträger:innen oder verantwortliche Akteur:innen. Im Fokus steht die offizielle Bestätigung des Engagements, die Bewilligung von Ressourcen oder Finanzierungen sowie die Fortsetzung oder Verstetigung von Projekten. *Ankerbeispiel:* «Ah, was ich gemerkt habe, es war mega gut organisiert, finanziell eigentlich, weil wir haben, jetzt eben auch gerade vom, vom, äh, äh, Amt haben wir eigentlich eine Spende bekommen.»	22
7.2. Erreichte Wirksamkeitsindikatoren	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen interviewte Personen konkrete Anhaltspunkte oder Indikatoren für die Wirksamkeit des Engagements beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu messbaren, beobachtbaren oder evaluierten Ergebnissen, die als Hinweis darauf dienen, dass angestrebte Ziele erreicht wurden. Im Fokus stehen Fakten, Veränderungen oder Entwicklungen, die als Beleg für die Wirksamkeit des Engagements wahrgenommen oder herangezogen werden. *Ankerbeispiel:* «Aber ich muss sagen, jetzt hat es mir eigentlich durch die Evolutionsphase auch aufgezeigt, dass es eigentlich gut gelaufen ist»	23

7.3. Wahrgenommener Vertrauensgewinn	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen einen zu gewinn an Vertrauen im Zusammenhang mit dem Engagement im Sinne der Policy Practice beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu Veränderungen im Vertrauensverhältnis zwischen Adressat:innen, Sozialarbeitenden, Institutionen, öffentliche Stellen oder der Gesellschaft, die durch Beziehungsarbeit oder gemeinsame Erfahrungen entstehen. Im Fokus stehen wahrgenommene Vertrauensgewinne, die das Engagement fördern, die Zusammenarbeit erleichtern oder als Hinweis auf dessen Wirksamkeit verstanden werden. *Ankerbeispiel:* «, dass die Leute uns sagen: danke, gibt es euch. Da sehe ich sehr grosse Wirkung»	22
8. Auswirkungen auf betroffene abhängigkeitserkrankte Personen		0
8.1. Materielle und strukturelle Lebensverbesserung	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen konkrete Verbesserungen der materiellen Lebensbedingungen oder der strukturellen Versorgungssituation von abhängigkeitserkrankten Personen beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu Veränderungen, die den Zugang zu Wohnraum, finanzieller Unterstützung oder institutionellen Leistungen verbessern und zu einer stabileren Lebenssituation beitragen. Im Fokus stehen tatsächlich eingetretene Veränderungen der Lebensbedingungen infolge des Engagements. *Ankerbeispiel:* «dann hat er eine Sozialhilfe bekommen.»	9
8.2. Psychosoziale Entlastung und Stabilisierung	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen positive Veränderungen der psychosozialen Situation von abhängigkeitserkrankten Personen beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu emotionaler Entlastung, einem gesteigerten Sicherheitsgefühl sowie wahrgenommener Unterstützung. Im Fokus stehen Wirkungen, die zum psychosozialen	8

	Wohlbefinden beitragen und die Stabilisierung der individuellen Lebenssituation fördern. *Ankerbeispiel:* «Wir machen nicht riesige Schritte, aber wenn wir jetzt wie schauen, dass jemand regelmässig einen Termin beim Sozialdienst wahrnehmen kann,»	
8.3. Negative Auswirkungen auf die Klientel	*Definition:* Diese Kategorie umfasst Textstellen, in denen interviewte Personen negative Folgen oder belastende Auswirkungen von Engagement im Sinne von Policy Practice auf abhängigkeitserkrankte Adressat:innen beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu unerwünschten Effekten oder Verschlechterungen der Lebenssituation, die im Zusammenhang mit professionellem Engagement sowie politischen institutionellen oder strukturellen Veränderungen stehen. Im Fokus stehen tatsächlich wahrgenommene negative Auswirkungen auf die Lebenssituation der Adressat: innen. *Ankerbeispiel:* «Aber die Leute sind mega betroffen von solchen Aussagen»	10
8.4. Antizipierte Auswirkung	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen mögliche oder erwartete Auswirkungen von Policy Practice beschreiben, die zum Zeitpunkt des Interviews noch nicht eingetreten sind. Erfasst werden Aussagen zu prognostischen Einschätzungen, vermuteten Entwicklungen oder angestrebten Veränderungen sowie zu erwarteten positiven oder negativen Folgen. Im Fokus stehen antizipierte Wirkungen, die als mögliche Konsequenzen des Engagements dargestellt werden. *Ankerbeispiel:* «Schön wäre, wenn das Stigma ein bisschen aufhören würden, so, zeitnah.»	20
9. Erfahrene Grenzen und Ohnmachtsgefühle		6
9.1. Abhängigkeit von Kooperation und Finanzierung	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen	14

	die interviewten Personen die Abhängigkeit des Engagements von Kooperationen, finanzieller Unterstützung oder Entscheidungen anderer Akteur:innen beschreiben. Erfasst werden Aussagen, in denen Handlungsmöglichkeiten durch die Zusammenarbeit mit Institutionen, Behörden, politischen Akteur:innen oder durch verfügbare Ressourcen beeinflusst oder begrenzt werden. Im Fokus stehen die Wahrnehmung struktureller Abhängigkeiten als Grenze für die Umsetzung von Vorhaben und Handlungsmöglichkeiten. *Ankerbeispiel:* «aber sie dürfen dann die Unterstützungsgelder wieder anfordern.»	
9.2. Ressourcenbedingte Einschränkungen	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen begrenzte, personelle, zeitliche oder finanzielle Ressourcen als Einschränkung für professionelles Engagement im Sinne der Policy Practice beschreiben. Erfasst werden Aussagen, die darauf hinweisen, dass vorhandene Ressourcen nicht ausreichen, um bestimmte Aufgaben, Initiativen oder strukturelle Aktivitäten umzusetzen. Im Fokus stehen Einschränkungen der Handlungsmöglichkeiten aufgrund begrenzter Ressourcen. *Ankerbeispiel:* «und auch sonst die finanziellen Mittel, man kommt immer wieder an die Grenzen.»	12
9.3. Emotionale Abgrenzung durch Orientierung am Arbeitsauftrag	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen beschreiben, sich zur emotionalen Abgrenzung bewusst am professionellen Arbeitsauftrag oder an der eigenen Zuständigkeit zu orientieren. Erfasst werden Aussagen zu Überforderungsmomenten, emotionaler Betroffenheit oder Ohnmachtsgefühlen, bei denen der Arbeitsauftrag als Orientierung dient, um innere Distanz zu schaffen und belastenden Situationen oder begrenzten Handlungsmöglichkeiten umzugehen. Im Fokus stehen Strategien der emotionalen Abgrenzung durch den Bezug auf professionelle Rollen und Zuständigkeiten.	17

	Ankerbeispiel: «Wir haben einfach so eine gewisse Vorstellung, dass wir die Welt retten können, das müssen wir gar nicht. Für das sind wir nicht verantwortlich,»	
10. Institutionelle Haltung gegenüber Engagement der Sozialarbeitenden		4
10.1. Ambivalent-offene Haltung mit Orientierung am Arbeitsauftrag	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen die institutionelle Haltung gegenüber Engagement in Policy Practice als grundsätzlich offen oder unterstützend beschreiben, dieses jedoch an den formalen Arbeitsauftrag, institutionelle Vorgehen oder Kernaufgaben gebunden bleibt. Erfasst werden Aussagen, in denen Engagement zwar ermöglicht oder begrüsst wird, jedoch nicht explizit gefordert oder aktiv gefördert wird. Im Fokus steht eine ambivalente Haltung, die weder ablehnend noch ausdrücklich unterstützend ist und sich primär am bestehenden Arbeitsauftrag orientiert. *Ankerbeispiel:* «Ich denke, je nachdem wäre es vielleicht möglich, solange das Kerngeschäft wie weiterlaufen würde.»	10
10.2. Engagementerwartung auf Leitungsebene	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen beschreiben, dass Engagement in Policy Practice primär als Aufgabe der Leitungsebene verstanden wird. Erfasst werden Aussagen, in denen die Verantwortung für politisches oder strukturelles Engagement vorwiegend bei Personen in Führungs- oder Leitungsfunktionen verortet und von Mitarbeitenden in der direkten Praxis weniger erwartet wird. Im Fokus steht die Zuschreibung von Zuständigkeit für Policy Practice an die Leitungsebene. *Ankerbeispiel:* «das wäre für mich, wäre die Vernetzungsarbeit in einem ersten Schritt möglicherweise auch eine Aufgabe für die neue Leitungsperson.»	15
11. Ressourcen und strukturelle Rahmenbedingungen		0

11.1. Ressourcenmangel	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen einen Mangel an personellen, finanziellen, zeitlichen, räumlichen oder strukturellen Ressourcen beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu unzureichender Ausstattung, fehlenden Kapazitäten oder Unterversorgung, die die berufliche Praxis oder das Engagement in Policy Practice beeinflussen. Im Fokus stehen objektive und strukturelle Formen von Ressourcenknappheit als Rahmenbedingungen des beruflichen Handelns. *Ankerbeispiel:* «Ja, ich hätte gesagt, vor allem auf der Leitungsebene, dort merkt man, dass Zeitressourcen fehlen für solche Sachen.»	26
11.2. Ressourcen als notwendige Arbeitsvoraussetzung	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen Ressourcen als grundlegende Voraussetzung für die Ausübung professioneller Praxis oder für Engagement in Policy Practice beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu personellen, zeitlichen, finanziellen oder anderen Ressourcen, die vorhanden sein müssen, damit Aufgaben, Projekte oder Engagement umgesetzt werden können. Im Fokus stehen Ressourcen als notwendige Arbeitsvoraussetzung und Grundlage professionellen Handelns. *Ankerbeispiel:* «ja gut, wir steigen erst in das Projekt ein, wenn ihr uns Liegenschaften findet, wo wir das umsetzen können.»	24
11.3. Soziale und netzwerkbezogene Ressourcen	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen Beziehungen, Kooperationen oder Netzwerke als Ressource beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu unterstützenden Kontakten, Vertrauensverhältnissen oder bestehenden Vernetzungen, die die Zusammenarbeit erleichtern, Handlungsmöglichkeiten erweitern oder die Umsetzung von Anliegen begünstigen. Im Fokus stehen Beziehungen und Netzwerke als soziale und strukturelle	19

	Ressourcen für professionelles Handeln und Engagement in Policy Practice. *Ankerbeispiel:* «Also, wir hatten ja eigentlich überhaupt keine Beziehung gehabt zu den Ämtern.»	
12. Motivation für Engagement in Policy Practice		0
12.1. Anerkennung und Wertschätzung der Klientel	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen Anerkennung, Dankbarkeit oder Wertschätzung durch die Klientel beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu Rückmeldungen der Klientel, die als motivierend erlebt werden und das professionelle Engagement unterstützen oder fördern. Im Fokus steht die motivationale Bedeutung von Anerkennung und Wertschätzung für das weitere Handeln und Engagement in Policy Practice. *Ankerbeispiel:* «Aber sonst ist es die wertschätzendste Arbeit, die ich je gemacht habe.»	4
12.2. Motivation aus persönlicher Überzeugung	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen persönliche Beweggründe für ihr Engagement beschreiben. Erfasst werden Aussagen zu intrinsischer Motivation, persönlichen Überzeugungen, Emotionen, professionellen Werthaltungen oder professionsethischen Grundsätzen, die das Engagement antreiben. Im Fokus stehen individuelle Motive wie Gerechtigkeitsempfinden, persönliche Betroffenheit, Wut, Frust, Inspiration oder der Wunsch, Veränderungen zu bewirken. *Ankerbeispiel:* «Ja, mich motiviert vor allem, weil ich merke, dass sich die Leute eigentlich völlig aufgegeben haben. Dass sie eigentlich schon gar keine Hoffnung mehr haben, dass sie irgendetwas erreichen können.»	40
12.3. Demotivierendes Erleben im Engagementkontext	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen Erfahrungen,	12

	Rahmenbedingungen oder Reaktionen beschreiben, die im Zusammenhang mit Engagement in Policy Practice als entmutigend, frustrierend oder demotivierend erlebt werden. Erfasst werden Aussagen zu Enttäuschung, Resignation, Ermüdung oder einer nachlassenden Bereitschaft, sich weiter zu engagieren. Im Fokus steht das subjektive Erleben von Demotivation im Kontext politischen oder strukturellen Engagements. *Ankerbeispiel:* «manchmal die Teamsitzungen sind manchmal demotivierend [lacht]. Wenn diese leid ist,»	
13. Ansätze zur Förderung von Policy Practice		0
13.1. Gegenseitige Aktivierung durch Zusammenarbeit und Austausch	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen beschreiben, wie Zusammenarbeit und Austausch mit anderen Fachpersonen oder Institutionen das Engagement in Policy Practice fördern können. Erfasst werden Aussagen zu gegenseitiger Ermutigung, Bestätigung, gemeinsamer Ideenentwicklung sowie zur Entstehung von Projekten und kollektiven Aktivitäten. Im Fokus stehen Prozesse der gegenseitigen Aktivierung, die das Engagement stärken, erweitern oder zukünftig fördern sollen. *Ankerbeispiel:* «Einfach nur rein dadurch, dass man zusammenkommt, sich austauscht und Projekte in Angriff nimmt.»	28
13.2. Studium als aktivierender und vorbereitender Faktor	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen das Studium der Sozialen Arbeit als fördernden Faktor für Engagement in Policy Practice beschreiben. Erfasst werden Aussagen, die das Studium als Impulsgeber, Sensibilisierungsinstanz oder Grundlage für entsprechendes Engagement darstellen. Im Fokus stehen die Vermittlung von Wissen, Kompetenzen, Haltungen oder Reflexionsprozessen, die die Engagementbereitschaft und Handlungskompetenz unterstützen.	6

	Ankerbeispiel: «Ja, oder wirklich auch so ein bisschen so: hey, das ist euer Auftrag, auch politisch zu sein und ja, der eine war wirklich schockiert, als der eine sagte, dass er noch nie an einer Demo gewesen sei. Also, dort ist wirklich so eine klare Haltung gewesen: weil das gehört zu unserem Beruf.»	
13.3. Verankerung von Policy Practice im Arbeitsauftrag	*Definition:* Diese Kategorie umfasst alle Textstellen, in denen die interviewten Personen beschreiben, dass Policy Practice explizit im Arbeitsauftrag verankert ist. Erfasst werden Aussagen zu Anpassungen des Arbeitsauftrags, zur Bereitstellung zeitlicher oder organisatorischer Ressourcen sowie zu Aufforderungen durch die Leitung, sich aktiv zu engagieren. Im Fokus stehen institutionelle Rahmenbedingungen, die Policy Practice einen festen Platz im Arbeitsalltag einräumen und deren Umsetzung unterstützen. *Ankerbeispiel:* «Darum, ja, mein Fazit wäre, ich glaube, es ist ein grosses Potenzial, es hat sicher genug Leute da, die interessiert wären, wenn wir das in der Arbeitszeit mehr kultivieren.»	8

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

Anhang D: Verzeichnis verwendeter KI-Systeme

Tabelle 9. Verzeichnis verwendeter KI-Systeme

Verwendetes KI-System	**Verwendungszweck**
Dörge, K. (2025). noScribe. AI-powerd Audio Transcription (Version 0.6.2) [Computer software]. Verfügbar unter: https://github.com/kaixxx/noScribe	- Generierung der Transkripte aus Audio-aufnahme der Interviews
OpenAI. (2026). ChatGPT (GPT-5.5 Version) [Large language model]. Verfügbar unter: https://chatgpt.com	- Inspirationsquelle - Testüberarbeitung und -optimierung: Argumentationsstruktur, Veränderung auf Verständlichkeit für Lesende - Erklären von Textstellen aus Fachlitera-rur und Zusammenfassen von Texten zum Verständnis

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

Anhang E: Persönliche Erklärung Einzelarbeit

Zürcher Hochschule
für Angewandte Wissenschaften

Soziale Arbeit

Erklärung der Studierenden zur Master-Thesis

Studierende:	Aysha Shanti Stutz
Master-Thesis:	Politisches Handeln in der Sozialen Arbeit. Eine qualitative Untersuchung von Policy Practice im Kontext der offenen Drogenszene in Chur
Abgabe:	17. Juni 2026
Begleitperson:	Michael Herzig

Ich, obgenannte:r Studierende:r, habe die obgenannte Master-Thesis selbstständig verfasst.
Wo ich in der Master-Thesis aus Literatur oder Dokumenten *zitiere,* habe ich dies gemäss den «Richtlinien für wissenschaftliches Arbeiten» des Departements Soziale Arbeit als Zitat kenntlich gemacht. Wo ich einen von anderen Autor:innen verfassten Text *paraphrasiere,* habe ich dies ebenfalls gemäss den «Richtlinien für wissenschaftliches Arbeiten» des Departements Soziale Arbeit angegeben.
Bei der Erstellung der vorliegenden Arbeit wurden ausschliesslich die zitierten Quellen verwendet und die Nutzung von generativen KI-Systemen, welche die Qualität einer Arbeit auf inhaltlicher Ebene beeinflussen, wurde gemäss der «ZHAW-Richtlinie KI bei Leistungsnachweisen» und dem «Merkblatt Verwendung von generativer Künstlicher Intelligenz bei schriftlichen Arbeiten» offengelegt.

Ort, Datum: Unterschrift: